

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
27 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Ein ernstes Wort in ernster Zeit!

Man suche zu begreifen: Ein Mann, früher Gelbenführer, heute rot angestrichener Moskauer, erlaubt sich die Frechheit, sich in der von Moskau ausgehaltenen „Roten Fahne“ als Führer der diesjährigen Lohnbewegungskampagne der deutschen Bauarbeiterschaft aufzuwerfen. Dieser merkwürdige gelb und rot schillernde Zeitgenosse nennt sich Merker. Hinter ihm stehen einige hundert politische Wirrköpfe. Das ist alles. Das ist Merkers „revolutionäre Kampftruppe“. Großspurig brüllt der Mann in der „Roten Fahne“ nach einer selbstgewählten revolutionären Führung der Bauarbeiter, nach revolutionären Baudelegierten, nach revolutionären Kampfleitungen, nach der unorganisierten revolutionären Gewerkschaftsopposition. Das sind nach Merker die einen überwiegenden Gesichtswert darstellenden „Sturmtrupp“ zur Führung der diesjährigen Lohnbewegung der Bauarbeiter.

An die Spitze dieses „Sturmtrupps“ stellt sich der ehemalige Gelbenführer Merker aus eigener Machtvollkommenheit. Gewählt hat ihn keiner. Stalin und Thälmann haben ihn einfach dazu ernannt. Er ist auch nicht unser Mitglied. Er ist ein Außenstehender. Er hat keinerlei legitimes Recht, sich in Gewerkschaftsangelegenheiten zu mischen. Er hat zu den Kampftruppen der freien Gewerkschaften noch keinen roten Heller beigesteuert. Er hat den baugewerblichen Arbeiterorganisationen noch nicht ein einziges Mitglied zugeführt. Dafür hat er schon Hunderte hinausgeekelt oder durch seine hirnverbrannte Strategie für den Hinauswurf aus den freien Gewerkschaften reif gemacht. Und dieser Mann, der die freien Gewerkschaften in gleichem Maße haßt, als Gelber wie als Ultraroter, wirft sich ohne jeden Schein eines Rechtes zum „Führer“ der Frühjahrslohnbewegung der deutschen Bauarbeiter auf. Er maßt sich an, die Taktik zu bestimmen und über den Geldbeutel der baugewerblichen Arbeiterorganisationen zu verfügen. Ellengroß reißt er sein Maul auf und verkündet in der „Roten Fahne“ vom 2. März: „Ueber eine Million Bauarbeiter in einer geschlossenen Front zum Angriff gegen sozialfaschistische Verräter und Unternehmer unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß sich den Sieg erkämpfen!“

Ja, den Sieg erkämpfen! Mit einer „selbstgewählten“ Führung der Bauarbeiter. Das heißt: Merker wählt sich selbst zum Führer. Mit revolutionären Kampfleitungen. Das heißt: Merker stellt sich an die Spitze und sammelt um sich einige fanatisierte Trabant, die nach seiner Pfeife tanzen. Mit revolutionären Baudelegierten. Das heißt: Merker läßt da und dort, wo er glaubt, daß genug Leichtgläubige für seine verrückten Ideen einzufangen sind, Baudelegierte nach seinem Geschmack wählen. Die bekommen dann den revolutionären Stempel aufgedrückt und haben die Lohnbewegung zu schmeißen. Mit der unorganisierten revolutionären Gewerkschaftsopposition. Das heißt: Jedes unsolidarische egoistische Großmaul, dem die Organisationszugehörigkeit Luft bedeutet, das aber riesengroße Vorteile einheimen möchte, ohne zu säen, gehört in den „revolutionären Sturmtrupp“ Merkers. Gelbe und Unorganisierte wachsen auf dem gleichen Mist.

Das sind Merkers Kampftruppen. Damit schmeißt er die Frühjahrslohnbewegung der deutschen Bauarbeiter.

Und wer sind nun die, denen Merker die Führung der deutschen Bauarbeiterschaft in der Frühjahrslohnkampagne kraft eigener göttlicher Machtvoll-

kommenheit durch Stalins Gnaden abspricht? Das sind die durch Wahl eingewählten Vertrauenskörperschaften der baugewerblichen Arbeiterverbände. Hinter ihnen stehen über 600 000 organisierte Bauarbeiter. Sie sind berufen auf Grund des freien Wahlrechts ihrer Mitglieder. Sie sind selbst Mitglieder ihrer Gewerkschaft. Sie sind alibewährte, stürmerprobte Kämpfer der Bauarbeiterbewegung. Sie sind durch das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft als Vorstand eingewählt. Ihre Taktik bei Tarif- und Lohnbewegungen ist diktiert durch Beschlüsse maßgebender Körperschaften ihrer Organisationen. Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe wurde im Frühjahr 1927 abgeschlossen, nachdem ihn die Bezirkskonferenzen unseres Bundes mit erdrückender Mehrheit und auch die anderen am Reichstarifvertrag beteiligten Organisationen angenommen hatten. Unser Bundesstag 1927 hieß den Abschluß dieses Reichstarifvertrages ebenfalls gut, er sprach fast einmütig (gegen vier Stimmen) dem Bundesvorstand für seine Tätigkeit Vertrauen und Dank aus. Nach dem Abstimmungsresultat haben auch etwa ein Duzend kommunistisch eingestellter Delegierter für diese Vertrauenskundgebung gestimmt. Der damit endgültig gutgeheißen Reichsrahmenvvertrag lief im März 1929 ab. Er wurde erneuert und verbessert. Ueber seine Annahme oder Ablehnung haben im Baugewerksbund am 24. März 1929 Bezirkskonferenzen entschieden. Sie waren dazu berufen auf Grund § 10 Ziffer 3 unserer Bundesfassung. Von 1850 stimmberechtigten Konferenzteilnehmern haben 1630 für, 247 gegen die Annahme des neuen Vertrages gestimmt. Ein außerordentlicher Verbandstag der Zimmerer hieß mit 139 gegen 56 Stimmen gleichfalls den neuen Vertrag gut. Folglich ist die Politik der baugewerblichen Arbeiterorganisationen in jeder Weise rechtlich gestützt durch die Satzung, durch Bundestags- und Konferenzbeschlüsse. Nur unser Bundesvorstand und unsere Bezirksvorstände sind als gewählte Vertrauenskörperschaften unseres Bundes allein berufen, als erste an der Spitze im Verein mit den anderen beteiligten Arbeitergewerkschaften die nunmehr auf Grund des Reichsrahmenvtrages fällige Lohnbewegung zu führen. Und angesichts all dieser Tatsachen springt in ernster Stunde plötzlich ein nichtsnutziger Kläffer ohne Mandat und Beruf in die Arena und sucht die ganze Bewegung durcheinanderzubringen zur höheren Ehre Moskaus!

Das ist vollendeter Größenwahn. Das dürfen sich unsere Mitglieder unter keinen Umständen gefallen lassen. Wildgewordene Moskower ohne Beruf und Verantwortung haben kein Recht, sich irgendwie als Führer in ersten Gewerkschaftskämpfen aufzuwerfen. Es ist Pflicht unserer Kollegen, diesen Merker nebst

seinem großmäuligen Anhang zum Tempel hinauszuhauen, daß es nur so eine Art hat!

Unsere Mitglieder werden das tun, und zwar in ihrer übergroßen Mehrheit. Aber wie steht es mit jener Minderheit, die immer noch gar zu leicht geneigt ist, den Rattenfängertönen jener revolutionär angestrichenen Strategen zu lauschen oder ihnen ohne jeden Grund gar eine Art Berechtigung zuzusprechen! Auch sie sollten endlich einsehen, was da gespielt wird. Fängt es doch bereits an, im eigenen Lager dieser Moskower zu kriseln. Schon im vorigen „Grundstein“ konnten wir auf eine Kundgebung kommunistischer Funktionäre hinweisen, in der ähnliche Gedankengänge vertreten wurden, wie wir sie schon immer vertreten haben. Es wird da klipp und klar erklärt, es käme den „revolutionären“ Gewerkschafts-„Strategen“ durchaus nicht darauf an, ob die von ihnen in solche Kämpfe hineinmanövrierten Arbeiterchichten auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg in diese Bewegung hineingehen. Es wird ferner gesagt, daß in einheitlicher Front vorstoßende Großkapital könne sich nichts Besseres wünschen, als eine weitere Zerreißung und Zersplitterung der bisher noch einheitlichen proletarischen Organisationen zu einem Zeitpunkt, in dem die politische und wirtschaftliche Lage einheitliche Aktionen der gesamten Arbeiterklasse gebieterisch verlangt. Natürlich wird man diese Frevler wider den heiligen Geist Moskaus sofort mit Glanz aus der Bolschewikenpartei ausschließen. Dort sackelt man nicht so lange als in den freien Gewerkschaften. Aber wir sehen: Es gibt heute schon Kommunisten, und zwar nicht solche gewöhnlicher Hausmannskost, es befinden sich darunter Stadträte, Landtagsabgeordnete, Stadtverordnete und Betriebsräte, die gegen die von Moskau vorgeschriebene verrückte Taktik Merkers in ganz entschiedener Weise Front machen. Mit noch größerem Recht heißt es deshalb auch für unsere Kollegen allüberall: Schluß mit einer solchen jämmerlichen nichtsnutzigen Zerreißungspolitik, uns tut angesichts der traurigen sozialen Verhältnisse mehr denn je Realpolitik, Erkenntnis, Klarheit und Einigkeit! Was jene Leute treiben, ist blöder Bluff, ist unverantwortliche Zersplitterungsarbeit, ist gewollter Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften, ist bewußter Kampf für das Chaos, dessen Endresultat nur der Faschismus und die Lahmlegung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wäre! Es ist höchste Zeit, daß sich die deutsche Arbeitererschaft von einer solchen Selbstvernichtungspolitik in geschlossener Front abwendet und sich zurückfindet zur alibewährten Gewerkschaftspolitik! Die hat uns geholfen, sie wird uns weiter helfen!

Hoch unsere Einigkeit! Nur in diesem Zeichen können wir siegen!

Wohnungsbau und Bauwirtschaft im Jahre 1930.

Zu dieser brennenden Tagesfrage nahm der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften in Berlin am 6. März in einer Kundgebung Stellung. — Der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften ist 1920 gegründet worden, parteipolitisch nicht gebunden und umfaßt 29 maßgebende Wohnungsbau-Gesellschaften. Er hat sich die Aufgabe gestellt, der Bevölkerung Wohnungen in dem Ausmaße und von der Güte zu schaffen, die auch ein Familienleben gewährleisten. Seine zweite Aufgabe ist, durch den Bau von Wohnungen Produktiv- sowie zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb bestrebt der Reichsverband auch die Errichtung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben. Ähnliche Aufgaben wie in der Industrie stellt sich der Wohnungsfürsorgeverband auch in landwirtschaftlichen Gegenden, wo die Umstellung vom Groß- zum Kleinbetrieb, vom Instmann zum freien Arbeiter die Er-

richtung von Landarbeitereigenheimen notwendig macht. Als dritte Aufgabe betrachtet der Wohnungsfürsorgeverband die Finanzierung des Wohnungsbaues im weitesten Sinne des Wortes, so daß sowohl der Bauvorgang als auch die Baustofflieferungen in ständiger Folge gesichert sind. Er verschafft — wenn irgend möglich — auch Zwischenkredite. Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften sind keine Banken, wollen aber den Finanzier erleichtern. So haben die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften 1928 insgesamt 70 000 Wohnungen finanziert, davon allein in Preußen 35 000. 1929 ist diese Tätigkeit mindestens in gleich starkem Umfange durchgeführt worden. Der Wohnungsfürsorgeverband arbeitet zu diesem Zweck zusammen mit staatlichen Finanzierungsinstituten aller Art, mit Landespfandbriefanstalten, mit den Wohnungsfürsorge-Gesellschaften, der Dewog, Gafga, Gehag und der Heimbau-Gesellschaft.

In der Kundgebung am 6. März traf der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften zum ersten Male an die größere Öffentlichkeit. Von den Vortragenden wurde ausgeführt, daß sich die Bauwirtschaft heute in größeren Schwierigkeiten befinde als die Landwirtschaft. Wie man der Landwirtschaft geholfen habe, müsse weit wirkungsvoller noch — da die Bauwirtschaft für die Gesamtwirtschaft von größerer Bedeutung ist — jetzt auch der Bauwirtschaft geholfen werden. Da die Geldquellen im kommenden Baujahr nicht im annähernd gleichen Maße fließen werden wie in den jüngst vergangenen Jahren und da an Ausgleichskrediten auch nicht zu denken sei, müssen andere Wege gesucht werden, durch die man sich eine gewisse Belebung verschaffen darf. Es ist selbstverständlich, daß die öffentlichen Körperschaften alle irgendwie zur Verfügung stehenden Mittel dem Baubau zuwenden müssen. Daneben müsse das Baukapital von der Kapitalertragssteuer befreit werden. Da ohne Hauszinssteuer-Hypotheken keine merkliche Belebung des Wohnungsbauwesens zu erwarten sei, müsse unbedingt an der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen festgehalten werden. Daneben dürfe aber nicht vergessen werden, daß eine radikale Verbesserung des Realkreditwesens nur durch Gesundung der Wirtschaft erreicht werden kann. Es sei endlich an der Zeit, an die Verwirklichung des Artikels 155 der Reichsverfassung zu gehen, der jedem Deutschen eine Heimstätte verspreche. Daß auf diesem Gebiete noch viel geleistet werden muß, wurde durch Zahlen des Wohnungselends im Waldenburger Gebiet, der Grenzmark und anderen Gebieten nachgewiesen. Trotz der fürchterlichen Wohnungsnot und trotz des milden Winters ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ständig gestiegen. Daraus ergeben sich zwei Ziele: Beschaffung von Arbeit und Beseitigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends. Eine Million Menschen von der Bauwirtschaft abhängig stehen heute dem Nichts gegenüber! Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften streben auch an, durch Schaffung eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Miete und Einkommen für die arbeitende Bevölkerung tragbare Mieten zu schaffen. Sie fordern: Hände weg von der Hauszinssteuer, alle Rückflüsse aus den Hauszinssteuerhypotheken, jede Mark und jeder Pfennig dem Wohnungsbau! — Diesen Forderungen und der Wille der Kundgebung wurde in folgender Entschließung Ausdruck gegeben:

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot lassen schwer auf den breiten Massen unseres Volkes. Jede Einschränkung der Bauaktivität vermehrt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und seinen Hilfsindustrien; jede Drosselung des Wohnungsbauwesens vergrößert zudem Wohnungsnot und Wohnungselend. Aufrechterhaltung und Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbauwesens ist daher unumgänglich notwendig. Dazu ist erforderlich:

A. Kapitalbeschaffung.

I. Öffentliche Mittel. Die Bereitstellung gering verzinslicher öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau. a) Gesetzliche Sicherstellung. Anlässlich der bevorstehenden Finanzreform müssen öffentliche Mittel, insbesondere die Hauszinssteuermittel, in einem Umfang und für eine Dauer sichergestellt werden, welche die Beseitigung der Wohnungsnot gewährleisten. b) Altmieter. Jede für die Erhaltung des Altwohnraums nicht unbedingt erforderliche Erhöhung der Altmieten muß in den Dienst der Neubautätigkeit gestellt werden. c) Reichszwischenkredit. Abzulehnen ist unter den derzeitigen Verhältnissen jede Zurückziehung öffentlicher Mittel, insbesondere der Reichszwischenkredite, aus dem Wohnungsbau.

II. Kapitalmarkt. Der Kapitalmarkt für den Wohnungsbau muß sorgfältig gepflegt und vor Erschwerungen geschützt werden. Im einzelnen ist zu fordern: a) Pfandbriefmarkt. Maßnahmen zur Hebung des Pfandbriefabsatzes im In- und Ausland. b) Auslandsmarkt. Erleichterung der Heranziehung von Auslandsgeld für den Wohnungsbau. c) Rücklagen der Versicherungsträger. Der Vermögenszuwachs der sozialen Versicherungsträger, der öffentlichen und privaten Versicherungsanstalten ist im weitesten Umfang dem Wohnungsbau zuzuführen. Abzulehnen ist jede Inanspruchnahme der Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs und des Geldbedarfs der Arbeitslosenversicherung. d) Sparkassen. Die Beanspruchung der Sparkassen seitens der Kommunen muß sich in einem Rahmen halten, der die Beleihung des Wohnungsneubaus seitens der Sparkassen nicht unterbindet.

B. Kapitalverwendung.
Das Neubaukapital ist so einzusetzen, daß mit den verfügbaren Mitteln der höchste soziale und wirtschaftliche Nutzen erreicht wird. Dazu ist erforderlich: I. Planmäßige Wohnungs- und Siedlungspolitik. Die einheitliche planmäßige Verwendung der für Stadt und Land verfügbaren öffentlichen Mittel unter Berücksichtigung der Wohnungsnot und des Wohnungselends, und mit dem Ziele der Verstärkung der ländlichen Besiedlung. II. Tragbare Mieten. Bereitstellung öffentlicher Mittel nur zur Schaffung von gesunden und ausreichenden Wohnungen, deren Mieten für die breite Masse der Bevölkerung tragbar sind. Besondere Maßnahmen für Kinderreiche! Der Einzelsatz der öffentlichen Darlehen ist dementsprechend zu bemessen.

C. Die Rückflüsse.

Zur Durchführung einer zukünftigen planmäßigen Wohnungsbaupolitik sind die Rückflüsse (Zinsen und Tilgungsbeträge) aus den Hauszinssteuerhypotheken dauernd für den Kleinwohnungsbau sicherzustellen.

Der preußische Wohlfahrtsminister für einheitlichen Bauarbeiterchutz.

Die Landesbauarbeiterchutzkommission für Berlin und Umgebung hatte den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gebeten, feststellen zu lassen, wieviel und welche Polizeiverordnungen zum Schutze der Bauarbeiter in der Provinz bestehen. Eine eigene Umfrage der Landeskommission bei den Stadt- und Landkreisen war nur teilweise beantwortet worden. Immerhin ließen die eingegangenen Antworten den Schluß zu, daß die bestehenden Verordnungen starke Unterschiede hinsichtlich ihres sachlichen Inhalts aufweisen, vielfach noch aus der Kriegszeit stammten und daher alles andere nur nicht zeitgemäß waren. Die Landeskommission regte deshalb gleichzeitig beim Oberpräsidenten an, nach Feststellung, was an Bestimmungen über Bauarbeiterchutz vorhanden sei, zu prüfen, inwieweit diese vielen örtlichen voneinander abweichenden Verordnungen aufzuheben und durch eine für die ganze Provinz, zum mindesten aber für die einzelnen Regierungsbezirke geltende Polizeiverordnung über Bauarbeiterchutz zu ersetzen seien.

Durch die vorgeschlagene Zusammenlegung der örtlichen Bestimmungen sollte ein erleichteter Ueberblick geschaffen und gleichzeitig die Bestimmungen neuerzeitlichen Verhältnissen angepaßt werden. Da der Vorschlag der Landeskommission auch für die übrigen preußischen Provinzen von Bedeutung erschien — denn auch in diesen Gebieten liegen die Verhältnisse ähnlich —, wurde vom Bundespräsident des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Wohlfahrtsminister gebeten, auch den anderen Oberpräsidenten die Anregung der Landeskommission zu übermitteln.

Der Wohlfahrtsminister hat diesem Wunsch in einem an die Oberpräsidenten gerichteten Erlaß vom 9. Januar 1930 (Mc 3902) entsprochen und dazu bemerkt: „Die Arbeiten zur Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerkschaften für das Deutsche Reich sind abgeschlossen. Die einheitlichen Vorschriften werden voraussichtlich im Januar 1930 in Kraft gesetzt werden. Ihnen werden in absehbarer Zeit vereinheitlichte Unfallverhütungsvorschriften für den Tiefbau und den Eisenbau folgen. Der Erlaß der neuen Vorschriften macht eine Prüfung notwendig, inwieweit die geltenden baupolizeilichen Vorschriften über den Arbeiterchutz auf Bauten an sie angeglichen und inwieweit die baupolizeilichen Vorschriften ergänzt werden müssen, um ein lückenloses materielles Bauarbeiterchutzrecht zu erhalten. Als Ergebnis dieser Prüfung wird im Einvernehmen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Ländern eine Musterverordnung ausgearbeitet werden. Neben den Vorschriften über den Arbeiterchutz auf Bauten sind einheitliche Vorschriften über die Arbeiterfürsorge auf Bauten in Aussicht genommen. — Die Aufgabe, die entsprechenden Polizeiverordnungen zu erlassen, wird demnächst den Herren Oberpräsidenten obliegen. Da mit den Arbeiten an den Musterentwürfen bereits begonnen ist, wird sich das Herabbringen neuer Provinzialverordnungen in der Zwischenzeit nicht oder nur ausnahmsweise empfehlen. Ich halte im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium eine Feststellung, welche polizeilichen Vorschriften über den Arbeiter-

chutz und die Arbeiterfürsorge auf Bauten in den einzelnen Provinzen gelten, im Sinne des Schreibens der Landesbauarbeiterchutzkommission in Berlin für angebracht, um den Rechtszustand zu klären und den demnächstigen Erlaß vorzubereiten. Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, daß auch die in den Baupolizeiverordnungen enthaltenen Arbeiterchutzvorschriften gegenüber den der Reichsgewerbeordnung unterliegenden Unternehmern nur dann Anspruch auf Rechtsgültigkeit erheben können, wenn gemäß § 120e Reichsgewerbeordnung vor ihrem Erlasse den Vorständen der beteiligten Berufsgenossenschaften oder Genossenschaftsaktionen Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung gegeben war, und daß dies geschehen, in der Provinzialverordnung zum Ausdruck gebracht ist.

Auf folgende Erlasse weise ich hin: 1. der MdStArb., Nr. 50 u. MdSt. vom 4. Juli 1913, betr. Grundzüge für Polizeiverordnungen betr. die Arbeiterfürsorge auf Bauten (MStV. IV S. 153/1913) unter Berücksichtigung des Erlasses des MdSt. vom 11. Juli 1920 — II 9, 75 —; letzterer betrifft den Beginn der Wintermonate nach Ziff. 8 mit dem Oktober statt November; 2. des MdStArb. vom 1. Februar 1917 wegen des Schutzes der Arbeiter bei Eisenbauten mit über 6 m hohen Räumen; 3. des MdSt. vom 5. November 1919, betr. Schutzvorrichtungen auf Bauten und das Ueberdie-Hand-Mauern.

Wegen der Gestaltung der Muster werde ich wahrscheinlich demnächst Ihre Stellungnahme einholen, stelle aber anheim, von sich aus zu berichten und Vorschläge für die Gestaltung der Mustervorschriften zu machen. Ueber die Angelegenheit des Ueberdie-Hand-Mauerns wird ebenfalls bei Erlaß der neuen Polizeiverordnungen über den Arbeiterchutz Entscheidung getroffen werden.

Mit dem Erlaß ist somit der Anstoß gegeben, in den einzelnen Provinzen festzustellen, was überhaupt an behördlichen Bestimmungen über Bauarbeiterchutz vorhanden ist. Wir mußten leider bisher erfahren, daß die behördlichen Stellen selbst nicht immer wußten, was auf diesen Gebieten Geltung hat. Selbstverständlich hat durch die vielen nebeneinander bestehenden Bestimmungen die Durchführung sehr viel zu wünschen übrig gelassen. Es sei dabei nur an die Provinzialpolizeiverordnung vom 1. Februar 1917 über den Schutz der Arbeiter auf Eisenbauten erinnert. Diese besteht seit 13 Jahren. Trotzdem ist sie bis in die jüngste Zeit so gut wie gar nicht beachtet worden. Mit der Verordnung betreffend das Ueberdie-Hand-Mauerns ist es nicht viel besser. Sogar auf behördlichen Bauten sind hin und wieder Streikaktionen wegen der Durchführung der Verordnung entstanden. Allerdings ist diese Frage seit dem Inkrafttreten der einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften geklärt.

Wir hoffen, daß der Erlaß des Wohlfahrtsministers nach zwei Seiten Nutzen bringt. Erstens wird ein Ueberblick über die bestehenden Polizeiverordnungen geschaffen, zum anderen dürfte eine bessere Durchführung dieser Bestimmungen durch eine schärfere Kontrolle der Bauten seitens der behördlichen Organe in der Zukunft erfolgen. Das gesammelte Material wird für die bevorstehenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Entwurf einer Musterpolizeiverordnung zum Schutze der Bauarbeiter gute Verwendung finden können.

Eine Stimme der „Arbeitgeber“verbände.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlichte soeben ihren Geschäftsbericht für die Jahre 1927 bis 1929. Schon der lange Zeitabschnitt machte es unvermeidlich, daß der Bericht recht umfangreich wurde, zumal er sich nicht beschränkt auf die Tätigkeit der Vereinigung, sondern auch die Arbeitgeberorganisationen behandelt. Ja, man kann sagen, daß man über sie aus dem Geschäftsbericht der Spitzenorganisation der Unternehmerverbände weit mehr erfährt, als über die Unternehmerverbände selbst.

Immerhin enthält der Bericht einige spärliche Zahlen über die der Vereinigung angeschlossenen Verbände. Es bestanden, wann wird nicht gesagt, auch über die Ab- und Zugänge während der Berichtszeit erfährt man nichts, demnach 49 Reichs-, 54 Bezirks-, 77 Orts- und 2829 Unterverbände, letztere über die Hauptverbände der Vereinigung angeschlossen. Davon waren 21 Bezirks-, 70 Orts- und 789 Unterverbände gemischtgewerbliche Vereinigungen. Diese Zahlen sagen sehr wenig, höchstens, daß es mit der Ausbreitung der so hochtrabend auftretenden Vereinigung noch hapert. Das geht aber besonders aus den Beleg-

Helden, Genies, Abenteuer sind stark gefragt . . .

Herr Schacht ist unfer die Dichter gegangen. Als er in Bremen bei üppigem Mahle gegen das Sozialrentnerideal vom Leder zog, konnte er sich nicht enthalten, seinen Heldenfang vorzutragen. Herr Schacht sang das Hohenlied des deutschen Helden. Herr Schacht pries den Mann. Den Mann, der es versteht, das Schicksalsrad herumzureißen. Den Mann, der selbst das bestimme, wohin es gehe . . . Und so . . .

Eine alte Platte freilich. Seit Schiller, Goethe und den Hausdichtern der nationalistischen Kriegspresse war das schon öfter da. Aber was hat's schon auf sich, wenn ein Berufsdichter vom Schicksalsrad singt? Da kräht höchstensfalls ein Literaturprofessor danach.

Wenn aber ein Mann mit 340 000 M. Jahreseinkommen und vom Range des Herrn Reichsbankpräsidenten Heldenlieder dichtet und deklamiert, dann geht das die Öffentlichkeit schon verflucht was an, weil es ihr nicht gleichgültig sein kann, aus welcher Gesinnung heraus sich dieser Machtträger im Staate betätigt und wie er seine Machtbefugnisse ausnützt.

Die Sache wird klarer, wenn wir den dichterischen Heldenbegriff des Herrn Reichsbankpräsidenten durch den etwas wirklichkeitsnäheren Begriff des Diktators ersetzen und das eindeutige Bild von Herrn Schachts heldenliebender Seele ergibt sich aus den erst jetzt bekannt gewordenen Schlussworten des poetischen Bankiers (die freilich stark nach Ludendorff und 1918 riechen): „Heldengeist ist es letzten Endes, der uns wieder hinaufführen kann. Heldengeist heißt Wagemut, heißt Abenteuer“ . . .

Das also ist der Wunschtraum des Herrn Schacht: Ein heldenhafter Diktator, der Deutschland durch kühnes Alles-auf-eine-Karte-Setzen und riskante Abenteuer wieder

„hinaufführt“. . . Ein (gelinde gesagt!) sehr unpassender politischer Wunschtraum für einen Reichsbankpräsidenten in der heutigen Lage Deutschlands! Und ein gefährlicher Traum. Und das um so mehr, als für politische Träumer Wirklichkeit und Traumreich sehr oft ohne scharfe Grenzen ineinanderfließen. . . Aber Herr Schacht träumt seinen Heldenraum nicht allein. Er träumt den Traum seiner Klasse. Er träumt den Traum der Sozialreaktion.

Also zurück zum Absolutismus? Daß dabei der selbtherrliche König durch einen selbtherrlichen Heldenheerführer ersetzt werden soll, ändert ja nichts am System. Denn im Grunde ist dies das Rezept der Reaktion: Fridericus-Regerei ins Moderne übertragen.

Kennt ihr die Geschichte vom Fridericus und vom Müller von Sanssouci? Eine schöne Geschichte. Eine moralische Geschichte. Aber eine verlogene Geschichte. Friedrich hätte die Windmühle sehr wohl niederreißen lassen können. Und das Kammergericht, mit dem der Müller drohte, hätte höchstensfalls riskiert, zum Teufel gejagt zu werden, wenn es dem König in den Kram gepußt hätte.

Das war eben das Wesentliche des absolutistischen Systems: Alle Gesetze und Verordnungen konnten durch die sogenannten „Machsprüche“ des Herrschers jederzeit außer Kraft gesetzt werden. Recht und Gesetz waren Spielball der Willkür des Königs. Der Bürger hatte gütigstenfalls einen Anspruch auf Gnade. Nicht aber einen Anspruch auf Recht und Gerechtigkeit.

Wie gesagt: Man setze an Stelle des Königs den Diktator, an Stelle des Bürgers den modernen Arbeiter, und man hat das Bild vom politischen Zielzustand der kapitalistischen Reaktion.

Die Feindschaft der profitanbetenden Rückschrittlere ist begreiflich. Die breiten Massen der Lohnarbeiter haben begonnen, aus dem modernen System des Rechtsstaates allerlei Konsequenzen zu ziehen und ihre großen Organisationen benutzen dieses System geschickt als Operationsbasis für den beständigen weiteren Vormarsch der Arbeiterbewegung.

Vor allem: Die Willkür der Regierenden ist in diesem Rechtsstaatsystem (im Gegensatz zum Absolutismus) im höchsten Maße ausgeschlossen. Hier ist die oberste und ausschlaggebende Norm das Gesetz. Keine Regierungsinstanz kann rechtsgültig etwas unternehmen, was mit dem Gesetz im Widerspruch steht. Es gilt das Prinzip der „Gesetzsmäßigkeit der Verwaltung“. Der Staatsbürger im Rechtsstaat und besonders in der Demokratie (wo er an der Gesetzgebung selber beteiligt ist), erhält so die größte Garantie, nicht von der Laune und Willkür der Behörden vergewaltigt und geschädigt zu werden. Er hat sein Recht zu fordern und ist nicht mehr auf die Gnade der Regierenden angewiesen.

Eine so weitgehende Herrschaft des Gesetzes aber setzt eine weitgehende gesetzliche Regelung vieler Lebensäußerungen der Staatsbürger voraus. (Es fehlt auch nicht an Fanatikern der Rechtsstaatsidee, die sie überspielen und zu weit treiben.)

Hier setzt nun die scharfe Opposition der Gegner ein. Diese Demagogen sagen, daß alles Uebel der Zeit durch das herrschende Rechtsstaatsystem verursacht werde. Der Staatsbürger (lies „Unternehmer“) hätte keine Bewegungsfreiheit mehr. Ueberall pfuche ihm in seine Dispositionen der Gesetzgeber hinein. Die freie schöpferische Persönlichkeit könne sich nicht mehr entfalten. Namentlich die breiten Massen würden durch Sozialgesetzgebung usw.

Übt Solidarität gegenüber den Arbeitslosen: Vermeidet Überstundenarbeit!

schäftsahlen der Unternehmungen hervor, die der Vereinigung angeschlossen sind. Danach waren in den angeschlossenen Industrieverbänden 5 200 000 Beschäftigte, im Handwerk 320 000, in der Landwirtschaft 315 000, im Verkehr 235 000, im Handel 210 000, in den Banken 25 000, in den Versicherungsunternehmen 10 000, in verschiedenen Unternehmungen 65 000, insgesamt 6 380 000.

Schon die Art, die Zahlen abzurunden, zeigt, daß sie nicht stimmen können. Das geht besonders auch bei einem Vergleich mit den anderen Zahlen hervor. In anderer Stelle wird gesagt, daß 5 940 000 Arbeiter und Angestellte in Unternehmungen beschäftigt sind, die durch regionale Verbände erfasst sind. Eine andere Tabelle wieder gibt die Zahl der direkt durch Reichsverbände angeschlossenen Beschäftigten mit nahezu 1,1 Million an, die Gesamtzahl aber mit „etwa 6 400 000“ (genau 6 401 050). — Nach der Tabelle waren Beschäftigte in den Unternehmungen, die auf die eine oder die andere Weise der Vereinigung angeschlossen sind: Im Bergbau 691 300, Industrie der Steine und Erden 308 200, Eisen- und Metallindustrie 1 138 200, Chemische Industrie 278 000, Textilindustrie 752 000, Papierindustrie und Verlags- und Druckgewerbe 186 200, Lederindustrie 20 000, Holzgewerbe 195 000, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 296 350, Bekleidungsindustrie 19 700, Baugewerbe 600 000, Elektrizität-, Gas- und Wasserversorgung und -verteilung 70 000, Handelsgewerbe 15 000, Versicherungswesen 2400, Verkehrswesen 142 800, Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 55 000. Das sind zusammen 4 771 050 Beschäftigte. Es kommen allerdings noch 1 630 000 Beschäftigte hinzu, deren Unternehmungen durch gemischtgewerbliche Vereinigungen angeschlossen sind. Man kann also auch mit dieser Tabelle schwer etwas anfangen, will man untersuchen, wie stark die der Vereinigung angeschlossenen Unternehmerorganisationen der verschiedenen Gewerbegruppen sind. Am stärksten organisiert und konzentriert sind offenbar die Unternehmer im Bergbau mit zwei Reichsverbänden und 691 300 Beschäftigten, die Eisen- und Metallindustrie mit 2 Reichsverbänden und 1 138 200 Beschäftigten, die Textilindustrie, wo in einem Reichsverband 752 000 Beschäftigte zusammengefaßt sind, die Chemische Industrie mit 2 Reichsverbänden und 278 000 Beschäftigten und das Baugewerbe mit 3 Reichsverbänden und 600 000 Beschäftigten, wozu wohl noch eine erhebliche Zahl in den gemischtgewerblichen Vereinigungen kommen dürfte.

Nimmt man aber die Schluszzahl von 6 401 050 Beschäftigten und vergleicht man sie mit den gewerkschaftlich organisierten, dann stellt man fest, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände um so weniger für sich beanspruchen kann im Namen der Unternehmer zu reden, als die Gewerkschaften berechtigt sind, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. In den freien Gewerkschaften waren Ende 1929 rund 5 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert, in den christlichen und Hirsch-Duncker'schen etwa 1 1/2 Millionen. Nicht nur die Zahl ist größer, vor allem auch der Wirkungskreis, da ja die Arbeiter und Angestellten, wenn auch ihre Unternehmer organisiert sind, deshalb leider noch nicht daraus die Schlussfolgerung ziehen, sich samt und sonders ebenfalls zu organisieren.

Der Bericht teilt weiter mit, daß der „Deutsche Streikschuß“, eine der Vereinigung angeschlossene Streikentschädigungskasse, im Jahre 1929 eine Einnahme von 1 800 000 M. Reserven von 2 Millionen hatte und „im Jahre 1930 voraussichtlich über rund 4 Millionen Mark verfügen wird.“ Das sind zwar beachtliche Zahlen, aber offenbar ist in ihnen nicht der Kriegsfonds der Schwerindustrie enthalten, falls er nach der Ruhrsperre aufrechterhalten wurde, noch die Streikkasse der Textilindustrie. Man darf auch nicht vergessen, daß es die Unternehmer nicht so nötig haben wie die Arbeiter, sich eine Streikkasse zuzulegen. Andererseits ist aber wieder zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaften nur an ihre Mitglieder Unterstützung zahlen und es deshalb besonders bei einer Ausbreitung leichter haben als die Unternehmer, die die gesamte Last des brachliegenden Kapitals mit den vielseitigen finanziellen Verpflichtungen durchschleppen müssen. Mit fühlbarem Reid erwähnt daher der Bericht, daß die freien Gewerkschaften in den Jahren 1925/28 einen Einnahmeüberschuß von 98 Millionen hatten. Bemerkens-

wert — aber nicht überraschend — ist die Mühe, die aufgewendet wird, um die Kommunisten und die Gelben herauszufinden, wobei die Vereinigung zu gern auch die letzteren als wirtschaftliche Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt sehen möchte. Dabei kommt es der Vereinigung nicht darauf an, die Taffachen umzubiegen.

Ist der Bericht sehr sparsam mit Angaben über die Stärke und Finanzwirtschaft der Unternehmerorganisationen, so ist er um so aufschlußreicher über den Geist, der in der Vereinigung herrscht. Während der Bericht doppelt soviel Raum verwendet für die Angaben über die Arbeiterorganisationen als für die über die Unternehmerorganisationen, wobei bei letzteren noch viel Raumverschwendung getrieben wird für die Aufzählung belangloser Personennamen, so werden fast zwei Drittel des Berichts angefüllt mit der chronologischen Berichterstattung über die Sozialpolitik, natürlich im Sinne der Unternehmer.

Interessant ist die Verteidigung der Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Unternehmer und die Verteidigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt. Daß dies allein fähig und berufen sei, zu wirtschaften, dieser doktrinaire Manchesterstandpunkt wird preisgegeben. Es wird aber „Verständnis für die Notwendigkeit einer in ihrer Initiative, ihrem Wagemut und ihrer Entschlußfreiheit nicht durch Kontrollen beengte, auf sich selbst gestellte Führung“ gefordert und anerkannt, daß eine öffentliche Planwirtschaft notwendig und nützlich sei — soweit sie besonders der „Führung“ zu Hilfe kommt. Von der Initiative und durch Kontrollen nicht eingeengten Entschlußfreiheit des Privatunternehmers wird freilich nicht gesprochen. Denn dessen Entschlußfreiheit ist durch die Syndikate, Kartelle und Truste längst aufgehoben. Uebrig geblieben ist nur eine dünne Oberschicht von Generaldirektoren, die die eigentlichen Kapitalbesitzer entmachtete, zum guten Teil auch enteignet hat. Aber wie weit die sozialistischen Befreiungen die Unternehmer bedrängen, zeigt diese Aufzählung:

„Wenn also eine planwirtschaftliche Gestaltung der gesamten Wirtschaftsführung sich als eine Utopie erweist, so wird es doch auch andererseits niemanden geben, der jede Einwirkung der öffentlichen Gewalt auf die Wirtschaft verneint. Es hat noch niemals irgendwo einen Zustand gegeben, in dem der Einfluß des Staates und der von ihm bevollmächtigten Träger der öffentlichen Gewalt auf die Wirtschaft vollkommen ausgeschaltet war. Die Wirtschaft kann und darf sich nur im Rahmen der staatsnotwendigkeiten bewegen. Die Frage, die umstritten ist, ist lediglich Umfang und Inhalt der staatlichen Einwirkung.“

Im Zusammenhang mit der Lohnpolitik wird natürlich über die Belastung durch Löhne und Steuern geklagt. Wenn die Rationalisierung auch eine Senkung des Lohnanteils am Produkt gebracht habe, so sei doch der Anteil des fixen Kapitals (Maschinen usw.) gestiegen, besonders durch die starke Zinsbelastung. Erst wenn „durch genügende Kapitalbildung die Zinslast weitgehend und dauernd gesenkt ist, also nur dann, wenn nicht die Kapitalbildung durch ständige Lohnerhöhungen geschwächt wird“, erst dann könne eine „größere Bewegungsfreiheit“ einsehen. Für wen die größere Bewegungsfreiheit? Wo die Kapitalbildung? Werden die Zinsen gesenkt, wenn durch Ueberhöhung des Anteils des Kapitals am Produktionssertrag die Kapitalbildung der kleinen Sparer unterbunden wird?

Ueber die Belastung der Unternehmen durch das „Lohnkostenkonto“ und über die „Führung“ wäre einiges zu sagen. Dafür nur ein Beispiel: Im Vorjahre brach in Berlin die Textilhandelsfirma Gebrüder Simon infolge einer ungläubigen Mißwirtschaft der „Führung“ zusammen. Die Firma wurde durch die Banken neugegründet. Kapital 5 Millionen, Jahresgehälter (ohne Tanktlemen) des vermehrten leitenden Personals, der „Führung“, rund 500 000 M., d. h. 10% des Kapitals. Zum Ausgleich hat man schlecht bezahlte Angestellte entlassen und den Hausdienern die Löhne gekürzt. Daß selbst im Textilhandel die Dividende nicht übermäßig hoch sein kann, wenn von vornherein 10% an die „Führung“, mindestens ebensoviel an die Banken an Zinsen gezahlt werden muß, liegt auf der Hand. Und man begreift sofort, daß diese „Führung“ nicht durch Kontrolle in ihrer Entschlußfreiheit beengt sein will.

vom Gesehgeber zu sehr geschützt und müßten „naturgemäß“ dadurch verweichlichen und entarten. Die Führerqualitäten der genialen Männer aber würden durch die gesetzliche Bevormundung unterdrückt und müßten verkümmern. Weil es uns aber an Männern und Führern fehle, sei das ganze Volk zum Untergang verdammt. Rettung könne nur die vertrauensvolle Zustieferung des Volks- und Staatschicks als an die große Führerpersönlichkeit bringen. Deshalb: Schuß dem Geniemenschen! Männer und Helden an die Spitze!... Das sind die Parolen.

So kommt die Reaktion zu ihrem politischen Geniemenschen- und Heldenkult. Das kapitalistische Bürgertum sieht aus der Gegenwartskrise keinen anderen Ausweg als den Weg nach rückwärts zum Absolutismus, als den Weg zur staatsbürgerlichen Selbstentmannung durch Zustieferung des Volksgeschicks an die Willkür eines Diktators.

Freilich, sie sehen die große Krise der bürgerlichen Kultur. Aber sie wissen sie nicht zu deuten. Sie sehen die moribunde bürgerliche Welt und ihre Kulturideale um sich her zusammenbrechen; aber ihre Befangenheit hindert sie, das neue und große Aufbauende in diesem Jahrhundert der Umformung zu erkennen und zu werten.

So faheln sie vom Untergang des Abendlandes und schreien nach dem starken Mann und nach der Herrschaft der Elite.

Es ist der Schrei der Hilflosen, die aus dem faktischen Bankrott des kapitalistischen Systems keinen Ausweg mehr sehen.

Sie sehen nur Chaos, wo der unbefangene Geist gesunden Aufbau sieht. Die deutlich bemerkbaren Anfänge

einer neuen gesellschaftlichen Arbeits- und Güterordnung von höchster kultureller Bedeutung werden von diesen Volksrettern ignoriert und für gemein schädlich erklärt.

So werden alle Errungenschaften der modernen Arbeiterbewegung durch die Heilslehre vom Helden und Geniemenschen in ihrem Bestande aufs stärkste gefährdet.

Diktatur ist Willkür und Rechtsunsicherheit. Sollen auch bei uns, wie es in der faschistischen italienischen Arbeitsverfassung heißt, lediglich die „höheren Interessen des Vaterlandes jedem Recht auf Verdienst, Arbeit und Lohn Norm und Umfang“ geben? Man stelle sich in der Young-Plan-Situation die Auswirkung dieser Formel unter der Krute eines deutschen Wirtschaftsdiktators vor!

Uch, die Kapitalisten wissen schon, was sie tun. Wissen, warum sie Stahlhelm- und Hitler- und Heimwehrbewegung häßlichen und schmierigen. Wissen, warum sie einen neuen politischen Genie- und Heldenkult aufziehen: Es geht um das Herrschafts- und Profitemonopol des Großkapitals. Weil die moderne Arbeiterbewegung den Profit gefährdet, schreien sie, daß durch die Gleichmacherei der Gesehe der Kulturuntergang, die Verweichlichung des Volkes und die Züchtung des Untermenschen drohe.

Die Arbeiterklasse hat heute ihr gutes Recht in Händen. Es gegen die von „genialer“ Einsicht gelenkte Willkür eines Diktators aufzugeben, wäre ein schlechter Handel.

Kein Heldenlied dachtender Reichsbankpräsident, noch sonst ein „genialer“ Bürger kann die Arbeiterschaft erlösen. Ihre Geschichte lehrt es tausendfach: Sie muß sich selber befreien, muß selber für Recht und Gerechtigkeit kämpfen, das einmal Errungene aber muß sie mit Nägeln und Zähnen verteidigen!

Die Guillotine des WZWG.

Als 1927 die Arbeitslosenunterstützung durch ein auf Versicherung basierendes Recht mit einem Rechtsanspruch auf Unterstützung durch das WZWG geregelt wurde, ahneten auch die auf den Dörfern wohnenden Bauarbeiter auf. Die bis dahin geltende Bedürftigkeitsprüfung, die abhängig war von der Brille, durch die der Prüfende schaute, fiel für die bei uns im Osten hauptsächlich auf dem Lande wohnenden Bauarbeiter allgemein sehr rigoros aus. Als Zeisiger im Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises haben wir oft den Vorsitzenden bei Lesung des Prüfungsprotokolls sagen müssen: „Mich wundert, daß der prüfende Gemeindevorstand das sonstige lebende Inventar, wie Mäuse, Ratten usw. einer Wohnung nicht mit aufführt.“ Oft wurde vorgelesen: „Antragsteller besitzt einen Morgen Pachtacker, eine Ziege, ein halbes Duzend Kaninchen sowie 6 Hühner. Dieses bilde eine wesentliche wirtschaftliche Stütze für ihn.“

Beim WZWG ist nun auf Grund der Versicherung ein Rechtsanspruch auf Unterstützung vorhanden. Unsere Freude wurde jedoch bald getrübt. Mit dem Kaufschukparagraphe 110 wurde die Wartezeit für „berufsbildende Arbeitslosigkeit“ auf zwei resp. drei Wochen heraufgesetzt. Ende 1928 wurde es aber mit der Verordnung über die Sonderunterstützung für sogenannte „berufsbildende Arbeitslose“ noch schlimmer. Das Versicherungsprinzip wurde mit Prüfung der Bedürftigkeit beim Einsetzen der Sonderunterstützung glatt durchbrochen. Schon mit dem Kaufschukparagraphe 113 wurde genügend Unfuss getrieben.

Die „Reform“ des WZWG. 1929 schlug jedoch mit dem § 89a dem Faß den Boden vollständig aus. In einer Stelle heißt es: „... oder im Betriebe des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern, von Abkömmlingen oder Geschwistern den Lebensunterhalt miterwirbt oder miterwerben kann, falls dies den Beteiligten nach Lage der Verhältnisse billigerweise zugemutet werden kann; das ist insbesondere anzunehmen, wenn die Beteiligten in häuslichen Gemeinschaften miteinander leben.“ Dieser Paragraph ist nach Uebersetzungen des Arbeitsamtsvorsitzenden eine besondere Verschärfung des § 113 und müßte dementsprechend gehandhabt werden. Das geschah bisher auch im überreichlichen Maße. Ob die Wirtschaft auch noch so klein war, der Antragsteller nur zur Miete mit eigenem Haushalt dort wohnte, war alles gleich, auf Grund § 89a wurde die Unterstützung vom Vorsitzenden des WZWG. abgelehnt. Nun mußte das Rechtsverfahren eingeleitet werden. Die Vertreter der Antragsteller, die Gewerkschaftssekretäre, bekamen Arbeit in überreichlichem Maße.

Der § 89a wird aber auch zur Bedürftigkeitsprüfung angewandt, wenn auch in verkappter Form. Die Worte „miterwerben kann“ und „billigerweise zugemutet werden kann“ geben als sehr ausziehbare Handharmonika die beste Möglichkeit. Vor uns liegt die schriftliche Begründung eines Spruches eines schleisschen Arbeitsamtes. Die Eintragswerkliste 18 wird anerkannt. Des weiteren, daß außer dem Antragsteller noch 7 Geschwister, davon ein Sohn über 20 Jahre alt, als Landwirt in der Wirtschaft tätig sind. Weiter heißt es dann: „Wenn auch Antragsteller in der Wirtschaft keine Möglichkeit hat, seinen Lebensunterhalt mitzuerwerben, dann könne man ihm zumuten, daß er mit den vorhandenen Pferden Holzfuhrern unternehme.“ Ob diese Möglichkeit vorhanden ist oder ob nicht der Antragsteller zu übersteter Schmutzkonkurrenz gegenüber den Holzfuhrern getrieben wird, prüft der Vorsitzende des Arbeitsamtes überhaupt nicht erst. Bei dieser Gelegenheit fallen uns die Worte des Rechtsvertreters der Reichsanstalt bei der Spruchkammer Breslau ein, der bei einem Termin erklärte: „Das Primäre (!) beim WZWG sei die Arbeitsvermittlung.“ Als wir dem Herrn Regierungsrat sagten: „Die Arbeitsvermittlung erkennen wir an; aber nicht um jeden Preis, sondern für welchen Preis die Arbeitsleistung geschieht.“ Der Herr blieb die Antwort schuldig. Von der eben geschilderten verkappten Bedürftigkeitsprüfung im Falle § 89a liest man in allen Begründungen. Bei Antragstellern, die selber, deren Eltern, Geschwister usw. eine kleine Wirtschaft besitzen, auf der sie weder leben noch sterben können, ist § 89a die Guillotine für ihren Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nun etwas zum Rechtsverfahren im WZWG. In einigen Paragraphen nimmt das WZWG auf die Reichsversicherungsordnung, Strafgesetzbuch sowie Gerichtsverfassungsgesetz Bezug. Sowie bei Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes hat auch beim WZWG. der Gesehgeber gewiß die Beschleunigung des Verfahrens in allen Rechtszügen gewünscht. Die Frage der Pendlarbeiter wurde bis in die dritte Instanz sehr schnell behandelt. Vom November bis zum Dezember war alles erledigt. Natürlich zumgunsten der Unterstützungsempfänger. Beim Rechtszuge der sonstigen Unterstützungsempfänger ist es aber anders. Seit November 1929 gestellte Unterstützungsanträge schweben zurzeit noch im Streitverfahren und warten also seit annähernd 4 Monaten auf die Anberaumung eines Termines.

Schauen wir uns aber einmal das Verfahren bis zu dieser Instanz an! Bis dahin fehlt jede Objektivität, die doch Grundlage jeder Rechtsprechung sein soll. Nach § 172 entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes zuerst über den Unterstützungsantrag. Wenn nun gegen diese Entscheidung Einspruch erhoben wird, dann entscheidet der Spruchauschuß des Arbeitsamtes. Hier fungiert nun der Vorsitzende des Arbeitsamtes wieder als Vorsitzender mit ausschlaggebender Stimme in einem sozialen Streit, wo Unternehmer- und Arbeiterbeiträge doch meistens gegenteiliger Meinung sind. Nach § 183 darf nach den Ziffern 5 bis 7 der Beisitzer in keiner Weise mit der strittigen Sache vorher in Berührung gekommen sein. Es wird also strengste Objektivität verlangt. Anders bei dem Vorsitzenden dieser Rechtsinstanz. Er sifft ausschlaggebend über seine zuerst gefällte Meinung zu Gericht. Wenn der Vorsitzende in über 50 Prozent seiner erstgefällte Meinung bei der Spruchauschussung ändern würde, dokumentierte er im gleichen Prozentsatz die Unfähigkeit seines Amtes als Vorsitzender des Arbeitsamtes. Zu dieser Rechtsprechung kann man nicht das geringste Vertrauen haben. Nach Aenderung des § 180, nach dem bei einstimmig gefälligem Spruch die Berufungsmöglichkeit einmündig ist, ist der Antragsteller oft ganz der Gnade des Arbeitsamtsvorsitzenden ausgeliefert, wenn man einen

Arbeiterbeisitzer hat, der den Dingen nicht gewachsen ist. Berufung ist nur möglich, wenn wegen grundsätzlicher Bedeutung die Berufung zugelassen wird.

Einige Worte über den Begriff „berufsübliche Arbeitslosigkeit“ die wir für unseren Beruf nicht anerkennen können. Beispielsweise hatten wir im Juli 1929 eine recht erhebliche Zahl arbeitsloser Bauarbeiter, auch gelernter.

Deutsche Bauausstellung.

Die Organisatoren der „Deutschen Bauausstellung Berlin 1931“ entwickelten am 25. Februar in Berlin vor einem Publikum von Vertretern der Tages- und Fachpresse ihr Programm.

Die Ausstellung wird eine Sonderabteilung Städtebau und Wohnungswesen haben, in der etwa 50 Staaten das Charakteristische ihres Städte- und Wohnungsbauwesens zeigen werden.

Landesplanungen wird versucht, andere Fragen des Städtebaus sozial vernünftig zu regeln. Die Ausstellung hat den Zweck, die Forderungen nach Eigenheimen und zeitgemäßem Siedlungswesen zu unterstützen.

Wir betonen, daß zu den Bauproblemen nicht nur weitere Rationalisierung, sondern auch die sozialen Probleme, die heute ihren Niederschlag finden in der großen Arbeitslosigkeit, in dem Ausschneiden und Brachliegen von Arbeitskräften infolge der Rationalisierung: ein Problem, das unbedingt gelöst, und zwar im gemeinwirtschaftlichen Sinne gelöst werden muß.

Die Ausstellung ist gedacht als ein Mittel, das der Bauwirtschaft neue Wege zeigen soll. Bauunternehmer und Bauauftraggeber sollen dem Willen der Organisatoren der Ausstellung Anregungen empfangen für die kommende Bautätigkeit, besonders für die Entwicklung einer großzügigen Wohnungsbautätigkeit.

Gewerbmäßige Verleumder.

Es ist überall bekannt und auch gerichtsnotorisch, daß es in Deutschland Leute gibt, die als gewerbmäßige Verleumder in gewissen Zeitungen ihr dreckschweißiges Handwerk betreiben.

Rüchlich stand wieder einmal ein solcher Schmutzflink vor Gericht, der gegen gute Bezahlung sich dafür hergibt, Funktionäre der Gewerkschaften in gemeinfter Weise zu beschimpfen.

Nr. 105 vom 4. März 1930 und in der „Roten Fahne“ unter anderem folgendes lesen:

„Ich nehme die in dem Artikel in der „Roten Fahne“ vom 3. Oktober 1929 enthaltenen persönlichen Beleidigungen des Privatklägers zurück und erkläre, daß ich die in dem Artikel enthaltenen Vorwürfe über das Verhalten des Privatklägers gegenüber den Bauarbeitern und Stukkatoren, die auf der Baustelle Tieß in der Chauffeestraße beschäftigt waren, nicht aufrechterhalten kann.“

Solche Vergleiche und ähnliche könnte man zu einem stattlichen Bande in Lexikonformat binden lassen. Die politische Atmosphäre ist aber davon nicht reiner geworden.

Für die Ankurbelung der Bauwirtschaft.

Auch die Wohnungsfürsorgegesellschaften und Baugenossenschaften treten jetzt in ganz energischer Weise dafür ein, daß die Gelder der sozialen Versicherungsanstalten soweit als möglich für Bauzwecke flüssig gemacht werden sollen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 17. Februar 1930.

Table with columns for Bezirksverband, Zahl der Baugewerkschaften, and various trades (Maurer, Zimmerleute, etc.) showing unemployment statistics for February 17, 1930, and the previous week.

leben aus den öffentlichen Sparkassen gerechnet werden. Die Baufinanzierung, fast bis zur Unmöglichkeit erschwert, würde eine noch größere Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Deshalb wird dringend gewarnt vor der Durchführung der vorher genannten Pläne. Es wird gewarnt vor einer Aktion, die vielleicht über augenblickliche Nöte hinwegtäuscht, deren folgenschwere Rückschläge jedoch notwendigerweise nicht nur für die davon betroffenen Kreise, sondern für unsere allgemeine Wirtschaft unausbleiblich sein würden.

In ähnlicher Weise und ausführlicher haben bereits die baugewerblichen Arbeiterorganisationen und auch die Unternehmerorganisationen Stellung genommen. Gewarnt ist genug worden. Leider steht es heute so, daß all diese guten Ratschläge zum größten Teil in den Wind geschlagen werden. Die Macht der Schacht-Partei scheint in Deutschland die stärkere zu sein.

Gegen die Gewerkschaftszersplitterung!

Überall wo es Gewerkschaften gibt, kommen die Anhänger Moskaus und versuchen mit scheinheiligen Parolen, wie etwa die Bildung von „Kampfleitungen“ und durch „Gewerkschaftsopposition“, den sogenannten reformistischen Gewerkschaftsapparat zu zersplittern.

Diesen Bestrebungen setzt der schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband Maßnahmen entgegen, die wir auszugeweiht mitteilen: „Durch verschiedene Ausschüsse von Funktionären unserer Verbände aus der K. P. der Schweiz, die sich weigerten, verbrecherische Befehle in ihrer Gewerkschaft auszuführen, ist erwiesen, daß die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei unvereinbar ist mit einer Vertrauensfunktion innerhalb der Gewerkschaft, da für alle Funktionäre und Mitglieder statutenmäßig nur die Beschlüsse ihrer eigenen Gewerkschaftsorgane maßgebend sind.“

Mitglieder unseres Verbandes können daher inskünftig nur noch irgendeinen Vertrauensposten in der Gewerkschaft bekleiden, wenn sie sich von solchen kommunistischen Parteibefehlen lossagen und unter schriftlich erklärten, daß sie in allen Fällen nur den Beschlüssen ihrer zuständigen Gewerkschaftsinstanzen nachleben werden und für sich als verbindlich erachten. — Die Sektionsleitungen werden beauftragt, allen Kommunisten, die im Sektionsgebiet einen Vertrauensposten für unsere Gewerkschaft bekleiden, den beiliegenden Verpflichtungsschein zur Unterschrift vorzulegen. Wer bis zum 1. März 1930 diesen Verpflichtungsschein nicht unterzeichnet, kann eine Funktion in unserem Verband nicht mehr ausüben oder für irgendeinen Vertrauensposten gewählt werden. — Da der Zersplitterungs- und Zerfetzungskampf gegen die Gewerkschaften auch in der kommunistischen Presse systematisch betrieben wird, kann man den Gewerkschaften nicht zumuten, daß sie ihre Totengräber noch unterstützen und sind alle Insertionen und Berichterstattungen in den kommunistischen Zeitungen einzustellen. Die Sektionsleitungen haben die nötige Kontrolle auszuüben, damit in den Mitgliederversammlungen nur die in Betracht kommenden Mitglieder und Vorstandsvertreter zugelassen werden.

Der Verpflichtungsschein: Der Unterzeichnete verpflichtet sich durch Unterschrift, daß er in allen Gewerkschaftsangelegenheiten bestehende oder befohlene Beschlüsse, Richtlinien, Thesen, Resolutionen usw. der kommunistischen Partei, ihrer Organe oder Einzelpersonen nicht anerkennt und auch nicht ausführen wird, sondern sich strikte an die Verbandsstatuten, den Beschlüssen des Zentralvorstandes des Bau- und Holzarbeiterverbandes der Schweiz, vom 19. Februar 1930, sowie allen Beschlüssen halten wird, die von den zuständigen Organen des eigenen Verbandes gefaßt werden. — Dazu braucht nur noch bemerkt zu werden, daß sich der Vorstand des schweizerischen Bruderverbandes weitere Schritte vorbehalten.

Von den Bauarbeitern Rumäniens.

Der unserer Bauarbeiter-Internationale angeschlossene Landesverband der Bauarbeiter Rumäniens konnte am 9. und 10. Februar im Zusammenhang mit seinem Verbandstag sein zehnjähriges Bestehen feiern. Das Verbreitungsgebiet des Verbandes erstreckt sich in der Hauptsache auf Neu-Rumänien; das ist der Teil, der von Ungarn abgetrennt wurde. Der Aufbau in den zehn Jahren war sehr mühselig. Nach dem allgemeinen Streik im Oktober 1920, der unglücklich endete, wurde der Belagerungszustand verschärft, die Lokale der Ortsgruppen wurden gesperrt und Versammlungen unmöglich gemacht. Als sich dann nach der ersten Zeit der politischen Bedrückung die Gewerkschafter wieder zusammenschlossen, war die sich nun verheißungsvoll bildende Einheitsfront den Moskauern im Wege, sie vollzogen 1923 die Spaltung der rumänischen Arbeiter. Wie in allen Ländern, so erlebten auch die rumänischen Bauarbeiter einen erbitterten Bruderkampf in den eigenen Reihen. Augenblicklich müssen die Kommunisten in Rumänien illegal arbeiten; ihre öffentliche Betätigung ist gesetzlich verboten. Der kleine rumänische Verband hat sich aber erfreulicherweise gehalten, trotzdem seit Jahren in jeder Bauzeit 50 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos waren.

Der Verbandstag konnte im eigenen Heim in Klausenburg tagen. Dieses Heim hatte der Verband 1923 selbst gebaut; in ihm befinden sich außer dem Büro der Zentralkasse noch die Büros der Metallarbeiter, der Bekleidungsarbeiter, und außerdem ein großer Versammlungssaal, zwei Klubräume und ein kleiner Restaurationsraum. Die Stimmung der Delegierten unterschied sich nicht von der guten gewerkschaftlichen Einstellung, wie man sie in Ungarn findet. Die Verhandlungssprache war in der Hauptsache ungarisch, daneben deutsch, denn der rumänische Bauarbeiterverband umfaßt ja gerade jene Gebiete, die, wie in Siebenbürgen, besonders in der Bukowina, teilweise von Sachsen, im Banat teilweise von Schwaben bewohnt sind. Der Verband zählt 35 Ortsgruppen. In Alt-Rumänien befindet sich davon nur eine (in Bukarest) mit nur 12 Mitgliedern. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes beträgt 1200. Die größte Zahlstelle ist in Klausenburg (Cluj) mit 380 Mitgliedern, wo auch der Sitz des Verbandes mit einem Angestellten ist. Der Verband umfaßt alle Berufe des Baugewerbes: Maurer, Maler, Zimmerer, Steinhauer, Pfisterer, Spengler und Hilfsarbeiter. Er gibt monatlich ein in drei Sprachen (Rumänisch, Ungarisch, Deutsch) erscheinendes Fachblatt

heraus. Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes betragen im letzten Geschäftsjahr rund 24 000 M. Die Verbandsbeiträge betragen im Durchschnitt nicht einmal die Hälfte des Stundenlohnes, sie wurden bisher nur für 40 Wochen im Jahre erhoben. In Zukunft sollen nach einem Verbandsratsbeschluss die Beiträge für 52 Wochen im Jahre gezahlt werden. Der Verband leistet außer Streikunterstützung noch Invaliden-, Kranken- und Sterbefallunterstützung. Rumänien hat eine staatliche Krankenversicherung, jedoch keine Invaliden- und Unfallversicherung. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind nur in dem ungarischen Sprachgebiet in zehn Orten durch Tarifverträge geregelt. Der Achtfundentag ist Gesetz, in den Tarifverträgen ist deshalb der Achtfundentag festgelegt. In den übrigen Orten, wo keine Tarifverträge bestehen, ist natürlich von einer achtfundigen Arbeitszeit keine Rede. Wo kein Kläger ist, ist kein Richter! Es wird, wie beispielsweise in Bukarest, bis zu 13 Stunden täglich gearbeitet. In den Tarifverträgen sind auch die Lehrlinge erfasst. Der höchste Lohn in Rumänien besteht in Klausenburg, er beträgt für Maurer und Steinarbeiter 35 Lei, für Hilfsarbeiter 13 Lei (eine Mark = 39 Lei). In Großwardein betragen die Löhne 25 und 10 Lei, in Temesvar (Hauptstadt des Banats) 20 und 8 Lei, in Resita (beste Zahlstelle des deutschen Sprachgebietes) 27 und 13 Lei, in Bukarest 19 und 10 Lei. Die Erbauer haben im Durchschnitt die Stunde etwa 8 Lei; sie sind unorganisiert. Natürlich kommen die Preise für Lebensmittel auf dem platten Lande nicht an die bei uns gezahlten heran. Zum Teil wird noch der Lohn in Naturalien gewährt, besonders auf dem platten Lande. Ein sehr großer Teil der Bauarbeiter in ganz Rumänien — man schätzt ihre Zahl auf 13 000 Facharbeiter — scheint kulturlos und damit für die Organisation zunächst nicht empfänglich zu sein. Vor dem Kriege war die Bauarbeiterschaft in dem von Ungarn abgetrennten Gebiete besser organisiert. Es gibt beispielsweise im Banat Maurerbrüder bis zu 1000 und 1200 Berufskollegen. Die größte Zahlstelle in dem deutschsprachigen Gebiet ist Resita mit 160 Mitgliedern. In diesem Gebiet erscheinen auch zwei sozialistische Tageszeitungen in deutscher Sprache. Außerdem bestehen in Rumänien noch drei weitere sozialistische Tageszeitungen. Vielfach halten unsere Kollegen zu zweien oder zu dreien die Tageszeitung, weil sie infolge der niedrigen Löhne allein ein Abonnement nicht tragen können. Es bestehen kaum Ansätze von Konsumvereinen, dagegen gibt es andere Arbeiterunternehmungen, u. a. Druckereien; augenblicklich ist man im Begriff, in

Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf vor Augen geführt wird. MARX.

Klausenburg eine Arbeiterbank zu gründen. Die Gewerkschaften sind zumeist juristische Personen. — Die organisierte Arbeiterklasse Rumäniens konzentriert sich in der Hauptsache auf das ungarische Sprachgebiet. Wie schwach augenblicklich die sozialistische Arbeiterkraft in der Gesetzgebung und Verwaltung vertreten ist, zeigten die vor wenigen Tagen vollzogenen Wahlen zu den Bezirksräten. Von 2364 Bezirksräten sind nur 11 Sozialdemokraten; die Deutsche Partei hat beispielsweise 10, die Ungarische Partei 70 Sitze erobert. Gewiß kann man von einer Freiheit der politischen Betätigung der rumänischen Arbeiter noch nicht sprechen, aber nach unseren Beobachtungen sind die Fesseln, die der ungarischen Arbeiterkraft augenblicklich noch angelegt sind, stärker als in Rumänien.

Rumänien hat ein bemerkenswertes Gesetz über die Arbeitsverträge vom 5. April 1929. Wir hatten die Möglichkeit, die deutsche Ausgabe dieses Gesetzes durchzusehen. Wir fanden darin geregelt die Lehrlingsfrage und Vorschriften über den kollektiven und individuellen Arbeitsvertrag. Die Lehrverträge sollen nach dem Gesetz schriftlich abgeschlossen werden und höchstens eine vierjährige Lehrdauer vorsehen. Die Entlohnung ist im Vertrag vorzuschreiben, sofern darüber Abmachungen getroffen sind. Manche Bestimmungen muten mittelalterlich an, so die Vorschrift, daß sich der Lehrling „im Unternehmen als auch außerhalb desselben ehrfürchtig zu benehmen“ hat. Der Urlaub der Lehrlinge beträgt jährlich 15 Tage, der der Erwaachsenen bei einer ununterbrochenen Dienstzeit von 1 bis 3 Jahren 7 Tage, dann 10, 14 und so fort bis zu 30 Tagen im Jahre. Diese gesetzlich gewährtesten Urlaubszeiten „können durch Uebereinkommen der Parteien nicht abgelehrt oder eingestellt werden“, sie sind Wundessfälle. Der Unternehmer, der dem Arbeiter den festgesetzten Urlaub nicht einräumt, ist verpflichtet, dem Arbeiter für diese Zeit den doppelten Lohn zu zahlen. In Fällen, in denen die Abwesenheit des Arbeiters von seiner Arbeit durch einen nicht in seiner Person liegenden Grund verursacht ist (Krankheit, Unfall, Militärdienst) bis zur Dauer von 6 Wochen, hat er Anspruch auf volle Lohnzahlung bis zu 7 Tagen. Die Kündigungsfristen betragen 14 Tage. Während der Kündigungszeit hat der Arbeiter das Recht, täglich vier Freistunden zu erhalten, um sich Stellung suchen zu können. Streiks oder Ausperrungen bilden keinen rechtlichen Grund für die Auflösung des individuellen Arbeitsvertrages. Die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrages können durch Kollektivverträge (Tarifverträge) festgesetzt werden. Die Kollektivverträge sind unabdingbar. Es profitieren allerdings nur die Vereinigungen, die als juristische Personen anerkannt sind. Andere Vereinigungen können nur dann rechtmäßig einen Tarifvertrag abschließen, wenn jedes einzelne Mitglied den Vertrag unterschrieben hat. Die Löhne in den Tarifverträgen sind Mindestsätze, die Arbeitszeiten Höchstsätze. Die Vertragsparteien können bei Verletzung der Bestimmungen auf Schadenersatz klagen, sie können im Namen und zugunsten der Mitglieder einzelne oder kollektive Klagen führen, „ohne hierzu einer besonderen Vollmacht von Seiten der Mitglieder zu benötigen“. Die Rechtsstreitig-

keiten aus den Tarifverträgen unterliegen der Zuständigkeit der Gewerbegerichte.

Daß das Bauunternehmertum in Rumänien noch sehr rückständig ist, daß man von einer Technik, einer Verwendung von Maschinen und einer Rationalisierung nicht reden kann wie bei uns, versteht sich von selbst. Große Bauwerke, insbesondere Tiefbauten, werden in der Regel von ausländischen Unternehmungen ausgeführt. Daß diese dann die rumänischen Arbeiter als Kulis behandeln und daß ihnen das auch meistens infolge der schlechten Organisation gelingt, ist ganz natürlich.

Im Hinblick auf die Tätigkeit der deutschen Wanderrfirmen und unserer internationalen gewerkschaftlichen Bestrebungen scheint uns eine ständige Beobachtung der Gebiete im südöstlichen Europa dringend notwendig zu sein. Der Bauarbeiterverband in Rumänien ist mit seinem Sitz in Klausenburg führend und der letzte Vorposten Südosteuropas. Hier ist noch ein Kern, eine Schutztruppe der in unserem Geiste wirkenden Kollegen. Budapest, Belgrad und Klausenburg müssen aufs engste zusammenarbeiten. Lassen wir dazu einige Hilfe, dann ist es möglich, Erfolge zu erringen, die sich auch bei uns günstig auswirken können. Wir müssen das schon aus dem Gefühl landsmannschaftlicher Treue heraus tun. Bei den Schwaben und Sachsen Neu-Rumäniens zeigt sich diese Treue und der Lebensmut am allerbesten. Sie ringen hart in ihrem engen Arbeitsraum und sparen sich vom Stück Brot ab, was sie der Organisation geben. Dort ist unsere Hoffnung, die durch unser Verhalten gestärkt werden soll!

Noch tausend Jahre kapitalistische Wirtschaft?

Der Siemens-Konzern hat kürzlich in Amerika eine Anleihe aufgenommen, die eine Laufzeit von tausend Jahren, also bis zum Jahre 2930 hat. Die lange Laufzeit soll angeblich auf höchsttechnische Vorschriften der Vereinigten Staaten zurückzuführen sein. Doch soll uns das weniger interessieren. Festzuhalten ist die Tatsache, daß man in der großkapitalistischen Welt mit dem ewigen Bestande der kapitalistischen Wirtschaft rechnet. Es wird viel über die Zukunft der gegenwärtigen Wirtschaftsform geredet und geschrieben. Einer der besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft, Werner Sombart, spricht von einem Spätkapitalismus, der sich in seinen Grundzügen schon wesentlich gewandelt habe. Und während sich die Theoretiker über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft den Kopf zerbrechen, rechnen die Kommandeure des Wirtschaftens mit einem Bestande von tausend Jahren. Sehr große Widersprüche mithin, die zu klären unmöglich ist. Der Arbeiter muß es immerhin zu denken geben, daß ihre Gegner noch lange nicht daran denken, von der Kommando- brücke herabzu steigen. Bekanntlich war nach dem Novembersturz sehr weitgehend die Meinung verbreitet, daß der Kapitalismus in seinen letzten Zügen liege. Eine vollständig verkehrte Anschauung, wie die Nachkriegsentwicklung bewiesen hat. Während man nämlich den Untergang des alten Europa deutlich zu spüren glaubte, lebte jenseits des Ozeans der Kapitalismus in neuer Form auf. Wir sollten jedenfalls gegenüber Prophezeiungen vom Untergang der gegenwärtigen Wirtschaftsform sehr vorsichtig sein. Der Kapitalismus hat sich als äußerst kiebig und wandlungsfähig erwiesen. Noch ist der größte Teil der Erde nicht vollständig in den Zirkulationskreis der kapitalistischen Wirtschaft einbezogen. Noch harren ganze Völker und Erdteile des Aufschlusses. Ja selbst in Europa gibt es Länder, die nicht als rein kapitalistisch orientierte Staaten zu bezeichnen sind. Aus all diesen Gründen sind wir der Meinung, daß wir nicht darauf warten sollten, bis sich der noch sehr rüstige Mann Kapitalismus zum Sterben niederlegt. Ganz abgesehen davon, daß daran noch lange nicht gedacht werden kann, ist es Pflicht der gegenwärtig lebenden Generation, sich in dieser Wirtschaftsform so gut als möglich einzurichten. Wir glauben, daß auch unter der gegenwärtigen Wirtschaftsweise ein besseres Leben für breite Schichten der Bevölkerung möglich ist. Ein solcher Zustand fällt nicht als Geschenk vom Himmel, sondern muß von den arbeitenden Schichten durch organisatorisches Vorwärtstreiben erobert werden. Der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus wird sich in Zwischenschritten vollziehen. Die Schicht der Schaffenden wird ein Gebiet der Wirtschaftsführung nach dem anderen zu erobern haben. Möge der reine Kapitalismus noch eine kürzere oder längere Lebensdauer haben, in der Gegenwart gilt es alle Positionen auszunutzen, um ein menschenwürdiges Los für alle herbeizuführen!

Doppelte Moral.

Im Rahmen der Arbeiten zur Sanierung der deutschen Reichsfinanzen wird von volksparteilicher Seite immer wieder der Versuch gemacht, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer erneuten Reform der Arbeitslosenversicherung zu überzeugen. Der derzeitige rebedulliche Reichsfinanzminister möchte gern „ganze Arbeit“ machen, er fühlt sich nur gehemmt durch die innerpolitische Unsicherheit und durch das enorme hohe Arbeitslosenheer. Er ist auch einer der Schreier im Kampfe, wenn es gilt staatliche Leistungen für die Arbeitslosen abzuwehren. — Wir würden es auch lieber sehen, wenn sich die Arbeitslosenversicherung aus eigener Kraft und ohne Zuschüsse des Reichs halten könnte. Solchen katastrophalen Konjunkturschwankungen mit ihren großen Arbeitslosenziffern ist aber keine Versicherung gemacht. In diesen von der Arbeiterkraft nicht verschuldeten schlechten Zeiten hat der Staat als Vertreter der Allgemeinheit die Pflicht helfend einzuschreiten. Er tut es ja auch nicht nur bei den Arbeitern. Auch die Unternehmer nehmen gern die Hilfe des Staates in Anspruch zur Sicherung ihrer Existenzen. Der Haushaltplan des Deutschen Reiches für das Jahr 1929 gibt über folgende Summen Auskunft: Kredite an die Landwirtschaft 107 Mill. M., Kredite an die Industrie 58 Mill. M., Kredite an die Schifffahrt und Werften 49 Mill. M., Kredite an die Luftschifffahrt 9 Mill. M., Garantien für die Landwirtschaft 115 Mill. M., Garantien für Handel und Gewerbe 700,5 Mill. M., Garantien für die Schifffahrt 68,5 Mill. M. Das sind insgesamt 1107 Mill. M.

Also für ein Jahr die nette runde Summe von 1,1 Milliarden Reichsmark. Wir halten es für notwendig, mit aller Deutlichkeit auf die doppelte Moral der Herren hinzuweisen, die ein großes Geschrei anheben, wenn der großen Hof der Arbeitslosen aus Mitteln der Allgemeinheit abgeholfen wird.

Table with 2 columns: Index (1-10) and Value (81,3, 56,1, 78,2, 72,4, 50,9, 59,6, 76,5, 68,6, 54,0, 44,7, 50,1, 52,2, 44,9, 71,1, 64,5, 65,9, 53,2, 65,0, 58,2)



Von unserm Jungvolk



Berufsschulfragen auf dem Lande.

In der letzten Zeit ist viel über Berufsausbildung geschrieben worden. Dabei fanden aber die Verhältnisse auf dem Lande sehr wenig Berücksichtigung. Die treibenden Kräfte zum Ausbau der Schulen befinden sich in der Großstadt. Hier kann viel erreicht werden. Stets aber darf über dem Ausbau des städtischen Berufsschulwesens nicht das auf dem Lande vergessen werden.

Ich habe eine Bauhandwerkerklasse — 6 Maurer, 3 Zimmerer, 2 Tischler, 2 Maler, 1 Steinsetzer und 1 Dachdecker — zu unterrichten. Sie umfaßt alle drei Lehrgänge. Aber die Nähe Zittaus bewirkt, daß die besten Schüler die dortige Handwerkerschule besuchen, da ihnen dort eine bessere Ausbildungsmöglichkeit geboten wird. Wir bleiben die Lehrlinge mit den schlechteren Zeugnissen; manchmal auch nur die Hilfschüler. Das Ziel im Unterricht läßt sich deshalb nicht sehr hoch stecken. — Der gesamte Unterricht soll sich um die Fachkunde gruppieren. Da ich aber mehrere Berufe in der Klasse vereinigt habe, könnte jeder nur alle zwei bis drei Wochen zu seinem Recht kommen. Ein großer Teil des behandelten Stoffes ist dann in der nächsten Woche wieder vergessen, es ist aber oftmals nicht an eine Neudurchnahme zu denken. Dazu kommt, daß ich persönlich nicht in jedem Beruf firm bin. Von der Glaserie und vom Steinsetzerberuf habe ich praktisch keine Erfahrung; und Theorie bleibt Theorie. Fachkräfte nebenamtlich einzustellen ist für die Gemeinden zu kostspielig. Die fachliche Ausbildung des Lehrlings bleibt also der Baufelle und der Werkstätte überlassen.

Ich hatte schon gesagt, daß die Begabteren nach Zittau abwandern. Ausschlaggebend dafür sind die wirtschaftlichen Verhältnisse. Es ist ja verhältnismäßig erst kurze Zeit her, daß der Webstuhl, der in jedem Hause war, stillsteht. Die Eltern saßen von früh bis spät am Webstuhl. Die Kinder waren sich selbst überlassen. Von frühesten Jugend an waren sie mit erwerbstätig, ähnlich wie im Vogtland und im Erzgebirge. Das Leben bedeutet ja nur Arbeit. Die Schule war Nebensache. Zeit und Geld für geistige Bedürfnisse waren nicht vorhanden. Dieses jahrhundertelange Dahinleben ist nicht ohne Einfluß geblieben. Es sind zwar auch noch besser veranlagte Schüler da. Aber ihre Eltern können die Mittel nicht aufbringen (Schulgeld, Bahnfahrt usw.). Das sind ungefähr 10 bis 20%. Das sind Schwierigkeiten, die in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegen. — Ein weiterer Mangel in ländlichen Gebieten sind die Lehrkräfte selbst. Sie mögen wohl gut sein, genügen aber doch nicht allen Ansprüchen des beruflichen Unterrichts. Der Lehrer kann nicht jedes Fach beherrschen. Es fehlt ihm die Praxis. Das trifft namentlich auf die Verbandsschulen, in denen viele Berufe zusammenkommen, zu. Ich habe außer der Bauhandwerkerklasse noch eine landwirtschaftliche, eine für Ungelernte und eine Metallklasse, in der allerdings der Fachunterricht von einem Ingenieur erteilt wird, außerdem noch Mädchenklassen. Die fachlichen Seiten des Unterrichts kann ein Lehrer unmöglich in vollkommener Form behandeln. — Ein dritter Mangel ergibt sich aus den Arbeitsverhältnissen auf dem Lande. Sie sind schlechter als in der Stadt. Je kürzer die Bauzeit, desto kürzer die praktische Ausbildung. Vielfach wird auch kein Lehrvertrag abgeschlossen. Die Jugendlichen werden als Bauhilfsarbeiter eingestellt; obwohl sie eine Ausbildung als Lehrling erhalten, können sie so jederzeit entlassen werden. Zu einer Wiedereinstellung ist der Unternehmer nicht verpflichtet. Denn es handelt sich doch um einen „Bauhilfsarbeiter“. Die Wiedereinstellung wird besonders dann verweigert, wenn der Jugendliche einer Gewerkschaft angehört.

Welche Möglichkeiten der Ausbildung gibt es nun für diese Lehrlinge? Eine Ausbildungsmöglichkeit zu bieten, wie sie im „Grundstein“ Nr. 5/1930 skizziert wurde, ist für das Land eine Unmöglichkeit; so begrüßenswert sie auch wäre. Für kleine Schulen bleibt nur der Modellbau übrig, das Legen von Verbänden mit Modellsteinen in verschiedenen Maßstäben. Auch die Chemie im Baugewerbe kann nur teilweise praktisch durchgeführt werden. Meines Erachtens kann zum größten Teil nur die Gewerkschaft erfolgreich leisten. Durch intensive Werbetätigkeit gilt es, alle im Baugewerbe Beschäftigten zu erfassen. Vielleicht können die Bauabende besser ausgestaltet werden. Die Abende müßten auch auf dem Lande abgehalten werden, wenn auch zunächst der Erfolg nicht groß ist. Sie sind auszubauen unter Verwendung von Lichtbildern und des Films. Eine Baugewerkschaft kann auch auf das Land fahren und mit Hilfe von Statistiken, Bildern, Modellen und Büchern zeigen, was zu tun möglich ist und welche Vorteile der Bund bietet. Da wird auch noch mancher Erwachsene gewonnen werden können.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Eine gute Ausbildung auf dem Lande kann nur der Baugewerksbund leisten. Er hat die Praktiker. Wir Lehrer auf dem Lande haben wohl eine Zeitlang praktisch gearbeitet, aber die fortgesetzte Verührung mit dem werktätigen Leben fehlt uns; aus ihm sollten wir schöpfen können. Ditto Greif.

Die Berufsschulverhältnisse

sind in ländlichen Gegenden vielfach mangelhaft. Die Ursachen hierfür sind: Wirtschaftliche Notlage, mangelnde Geldmittel der Gemeinden, ungeeignete Lehrkräfte. Vielfach ist aber auch die Ursache für ungünstige Berufsschulverhältnisse in der Nachlässigkeit zu suchen, mit der die Schulfrage angepackt wird. Vielfach könnte durch das Eingreifen unserer Kollegen eine Aenderung herbeigeführt werden. Darum: Klagt nicht nur über Mängel in den Berufsschulen, sondern sucht, die Ursachen festzustellen und Gutes an die Stelle von Mangelhaftem zu setzen.

Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Eine wichtige Voraussetzung zur Beherrschung des Berufs ist die Eignung dafür. Früher überließ man dies dem Zufall. Der junge Mensch kam auf die Baufelle, weil er Lust zum Bauhandwerk verspürte oder aber, weil er von den Eltern mehr oder weniger gezwungen worden war. Ob er die erforderliche Eignung aufwies, ob Körperkraft, Augenmaß, Schwindelfreiheit und anderes, was zum Beruf notwendig ist, vorhanden waren, wurde nicht untersucht. Das stellte sich erst heraus, wenn der Lehrling auf der Baufelle zu arbeiten begann. Da es sich aber meist zu spät herausstellte und auch in vielen Fällen weder die Eltern noch der Lehrling wußten, daß die Unlust bei der Arbeit und die gegenüber anderen im Berufe tätigen Kollegen geringeren Fähigkeiten auf mangelnde Eignung zurückzuführen waren, konnte man nicht einmal verspätet eingreifen und verfehlte Dinge wieder geraderichten. Heute soll vor der Ergreifung eines Berufes die Berufsberatung helfen. Zuerst wurde ihre Tätigkeit gesetzlich durch das Arbeitsnachweisgesetz von 1922 umrissen. Jetzt ist sie im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927, kurz AAVG, genannt, festgelegt worden. Es heißt im Absatz 2 des § 1 des Gesetzes: Der Reichsanstalt liegt auch die öffentliche Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung ob. Durch den Arbeitsämtern angegliederte Berufsämter soll mit Hilfe geeigneter Berufsberater die Eignung des Jugendlichen für einen Beruf festgestellt werden. Die Beratung soll nicht nur die körperliche und geistige Eignung des jungen Menschen und seine Familienverhältnisse berücksichtigen, sondern

Forderungen stellen ist leicht.

Erst wenn wir an ihre Verwirklichung gehen und alle Kräfte einsetzen und wieder immer wieder den Ansturm gegen die Widerstände unternehmen, erst wenn wir zur Verwirklichung der Forderungen etwas tun, dann können wir von ihnen als unseren eigenen Forderungen reden. Nicht das Fordern allein macht es. Der Wille zum Handeln, das Wissen um unsere Sache verbunden mit der Tat verbürgen den Erfolg.

auch die Lage des Arbeitsmarktes und die Berufsaussichten. Außerdem soll die Lehrstellenvermittlung von den Berufsämtern vorgenommen werden.

Die für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung wichtigen Paragraphen des AAVG sind: § 58 Abs. 2: „Die Berufsberatung hat einerseits die körperliche und geistige Eignung, die Neigung und die wirtschaftlichen Familienverhältnisse der Ratsuchenden, andererseits die Lage des Arbeitsmarktes und die Berufsaussichten angemessen zu berücksichtigen. Sie hat die Interessen eines besonderen Berufes allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten unterzuordnen.“ § 59: „Arbeitsvermittlung und Berufsberatung sind unparteiisch auszuüben.“ § 60: „Die Reichsanstalt übt die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung unentgeltlich aus.“ § 61: „Arbeitsvermittlung und Berufsberatung für Frauen sind in der Regel durch Frauen auszuüben.“ § 68: „Zur Arbeitsvermittlung im Sinne dieses Gesetzes gehört auch die Lehrstellenvermittlung.“

Für uns kommt, wenn wir für geordnete Lehrverhältnisse wirken wollen, eine nachhaltige und feste Mitarbeit in der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in Betracht. Es kann nach Ziffer 4 der Ausführungsbestimmungen vom 12. Mai 1923, für das neue Gesetz übernommen wurden, nur eine beratende Mitarbeit sein. In dem zu bildenden Beirat sind Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl vertreten. Der Vorsitz wird von dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes oder seinem Stellvertreter geführt. Wenn jetzt auch noch nicht bei allen Arbeitsämtern eine Stelle für Berufsberatung eingerichtet worden ist, und der Beirat zur Beratung von Berufsberatungs- und Lehrstellenvermittlungsfragen noch nicht überall gebildet wurde, so ist doch künftig mit unserer Mitarbeit in größerem Umfang nicht nur zu rechnen, sondern auch dafür zu wirken. Die Baugewerkschaftsleitung sollte die Verbindung mit den Berufsberatungsstellen aufnehmen. Unsere Statistiken und fachlichen Schriften werden dort gern entgegengenommen. Wo keine Berufsberatung besteht, wird die Baugewerkschaftsleitung in Verbindung mit dem Jugendleiter, soweit es in ihren Kräften steht, die Beratung von ratsuchenden Eltern und Jugendlichen vorzunehmen haben.

Einiges über die Berufsberatung.

Sinn der Berufsberatung ist: den Eintritt des jungen Menschen in das Erwerbsleben nicht durch Zufall, Notlage oder wandelbare Berufsgelüste bestimmen zu lassen, sondern den wirtschaftlich und persönlich geeignetsten Beruf und den dafür passendsten Arbeitsplatz suchen zu helfen. Die Forderung: der richtige Mensch an den richtigen Platz, ist eigentlich nichts Neues. Auch ihre überragende Bedeutung für Mensch und Wirtschaft ist klar und offenkundig. Die Arbeit nimmt einen großen Teil des Lebens in Anspruch. Mit der Berufswahl wird über die Lebensgestaltung entschieden. Ein Wirtschaftsleben aber, dem nicht dauernd geeignete Menschen zugeführt werden, muß verkümmern. Verwundern kann deshalb nur, daß es erst verhältnismäßig spät zu einer öffentlich-rechtlichen Regelung der Angelegenheit gekommen ist.

Mit welchen Mitteln und Methoden versucht nun die Berufsberatung ihre wichtige und schwere Aufgabe zu er-

füllen? — Wie bei allem, was noch im Werden begriffen ist, wird auch hier in den verschiedenen Teilen des Reiches recht unterschiedlich gearbeitet. Allgemein ist aber die Einsicht, daß zur rechten Berufsfindung eine enge Fühlungnahme zwischen der Familie oder den Angehörigen des Berufsanwärters, der Schule und dem Berufsberatungsamt herbeigeführt wird. Bei dieser Vorarbeit wird gerade in der Arbeiterklasse, wo die gesellschaftliche Entwicklung aus dem Familienleben eine bloße Essens- und Schlafgemeinschaft gemacht hat, der Schule eine überragende Bedeutung zukommen. Sie hat den jungen Menschen 8 Jahre lang täglich einige Stunden um sich, arbeitet an seiner körperlichen, geistigen und charakterlichen Entwicklung und ist so am ehesten in der Lage, ein Leistungsbild aufzustellen. Leider wird gerade dem Volksschullehrer durch die überfüllten Klassen die Möglichkeit einer Beobachtung erschwert.

Sehen wir uns einmal die Praxis eines größeren Berufsberatungsamtes an. Einige Monate vor der Schulentlassung überweist das Amt den Schulen Fragebogen, deren Spalten über Personalien, Berufswünsche usw. von den zur Entlassung kommenden Schülern ausgefüllt werden. In anderen Abschnitten des Fragebogens legen die Lehrpersonen und Schulkollegen nach bestem Wissen und Können ihre Meinung über die Fähigkeiten und Eignungen der Jugendlichen dar. Gleichzeitig versucht die Berufsberatung mit Hilfe von Aufklärungsschriften über die Wichtigkeit einer richtigen Berufswahl Klarheit zu schaffen.

Die beantworteten Fragebogen bieten den Berufsberatern eine Unterlage, die überaus wichtig sein kann, wenn es den Lehrern und Schülern gelungen ist, den Entwicklungsgang der jungen Menschen klar zu überblicken. In den Jahren seiner Jugend zeigt der Mensch die Art und Stärke seiner charakterlichen, körperlichen und geistigen Fähigkeiten auf. Diese Unterlagen sowie mitgeteilte Erfahrungen der Eltern, gute Menschenkenntnis und genaue Beobachtung der jungen Berufsanwärter sind, verbunden mit gründlicher Kenntnis der Arbeitsmarktlage und der für die einzelnen Berufe erforderlichen Fähigkeiten, die Mittel, deren sich die Berufsberatung bedient.

In den letzten Jahren hat die Berufsberatung auch die Psychotechnik in den Dienst ihrer Tätigkeit gestellt. Die diese Bestrebungen ausführende rationell wirtschaftliche Bewegung stellte sich zwei Aufgaben: 1. Die Wirtschaft dem Menschen anzupassen (entsprechende Anordnung der Arbeitsplätze, Beleuchtung, Arbeitstempo, Arbeitspausen, Arbeitszeit, Werkzeuggestaltung, Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Bezahlung) und 2. die Leistung des Menschen dem Erfordernis der Wirtschaft anzupassen. Die zweite Zielsetzung erfordert, daß für gute wirtschaftliche Tätigkeit die geeignetsten Menschen ausgewählt werden. Ein wirksames Hilfsmittel ist die psychotechnische Eignungsprüfung, dessen sich nunmehr fast jedes größere Berufsberatungsamt bedient. Ihre Aufgabe ist, sich mit Hilfe besonderer Apparaturen von dem Prüfling hinsichtlich seiner körperlichen und geistigen Kräfte einen gewissen Querschnitt zu verschaffen. Man tut gut, das Ergebnis solcher Prüfungen kritisch zu bewerten. Denn sie erfährt doch nur ungenügend die Außenwelt, die körperlichen und geistigen Anlagen, in einer Zeit, in der sich der junge Mensch in einem dauernden stürmischen Entwicklungsprozess befindet. Das für die spätere Leistung in Beruf und Leben so überaus wichtige charakterliche Moment, Gefühlsleben und Willenskraft, bleibt unbewertet und unbeachtet. Ferner werden die Untersuchungen zum überwiegenden Teil nur negativ durchgeführt, das heißt man stellt fest, für welchen Beruf und welche Anforderungen sich der junge Mensch nicht eignet. Vollen Erfolg kann deshalb eine derartige Prüfung erst dann haben, wenn ihr Ergebnis durch Unterlagen, die durch vorhergehende längere Beobachtung des Entwicklungsprozesses gewonnen worden sind, ergänzt und berichtigt wird. Man sollte sie aber nie als bei der Berufsberatung allein ausschlaggebend beachten.

Aus dem Gesagten ergibt sich die Notwendigkeit, mehr als bisher in unserer Jugendarbeit Beobachtungen über Eignung und Veranlagungen der Lehrlinge zu machen. Wir werden selbst für die Schulungsarbeit in unseren Jugendabteilungen und für die Funktionsarbeitsbildung Erkenntnisse sammeln und außerdem durch beratende Mitwirkung in den Berufsberatungsstellen für die Auswahl der Lehrlinge wirken können. Die geeigneten Menschen an den geeigneten Platz ist die Parole. Das wird für die Wirtschaft und auch für unsere Arbeiterbewegung gefordert. Wenn nichts zur Verwirklichung dieser Forderung getan wird, werden wir nie die wirklich guten Kräfte an den für sie geeigneten Stellen sehen. Wir müssen unsere Blicke für eine Auswahl geeigneter Kräfte schärfen. Das Herausfinden guter Kräfte ist notwendig. Wenn im Zusammenhang mit der Berufsberatung gearbeitet wird, so werden für uns verwertbare Kenntnisse erworben werden, wir können gute Facharbeiter in unsere Berufsgruppen bekommen und erreichen außerdem eine gewisse Befriedigung bei dem Menschen, der durch Beratung den für ihn geeigneten Beruf fand. Wir helfen dem einzelnen und wir wirken für die Gesamtheit. Darum gelte: Aufmerksamkeit der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung!

Berufsberatung und Lehrstellen-

vermittlung sind Aufgaben, die den Arbeitsämtern zugewiesen sind. Wir sollten, da der Beruf des Menschen von großer Wichtigkeit für sein Leben ist, der Berufsberatung mehr Aufmerksamkeit als bisher zuwenden. Wir sollten auch die Lehrstellenvermittlung bei den Arbeitsämtern fördern helfen, da durch sie eine bessere Kontrolle als jetzt über die Einstellung der Lehrlinge möglich ist. Die Eltern aber sollten, im Interesse ihrer Kinder, die Berufsberatungsstelle aufsuchen, sich beraten lassen und den dort gegebenen Anregungen und Ratschlägen Beachtung schenken.



Unterhaltung und Wissen



Die Seele des Menschen.

Von Fr. Glienke.

Es ist ein regnerischer Dezembertag. Auf den Straßen liegt Reif. Die Bäume, die sonst das Straßenbild heiter und freundlich gestalten, wirken in ihrer Kahlfheit rauh und unfreundlich. Gleich toten, oben verästelten Säulen stehen sie umher und erwecken in jedem Menschen ein Gefühl des Fröstelns. Ein kalter Wind heult durch die Stadt. Enger zieht jeder seinen Mantel und beschleunigt seine Schritte. Wer nicht unbedingt draußen zu tun hat, der sieht zu, daß er ein schützendes Dach erreicht. Der Winter macht sich mit Macht bemerkbar.

Die unfreundliche Stimmung des Tages scheint sich auch auf die Menschen zu übertragen. Ein jeder ist kurz angebunden. Oder scheint es nur so? Jedenfalls hört man selten ein fröhliches Lachen oder ein freundliches Wort. Mit Schrecken denkt jeder an den vorigen harten Winter, er friert schon im voraus, wenn er seine kargen Wintervorräte



Er hielt mich von seinem Standpunkt aus eine Moralpauke.

besteht. Der Winter und mit ihm die Not pocht an den meisten Türen der Arbeiter. Die Erwerbslosigkeit steigt von Tag zu Tag. So mancher Mensch, der im letzten Jahr verzweifelt gegen die Kälte, gegen das Elend gekämpft hat, hegt die Hoffnung, daß das nächste Jahr etwas besser sein werde. Er überschlägt im stillen die Bilanz des verfloßenen Jahres und sieht, daß er wieder einmal nichts vor sich gebracht hat. Er muß wieder ungerüstet dem neuen Winter entgegengehen.

Mühsam schlendere ich durch die Straßen. Ohne Ziel. Ohne näheren Zweck. Die eigenen vier Wände sind so unsagbar einfüßig, daß ich es drinnen einfach nicht mehr aushielte. Ich denke nach über das menschliche Leben und seinen Zweck. Was nützt dem Arbeiter eigentlich sein ganzes Schaffen? In der Jugend sieht er die Entbehrung der Eltern. Dann baut er Pläne, denkt darüber nach, wie er einmal das Geschick meistern könne, und wenn dann eine Reihe Jahre vorüber sind, dann erkennt er, daß er dem Leben ebenso arm gegenübersteht wie seine Vorfahren. Nicht er, sondern ihn hat das Leben gemeißelt. Noch eine kleine Zeit und er wird ebenso arm, und wenn er keine Familie hat, ebenso einsam sein wie Tausende vor ihm. Ruhlos gelebt und einsam gestorben.

In diesem Dahinsinnen bleibe ich vor einem Hause stehen. Ein Mensch fesselt meine Aufmerksamkeit. Er scheint noch jung zu sein. Aber das ganze Elend durchdringender Jahre ist deutlich in jede Furche seines Gesichtes gemeißelt. Er ist einer jener Unzähligen, die die Landstraße bevölkern, die es verlernt haben, sich ein Heim zu schaffen, wo sie Leid und karge Freude genießen können.

Ich kannte ihn nicht. Aber ich habe eine Vorliebe für diese unruhigen Weltvaganten. Vielleicht, weil ich früher selbst einmal einer war und erfahren habe, daß das Wort: „Klopfe an, so wird euch aufgetan“ nie für jene Menschen als Richtschnur gilt, die es sich an jedem Sonntag von der Kanzel herab verkünden lassen.

Bei solchen Menschen sind großartige Begrüßungsworte nicht nötig. Ein einfaches „Servus!“ genügt. Zusammen sehen wir unseren Weg fort und sprechen über den Zweck des Lebens. Er hatte es längst aufgegeben, gegen den Strom zu schwimmen. Und er hatte sich seine eigene Lebensphilosophie zurechtgezimmert. Ich wollte mit ihm über das doppelt Unnütze seines Lebens diskutieren, er aber drehte den Spiegel um und hielt mich von seinem Standpunkt aus eine Moralpauke. Was hast du denn? Du schämst dich, um Brot zu betteln, wenn du Hunger hast. Als wenn der Magen weniger bellt, wenn du Scham im Leibe hast! Du willst ein freier Mensch sein und bist doch weit ärger an die Fron gekettet als ich. Ich pfeife auf Arbeit! Du aber erträgst in jeder Not doppelt mehr als ich. Du antwortest mir, du hättest einen „Lebenszweck“. Ja, welchen denn? Doch nur den, zu arbeiten, daß es anderen wohlhergehe. Und wenn du alt geworden bist und stirbst, dann hast du genau soviel erworben wie ich, nämlich nichts.

Es war schwer, gegen diese „Philosophie“ anzukämpfen. Dieser Vagant brachte mich beinahe in Verwirrung. Richtig bedacht, hatte er mehr vom Leben als ich. Er genoss den Augenblick. Er fragte nicht danach, was das Morgen bringt. Jede Wertschätzung in den Augen seiner Mitmenschen verachtete er. Er lebte dieses Leben, weil es gelebt werden mußte, und füllte es so gut aus, wie es ging. Und er philosophierte weiter: „Du sagst, du hättest ein Ideal. Du Tor, wer hat das nicht schon in seinem Leben

gehabt und daran geglaubt? Du bist Sozialist. Lieber Freund, darauf gebe ich keinen Pfifferling.“

Sprachs und verabschiedete sich. Er hatte sich ausgesprochen. Lange sah ich ihm nach. Was hatte da dieser Vagant gesagt? Was schindest du dich ab, um der Nachwelt ein besseres Leben zu erkämpfen! Sie wird dir dafür keinerlei Dank wissen. Und wenn du einmal tot bist, dann ist ohnehin alles aus.

In meinem Innern entstand ein Kampf, ein Kampf um meine Idee. Der Versucher trat an mich heran. Aber dann wußte ich, das dieser Weltwanderer unrecht gehabt hatte. Seine Rechnung war, obwohl anscheinend richtig, dennoch falsch. Denn er hatte eines vergessen: Seine Seele. Die hatte er nicht mit in seine Berechnung gestellt. Gewiß, ich bin nicht so edel, zu sagen, das Wohl meiner Mitmenschen liege mir derart am Herzen, daß es mein ganzes Denken ausmache. Aber das weiß ich, daß der stete Kampf um besseres Brot, um Recht, Licht und Freiheit meine Jahre ausfüllt, meinem Leben einen Zweck gibt. Und es ist etwas Schönes, etwas Erhabenes, zu wissen, daß man ein kleines Teilchen jener unendlich großen Kraft ist, die da ringt um ein neues Leben, einen Staat, in dem weder Elend noch Not noch Knechtseligkeit eine Stätte haben. Und als soeben ein blaßes Kind, das nur Hinterhof und Hinterfonne kennt, meinen Weg kreuzte, da wußte ich doppelt, daß es etwas Schönes ist, für diese Idee zu kämpfen. Das ist auch eine Religion, die der Nächstenliebe. Und wenn dieses Reich der Liebe erst die Späteren erringen, dann hat es sich doch gelohnt, geliebt und gekämpft zu haben!

Fahre wohl, Vagant. Du bist nicht nur arm an Gütern, sondern auch arm an Seele. Und ich bin arm, aber dennoch reich. Reich macht mich die Idee, reich der Kampf, das Ringen um eine bessere Zukunft. Die Sonne der Freiheit und des Glückes wird einst allen Menschen leuchten. Und dazu habe ich dann mein Teil beigetragen!

Preisrätsel: Wo wohnt Philipp Holzmann?

Ich wohne in Neukölln-Berlin. Als ich endlich wieder einmal in der glücklichen Lage war, mich arbeitslos zu melden, erhielt ich ein Merkblatt, das mich in die Geheimnisse der Erwerbslosenfürsorge einweihte. Am nächsten Morgen machte ich mich auf die Socken, um sämtliche Entlassungsbescheinigungen und Steueranmeldungen von meinen ehemaligen Unternehmern einzusammeln. Darunter war auch die Firma Holzmann, die jedoch ihre Adresse auf Lohnfüßen und sonstigen Urkunden streng geheim zu halten beliebt.

Meine Aufgabe ist nicht leicht, die Unternehmer wohnen nämlich in allen Himmelsrichtungen. Nur auf Umwegen erfahre ich die Adresse der Firma Philipp Holzmann, Berlin, Karlsbad. Die Nummer ist aber nicht angegeben.

In der Potsdamer Brücke steige ich aus der Straßenbahn. An einer Ecke lese ich: Karlsbad. Auf's Geratewohl stolpere ich die Straße entlang, von einer Seite zur anderen und studiere die zahlreichen Firmenschilder.

Ein Postbeamter taucht auf, der muß es wissen! Ein kurzes Interview. „Philipp Holzmann? Ne, der is hier nich, der is da drüben, andere Seite, 'n Ende weiter, da gehn Se man rin, der wird ihn schon durchlassen.“ Das klingt sehr geheimnisvoll, aber mein Ziel muß ich erreichen. Ah, Nummer 28! Ein Messingschild: Untergrund-Bahn-Bau. Ich gehe hinein. Ich steige die Treppe hinauf, wieder ein solches Schild. Ich läute, geräuschlos öffnet sich eine Tür. „Sie wünschen?“ „Philipp Holzmann.“ „Hoch- oder Tiefbau?“ „Ist mir egal, ich habe im Hochbau gearbeitet.“ „Na, komm Se man rein, gehn Se man da rechts durch diese Tür, geradeaus, dann fragen Se sich man weiter.“

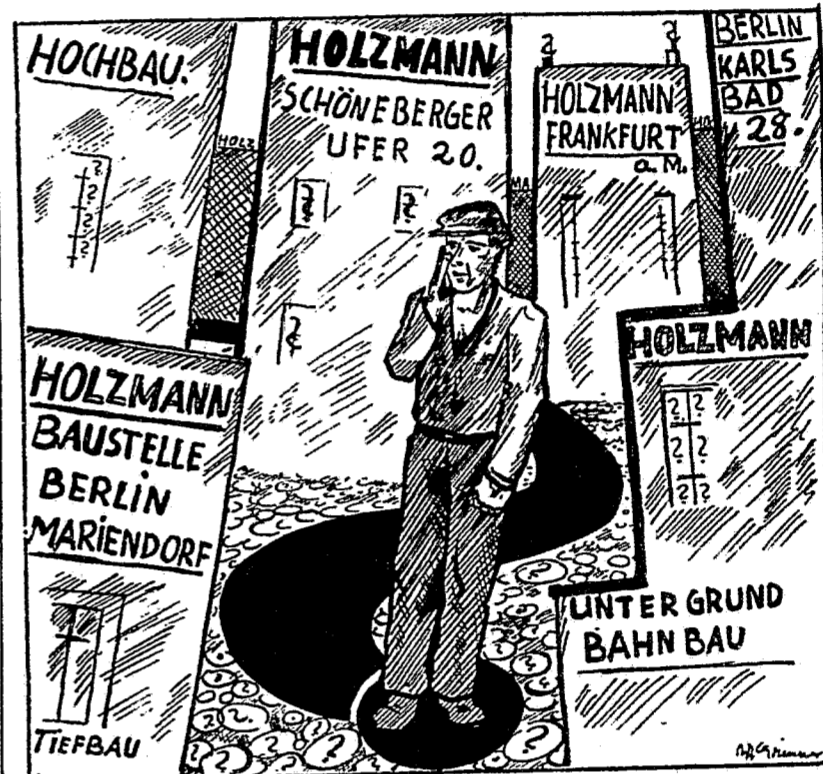
Geborjam folge ich diesen Ratschlägen. Am Ende eines langen Korridors, unter einer grün beschirmten Lampe, sitzt ein leibhaftiger Mensch. Den nehme ich aufs Korn. „Jehn Se durch diese Tür links, dann geradeaus, die zweite Tür rechts, da ist das Lohnbüro.“

Hier ist's richtig? Ja, Kuchen. „Sie müssen nach der Baustelle Mariendorf, hier haben wir keine Unterlagen.“

Meine Zeit ist knapp bemessen, ich stürme die Treppe hinab, da öffnet sich oben eine Tür. „Hallo! Hallo! Kommen Sie mal zurück, wir wollen sehen, was sich machen läßt!“ Die Sache wird erledigt. Nun eine Treppe tiefer, zur Betriebskrankenkasse, einen Stempel, fertig ist die Laube.

Halb doof trete ich von der anderen Seite ins Freie. Ich lese draußen: Schöneberger Ufer 20, Angestrengt überlege ich: Wie komme ich nun zum nächsten Ziel? Da erscheint mir ein rettender Engel in Gestalt eines 15jährigen Handwagenauffeurs. Den frage ich nach dem nächsten Hochbahnhof. „Ja, wenn Se wolln mit de Hochbahn fahren, dann jehn Se nach de Bülowstraße. Wenn Se aber wolln mit de U-Bahn fahren, dann jehn Se nach de Kurfürstenstraße.“

Den Dampfer auf dem Kanal hat er wohl nicht gesehen. Ich überlege: Wer von uns beiden ist verrückt. Schließlich entscheide ich mich für Hochbahn Möckernbrücke und



Wo wohnt Holzmann?

nehme Siebenmeilenstritte. Pflöcht ist mein Fremdenführer neben mir und sagt: „Mit de Hochbahn können Se auch von Gleisdreieck fahren.“ „Ja richtig...“

Und nun die Auflösung: Philipp Holzmann wohnt in Frankfurt a. M.; das Büro für die Hochbaustelle Mariendorf ist in Berlin, Eingang Karlsbad 28, Ausgang Schöneberger Ufer 20. Zu erreichen mit der Hochbahn, der Untergrundbahn, dem Autobus, der Straßenbahn und dem Schleppdampfer.

Nun hat ja jeder Verbrecher Grund zur Geheimhaltung seiner Adresse. Aber gibt es denn keine Behörde, die einen Unternehmer zwingen kann, seine genaue Firma anzugeben? Lohnfüßen und Entlassungsbescheinigungen sind Urkunden und gelten als Ausweise. Vielleicht könnten die Gewerkschaften hier etwas nachhelfen. s. s.

Dem Haupttarifamt zur Kenntnisnahme.

Was ist Pflaster? Alexander Knoll beginnt die Einleitung zu seinem Buch „Die Straße“ mit folgenden Sätzen: „Für den modernen Großstadtmenschen gilt die „geräuschlose“ Straße als das Ideal der Straße. Diesem Ideal am nächsten gekommen ist bis jetzt das Asphaltpflaster.“ Und weiter: „Möglich, daß das Asphaltpflaster in Deutschland usw. . . . daß man eines Tages aus deutschen Rohstoffen ein haltbares Asphaltpflaster wird herstellen können.“

Meyers Lexikon sagt: „Straßenpflaster ist

1. Befestigung oder Chaussierung,
2. Steinpflaster,
3. Gußeisenpflaster,
4. Holzpflaster,
5. Klinkerpflaster,
6. Asphaltpflaster,
7. Betonpflaster.

Brockhaus Lexikon sagt: „Straßenpflaster ist

1. Klotz- oder Holzpflaster,
2. Asphaltpflaster,
3. Betonpflaster,
4. Steinpflaster,
5. Schlackenpflaster.“

Außerdem gibt es noch Ammoniakpflaster, aromatisches Pflaster, Belladonnapflaster, Bilsenkrautpflaster, Opiumpflaster, Safranpflaster, Ohrenkreuzpflaster, Pechpflaster und Ohrenpflaster (auch „Spanische Fliege“ genannt). Die letztgenannten neun Sorten wird aber wahrscheinlich das Haupttarifamt für das Baugewerbe nur dann als unter seine Zuständigkeit fallend anerkennen, wenn sie im Keller hergestellt werden und sich damit die Möglichkeit ergibt, sie als Tiefbauarbeiten zu deklarieren, um Lohnkürzungen für Apothekerhilfen zu erreichen.

Die Wirkung. Kasimir Bellmaus in Firma Bindelband & Bellmaus ließ, um die Arbeitsfreude des Personals zu erhöhen, nachfolgenden Anschlag im Bureau anbringen: „Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen!“

Die Resultate waren ganz unerwartet. Der Kassierer brante am gleichen Tage mit 30 000 Mark durch. Der Prokurist verschwand im Auto mit Frau Bellmaus in unbekannter Richtung. Die Angestellten forderten Gehaltszulage und der Stift Severin Grünspick wollte durchaus Teilhaber werden.

**Tretet ein
und
haltet
zusammen
im
Deutschen
Baugewerksbund!**

Wie lange noch berufsübliche Arbeitslosigkeit?

Die Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit hat am 9. Dezember begonnen. Am 9. März ist damit die für die berufsübliche Arbeitslosigkeit vorgesehene Mindestdauer von drei Monaten beendet. Trotzdem ist der Endtermin für die Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit noch nicht festgesetzt. Der Bundesvorstand hat deshalb das folgende Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

Durch Erlass des Herrn Reichsarbeitsministers vom 18. November 1929 ist der Beginn der berufsüblichen Arbeitslosigkeit für den Winter 1929/30 auf den 9. Dezember festgesetzt worden. Die Festsetzung des Endes der berufsüblichen Arbeitslosigkeit haben Sie, Herr Minister, sich vorbehalten. Nach der Verordnung über berufsübliche Arbeitslosigkeit vom 18. Dezember 1928 in der Fassung vom 18. November 1929 kann die Dauer der berufsüblichen Arbeitslosigkeit bis auf 4 Monate innerhalb von 12 Monaten ausgedehnt werden. Angesichts der Witterungsverhältnisse dieses Winters findet jedoch die Ausdehnung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit auf die höchstzulässige Frist von 4 Monaten, also bis zum 9. April, keinerlei Rechtfertigung. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist zwar noch sehr hoch. Bei den für das Baugewerbe außergewöhnlich günstigen Witterungsverhältnissen kann jedoch diese Arbeitslosigkeit unmöglich auch noch im März auf Saisoninflüsse zurückgeführt werden. Sie muß vielmehr als eine ausgesprochene konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit angesehen werden. Da der Spielraum zwischen der kürzesten Dauer von 3 Monaten und der höchstzulässigen von 4 Monaten für die Festsetzung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit nur den einen Zweck haben kann, die jeweiligen Witterungsverhältnisse zu berücksichtigen, erwartet die Bauarbeiterschaft, daß die Dauer der berufsüblichen Arbeitslosigkeit entsprechend den Witterungsverhältnissen in diesem Jahre auf die Mindestdauer von 3 Monaten beschränkt bleibt. Da diese Frist bereits am 9. März abläuft, bitten wir hiermit den Herrn Reichsarbeitsminister, die Beendigung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit zu diesem Datum baldigt anzuordnen."

Streiks u. Lohnbewegungen

Töpfer: Gesperrt sind in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Burg bei Magdeburg Wilemann, in Hannover Junge wegen rückständiger Löhne, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl wegen Tarifbruchs, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Dresden. (Jugendleiterkonferenz.) 45 Abgeordnete aus 34 Baugewerkschaften vertraten auf der Jugendleiterkonferenz am 2. März in Leipzig die Jugendabteilungen des Bezirksverbandes Dresden. Als Einleitung zur Konferenz wurde der Bundesfilm „Unser Jungvolk studiert...“ gezeigt. Im Anschluß daran gab Kollege Leipzig, Dresden, eine Uebersicht über die im Bezirk geleistete Jugendarbeit. Die Zahl der organisierten Jugendlichen ist gestiegen; die Jugendabteilungen haben sich vermehrt. Die Schulungsarbeit ist besser und die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge sind sichergestellt worden. Trotzdem bleibt noch viel Arbeit zu leisten übrig. Es sind immer noch unorganisierte Lehrlinge vorhanden und in manchen Jugendabteilungen könnte es viel besser aussehen. Kollege Piffert, Berlin, sprach im Anschluß an den Bericht über die Arbeit in den Jugendabteilungen der anderen Bezirksverbände. Die Reichsjugendabteilung ist zahlenmäßig und auch innerlich gewachsen. Für die Zukunft gilt es zu wirken für die Zusammenarbeit mit den Gesellen- und Lehrlingsvereinen, den Berufsschullehrern, für eine Funktionärsschulung und das Zusammenwirken von Jung und Alt. Der Bundesvorstand stellt Material für den Ausbau der Jugendarbeit zur Verfügung. Die Rechte der Lehrlinge aus dem Tarifvertrag sind wahrzunehmen. Es gilt nachzuforschen, ob allen Lehrlingen ihr Recht wird. Die Lehrlinge sind auch während des Aussehens im Winter krankenkassenversicherungspflichtig. Die Verlegung der Berufsschulzeit aus den Abendstunden in die Tageszeit und die Ausgestaltung des Unterrichts ist Sache der Gemeinden (Verbandschulbezirke). Wegen des Berufsausbildungsgegesetzes sind überall unsere Bedenken geltend zu machen. — Die Aussprache war reger. Sie gab neue Anregungen. Besonders Augenmerk soll der Modellfeinherstellung gewidmet werden. — Ein Jugendtreffen soll — so war die Meinung der Mehrzahl der Abgeordneten — in diesem Jahr nicht abgehalten werden. Dafür sollen Wander- und Ferienfahrten in größerem Maße veranstaltet werden. — Im Anschluß an die Konferenz wurde eine Ausstellung von Arbeiten der Leipziger Jugendabteilung besichtigt. Sie fand guten Anklang. Die Arbeiten der Maurer und der Glaser gaben den Abgeordneten noch wertvolle Fingerzeige für die Arbeit in den eigenen Jugendabteilungen mit auf den Weg. Wir wünschen, daß sich der Erfolg der Konferenz in einer weiteren Entwicklung der Jugendarbeit zeigt.

Bezirksverband Frankfurt a. M. (Jugendleiterkonferenz.) In der Jugendleiterkonferenz am 23. Februar in Frankfurt waren 14 Baugewerkschaften durch 20 Abgeordnete vertreten. Die Konferenz begann am Sonntagabend mit einem Vortrag des Kollegen Piffert, Berlin, über die Jugendarbeit im Bunde. Anschließend wurde der Bundesfilm „Unser Jungvolk studiert...“ gezeigt. Die Aussprache zeitigte viele Anregungen für die Ausgestaltung der Zusammenkünfte der Jugend. Der Sonntagvormittag wurde zu einer Besichtigung der „Frankfurter Volksstimme“ und des Senckenberg-Museums benützt. Durch die Besichtigungen haben die Kollegen ihre Kenntnisse erweitern können. Im Anschluß an die Besichtigungen wurde über die Rechts- und Ausbildungsfragen der Jugend gesprochen. Es gilt mehr als bisher, die Rechte der Jugend aus dem Tarifvertrag wahrzunehmen. Die Rechte der Gesellenauschulungsmittglieder müssen beachtet werden. In Berufsschulangelegenheiten ist auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft Wert zu legen. Die Ausbildung ist zu fördern. Die Bestimmungen im Entwurf des Berufsausbildungsgegesetzes müssen unter die Lupe genommen und unseren Bedenken gegen den Gesetzesentwurf überall Beachtung verschafft werden. Die Aussprache über die Rechts- und Ausbildungsfragen brachte Klärung über einige strittige Punkte. Das diesjährige Jugendtreffen soll — wenn der Bezirksvorstand es für zweckmäßig hält — in Bad Orb abgehalten werden. — Die Konferenz gab jedem Teilnehmer neue Anregungen für die Jugendarbeit. Auch in den ländlichen Gebieten wird jetzt die Jugendarbeit gefördert werden können. Vorwärts!

Berlin, über die Jugendarbeit im Bunde. Anschließend wurde der Bundesfilm „Unser Jungvolk studiert...“ gezeigt. Die Aussprache zeitigte viele Anregungen für die Ausgestaltung der Zusammenkünfte der Jugend. Der Sonntagvormittag wurde zu einer Besichtigung der „Frankfurter Volksstimme“ und des Senckenberg-Museums benützt. Durch die Besichtigungen haben die Kollegen ihre Kenntnisse erweitern können. Im Anschluß an die Besichtigungen wurde über die Rechts- und Ausbildungsfragen der Jugend gesprochen. Es gilt mehr als bisher, die Rechte der Jugend aus dem Tarifvertrag wahrzunehmen. Die Rechte der Gesellenauschulungsmittglieder müssen beachtet werden. In Berufsschulangelegenheiten ist auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft Wert zu legen. Die Ausbildung ist zu fördern. Die Bestimmungen im Entwurf des Berufsausbildungsgegesetzes müssen unter die Lupe genommen und unseren Bedenken gegen den Gesetzesentwurf überall Beachtung verschafft werden. Die Aussprache über die Rechts- und Ausbildungsfragen brachte Klärung über einige strittige Punkte. Das diesjährige Jugendtreffen soll — wenn der Bezirksvorstand es für zweckmäßig hält — in Bad Orb abgehalten werden. — Die Konferenz gab jedem Teilnehmer neue Anregungen für die Jugendarbeit. Auch in den ländlichen Gebieten wird jetzt die Jugendarbeit gefördert werden können. Vorwärts!

Bezirksverband Hannover. Am 12. Februar versammelten sich im Mündener Regierungsgebäude Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, um zur Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Stellung zu nehmen. Regierungspräsident Dr. Hagemeier warf die Frage auf, ob es nicht jetzt schon möglich sei, die Baufähigkeit in großem Umfang aufzunehmen. Der Kern des Problems bei Errichtung von öffentlichen Bauten und von Wohnhäusern liege in der Gelddeschaffung. Oberbaufunktionär bemerkte dazu, die Preussische Staatsverwaltung habe nur drei größere Bauten, in Minden, Petershagen und Paderborn in Auftrag gegeben; sie seien aber im wesentlichen bereits fertiggestellt. Die Westfälische Heimstätten-Gesellschaft wolle möglichst bald Arbeit schaffen; die Kommunalbehörden müßten rechtzeitig ihre Beschlüsse fassen. Ein Vertreter der Reichsbauverwaltung betonte, fast alle geplanten Reichsbauten müßten gestrichen werden, da nur mit einem Zehntel der veranschlagten Bauummen zu rechnen sei; ein Hindernis sei, daß das Etatjahr immer noch mit April beginnt. Für die Reichsbahn wurde erklärt, sie könne auf die allgemeine Konjunktur wenig Rücksicht nehmen. Sie melde ihre Bauten den Landesbauverwaltungen frühzeitig. Die Reichswasserstraßendirektion Hannover teile mit, daß sie bereit sei, einen möglichst gleichbleibenden Stamm von Arbeitern dauernd zu beschäftigen. Leider seien die Aussichten auf die nötigen Geldmittel für 1930 sehr schlecht, für 1931 sehe eine Besserung in Aussicht. Vorläufig habe die Regierung der Wasserstraßendirektion Auftrag gegeben, nur ein Fünftel der Bedürfnisse anzumelden; dadurch seien ihr die Hände vorläufig gebunden. Die Reichspostverwaltung des Regierungsbezirks wünschte ebenfalls die Verlegung des Etatjahres. Auch sie hat die Kapitalknappheit bei der von ihr geplanten Baufähigkeit zu spüren. Das Telegraphenbauamt Bielefeld und das neue Postamt in Salzuflen seien nahezu fertiggestellt. Größere Projekte werden unterbunden. Einige Stadträte schilderten die Schwierigkeiten, die angesichts der allgemeinen Sparparole in den Städten der Ausführung der Pläne entgegenstehen. Für Notstandsarbeiten fehlen die nötigen Mittel. Nur ein umfassender Wohnungsbau könne der Arbeitslosigkeit steuern helfen. Die längst vorbereiteten Notstandsarbeiten werden finanziell nicht ermöglicht. Von der Kreisverwaltung Minden wurde erklärt, daß das Gesetz über die Kanalisation der Weser wahrscheinlich im nächsten Jahre herauskommen wird. Die Aussichten für den Umbau der Strecke Wanzdorf-Minden sind nicht rosig. Der Direktor der Westfälischen Heimstätten-Gesellschaft bedauerte, daß sich die Landesbauverwaltungen voneinander abschließen. Man werde mehr an die Förderung von Landbauten herangehen und in Zukunft Zwischenkredite heranziehen müssen. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde verlangt, daß die Gewerbeaufsichtämter die Durchführung der gesetzlichen Arbeitszeit genau kontrollieren. In angenommenen Entschlüssen wurde betont, daß die versammelten Vertreter starke Bedenken haben gegen eine zu scharfe Drosselung der Ausgaben auf dem Gebiete des Bauesens. Sie erklärten sich gegen die Heranziehung der Mittel der Sozialversicherungsträger zur Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Die erzwungene Sparsamkeit werde notwendigerweise zur Entlassung weiterer Arbeitskräfte führen, so daß der Zweck der Sparsamkeit nicht erreicht wird und aus der produktiven Arbeit lediglich eine unproduktive Unterfristung entsteht. Es wird dringend er sucht, das Reichsverkehrsministerium möge mit Beschleunigung dem Reichstag den seit Jahren vorbereiteten Entwurf eines Gesetzes zur Kanalisierung der Weser von Minden nach Bremen vorlegen. Die preussische Staatsregierung wurde ersucht, bei der Reichsregierung mit allen Mitteln das Zustandekommen der Weserkanalisation zu fördern.

Bezirksverband München. Eine Vorstandskonferenz für den Bezirk Südbayern tagte am 15. Februar in München. Ueber die Aufgaben unseres Bundes im Jahre 1930 referierte Bundesvorsitzender Nikolaus Bernhard in der von ihm gewählten klaren und sachverständigen Weise. Dann gab Bezirksleiter Kollege Hartl, dessen Platz ein von der Baugewerkschaft München gespendeter Blumenkorb zierte, den Bericht des Bezirksverbandes. Insbesondere erläuterte er die Schwierigkeiten, die sich bei Abschluß des Reichstarifvertrages und bei Abschluß des

bayerischen Landesvertrages und der Lohnfestsetzung ergeben hatten. Die Unternehmer hatten Forderungen aufgestellt, die für die Bauarbeiter eine direkte Herausforderung bedeuteten. Eine Einigung zwischen den Parteien erschien unmöglich. Leider mußten wir dann die Wahrnehmung machen, daß auch von den Unparteiischen die Verhältnisse der Bauarbeiter nicht so gewürdigt wurden, besonders bei der Festsetzung der Löhne für die Tiefbauarbeiter, wie das unter allen Umständen erforderlich gewesen wäre. Auch die Durchführung des Tarifvertrages machte fortgesetzt Schwierigkeiten. Wiederholt mußten die Instanzen des Tarifvertrages oder die Arbeitsgerichte zur Entscheidung angerufen werden. Trotz der schlechten Arbeitsverhältnisse hat sich im Bezirk der Mitgliederstand seit Ende 1928 von 16 125 auf 16 977 Mitgliedern gehoben. Der Umfang von Beitragsmarken ist etwas zurückgegangen. Die Zusammenarbeit der einzelnen Baugewerkschaften mit der Bezirksleitung war mit ganz geringfügigen Ausnahmen stets von kameradschaftlichem Geiste getragen. — Die Aussprache ergab das Einverständnis der Kollegen mit den Ausführungen der Kollegen Bernhard und Hartl. Nur der Kollege von Traunstein, der im Auftrag Außenstehender sprach, hatte einige nichtsagende Einwände zu machen. Kollege Bernhard gab darauf die entsprechende Antwort. Einstimmig wurde beschlossen, daß alle Baugewerkschaften, die die Entschädigung für die Einkassierer auf über 6 oder 7 Prozent hinaus erhöhen wollen, vorher mit der Bezirksleitung in Verbindung zu treten haben. — Zur Neuwahl des Bezirksvorsitzenden erklärte Kollege Hartl, daß er auf dringendes Anraten der Partei leider gezwungen sei, seinen Posten in die Hände der Kollegen zurückzugeben. Für den damit freierwerdenden Posten schlage der Bezirks- und Bundesvorstand den Kollegen Eduard Döbler vor. Hierauf wurde Kollege Döbler zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Er dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen und versprach, alles aufzubieten, um die Interessen der Kollegen des Bezirks Südbayern wirksam zu vertreten. Er ersuchte alle Kollegen um ihre Unterstützung bei der Durchführung dieser Aufgabe. Kollege Nikolaus Bernhard dankte dem Kollegen Hartl für seine aufopfernde Tätigkeit, die er nicht nur den Kollegen seines engeren Wirkungskreises, sondern darüber hinaus im Interesse des Bundes und der Arbeiterbewegung allgemein geleistet hat. Als Zeichen des Dankes und der Anerkennung überreichte er dem Kollegen Hartl namens des Bundesvorstandes eine prächtige Uhr mit Widmung und Kette. Im speziellen dankte Kollege Döbler Hartl für seine erspriehliche Tätigkeit in Südbayern. Kollege Hartl dankte in bewegten Worten und betonte, daß ihm während seiner Tätigkeit vom Bundesvorstand fast nie ein Wunsch, der im Interesse der Organisation lag, verjagt wurde, auch im Bezirksvorstand habe man stets äußerst kollegial und kameradschaftlich zusammengearbeitet. Ohne die Mitarbeit des Bezirksvorstandes und der Baugewerkschaften würde einem Bezirksleiter jeder Erfolg verjagt sein. Es sei ein gemeinsames Verdienst aller Instanzen der Organisation, daß wir in Südbayern so dastehen, daß das Unternehmertum vor uns Respekt haben muß. Er schloß mit dem Wunsche, dem neu gewählten Bezirksleiter wie vorher ihm jederzeit tatkräftig zur Seite zu stehen.

Aus den Baugewerkschaften

Altenburg i. Thür. In der Jahresvertreterversammlung am 9. Februar gab den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr Kollege Seidel. Das Jahr 1929 war ein Krisenjahr erster Ordnung. Selbst in der besten Bauzeit sank die Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern nicht unter 10 %. Am Schlusse des Jahres waren trotz guten Bauwetters rund 60 % der Mitglieder arbeitslos. Die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung ausgesetzten Mitglieder steigt ständig. Die Durchführung der Tarifverträge stieß bei den Unternehmern oft auf Schwierigkeiten, die aber zumeist durch Verhandlung behoben wurden. In 147 Fällen wurden die in Betracht kommenden Unternehmer schriftlich aufgefordert, die Tarifverträge zu erfüllen, was größtenteils Erfolg hatte. Die auf diesem Wege für die Kollegen herausgeholtten Löhne sind zahlenmäßig nicht zu erfassen. Außerdem mußte wegen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis in 87 Fällen vor den Arbeitsgerichten und Tarifinstanzen geklagt werden. Ferner waren 19 Klagen in Arbeitslosenversicherungsachen und 7 Klagen in Rentensachen gegen die Sozialversicherungsträger notwendig. Insgesamt wurden 113 Klagen geführt. Davon hatten 98 Erfolg, 15 waren ohne Erfolg. Die eingeklagten Löhne beziffern sich auf 4709,85 M. 9 Unternehmer mußten wegen nicht ordnungsgemäßer Abführung der Invalidenversicherungsbeiträge und 3 Unternehmer wegen Ueberschreitung der Jugendschutzbestimmungen angezeigt werden. Die für Thüringen geltende Landespolizeiverordnung über sanitäre Schutzmaßnahmen auf Bauten hat eine Neufassung erfahren, die im wesentlichen den Bestrebungen der Unternehmer Rechnung trägt und infolge der vielen darin enthaltenen Unklarheiten die Ursache von Streitigkeiten sein wird. Wegen Verstöße gegen die Schutzbestimmungen mußten während des Berichtsjahres 55 Unternehmer dem Gewerbeaufsichtsamt gemeldet werden. — In der Jugendabteilung geht es munter vorwärts. Gegenwärtig sind rund 300 jugendliche Kollegen in der Baugewerkschaft organisiert. Der Versammlungsbesuch ließ manchmal zu wünschen übrig. Die Mitgliederzahl beträgt 2178, sie konnte wegen der schlechten Konjunktur nur in geringem Ausmaß gesteigert werden. Die Einnahme der Baugewerkschaft betrug 34 117,05 M., die Ausgabe

Erwerbslosen-Unterstützung im III. Vierteljahr 1929.

Mitgliederzahl	Unterstützungsfälle		Gesamtzahl der Tage	Ausgezahelter Betrag	Durchschnittlich je Fall		Unterstützungsfall trat ein im			Alter in Jahren						Unterstützungsdauer in Tagen								
	Anzahl	in %			Tage	%	Juli	August	September	bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	über 60	bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 24	25 bis 30	31 bis 36	37 bis 42	43 bis 48	
500 166	9 513	1,9	175 326	281 107	31	18,43	29,55	4 211	3 141	2 161	624	2 352	2 048	1 990	1 894	605	1 838	2 415	1 632	1 169	766	498	439	756
	10 490	2,1	196 264	296 411	28	18,71	28,26	3 713	3 481	3 296	1 156	3 370	2 084	1 707	1 556	617	2 160	2 392	1 810	1 309	909	600	489	821

A. Kranken-Unterstützung.

B. Arbeitslosen-Unterstützung.

28 807,72 M, so daß ein Kassenbestand von 5309,33 M vorhanden ist. Für die Hauptkasse wurden 112 997,83 M vereinnahmt. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde an 1338 Mitglieder gezahlt. Der überaus größte Teil der Beitragseinnahmen floß als Unterstützung an die Mitglieder zurück. — Die Aussprache war sachlich. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde anerkannt, die ausscheidenden Vorstandsmittelglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß sprach Kollege Meyer, Erfurt, über „Reparaturen und Arbeiterbeschäftigung“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Eine Entschlüsselung, in der die Finanzpolitik des Reichsbankpräsidenten verurteilt, der Ausbau der Sozialversicherung und die Zulassung der Bauarbeiter zur Krisenfürsorge gefordert wird, wurde einstimmig angenommen.

Köslin. Am 9. Februar hielten wir unsere Jahresgeneralversammlung ab, die vollzählig von sämtlichen Zahlstellen besucht war. Köhn gab den Jahresbericht. Die Bauaktivität war im Jahre 1929 nicht besser als im Vorjahre. Die zur Verfügung stehenden Hauszinssteuer-mittel, die leider nicht zum Bauen reiflos, sondern auch zu anderen Zwecken Verwendung finden, konnten den Arbeiterbeschäftigungsbereich nicht aufnehmen, sondern waren gezwungen, in Großstädten Arbeit zu suchen. Die Ziffer der auswärts arbeitenden Kollegen unserer Baugewerkschaft beträgt 30%. Tiefbauarbeiten werden in unserm Gebiet fast reiflos als Notstandsarbeiten ausgeführt. Aus all dem ergibt sich, daß sich die Kollegen frühzeitig zum Arbeitsamt begeben müssen, um ihre alte gewohnte Stempel wieder aufzunehmen. Ein großer Teil konnte keine 26 Wochen nachweisen, und diese waren auf die magere Unterstützung des Wohlfahrtsamtes angewiesen. Unser Bundesvorstand hat sein möglichstes getan, um die Verschlechterung abzuwehren; leider war es ihm nicht ganz möglich. Die Bauhütten Köslin und Kolberg haben jede eine Beschäftigungszahl von über 90 Kollegen aufzuweisen. Die Unternehmer sind nur zur Hälfte organisiert. Gegnerische Organisationen haben im Berichtsjahre nicht bestanden; nur in Belgard hat im Anfang des Jahres unter Leitung eines ausgeschlossenen Kollegen der sogenannte „Industrieverband“, die Kaiser-„Organisation“ einen Laden aufgemacht. Die Jugendgruppen Köslin und Kolberg haben sich gut entwickelt. Der Urlaub wurde von 275 Kollegen in Anspruch genommen. Lohnklagen sind 124 geführt worden mit Erfolg, mit einer Gesamtsumme von 6331,79 M, abgewiesen wurden 41 Kollegen mit einer Summe von 1491,22 M. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 47 282,60 M; die Ausgabe 48 159,40 M, die Einnahme der Lokalkasse 30 655,50 M; die Ausgabe 21 613,40 M. Der Mitgliederbestand beträgt 1787. Als Vorsitzender wurde Walter Kunde, zum Stellvertreter Ernst Strauß; als Kassierer Hermann Köhn, als stellvertretender Kassierer Walter Schnee; als Schriftführer Georg Reimer; zu Revisoren Seich, Klaje, Knop und Großmann gewählt. Vom Bezirksleiter wird auf die noch bevorstehenden Aufgaben hingewiesen, wie Kündigung des Lohnabkommens, Einreihung der Bauarbeiter in die Krisenfürsorge. Weiter sei eine Denkschrift zur Hebung der Bauwirtschaft in Pommern an das Ministerium eingereicht. Der Ofenheizer tarif ist mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsausschusses auf 1 Jahr abgeschlossen.

Landshut. (A u s r u f!) Allen Kollegen, die im Jahre 1929 bei der Firma Moll, Hoch- und Tiefbaugesellschaft, Ehingerstraße bei Landshut, als Betonarbeiter beschäftigt waren und die nach § 5 Ziffer 7 Abs. 3 des Reichsarbeitsvertrages ihren Bauhilfsarbeiterlohn nicht erhalten haben, sei mitgeteilt, daß sie nun nach den Entscheidungen des Haupttarifamtes ihren Bauhilfsarbeiterlohn nachbezahlt erhalten. Alle Kollegen, die als Betonarbeiter dort beschäftigt waren, können sich nun ihren rückständigen Lohn im Büro der Firma Moll, München, Lindwurmstraße 129/131, abholen. Bei etwaigen Schwierigkeiten seitens der Firma wollen sich die Kollegen an die Adresse des Deutschen Baugewerksbundes Landshut, Altstadt 337, wenden.

Lingen. Der am 14. Februar abgehaltene Familienabend war ein voller Erfolg. Fast sämtliche Mitglieder waren mit ihren erwachsenen Familienangehörigen erschienen. Um 8.20 Uhr begann unser Bezirksleiter, Kollege L a n k e n a u, Bremen, den gemütlichen Abend mit einer Ansprache. Dann folgten Musikstücke der beliebten Kapelle Gebrüder Kubelko-Mars, worauf von unserem Kollegen Lankenau allerlei lustige Filme vorgeführt wurden. — Hierauf folgte ein geographischer Film von Helgoland, wozu Kollege Lankenau Erklärungen machte. Die Pausen wurden durch Musikstücke ausgefüllt. Als letztes sahen wir Bilder von Heinrich Jille. Der Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung“ hatte es sich nicht nehmen lassen, uns den Abschied vorzusingen zu helfen, indem er einige Lieder zum besten gab. Um 11 Uhr wurde der offizielle Teil des Abends beendet. Es wurden dann noch einige Stunden im gemütlichen Beisammensein zugebracht.

Magdeburg. (G r o ß b a u t e n i m I n d u s t r i e g e - l ä n d e.) Mit erfreulicher Eile wurde von der Stadt Magdeburg das große Bauprogramm im Industriegebiet bearbeitet. Die Ausschließung des Geländes erfordert für die vielseitigen Bauaufgaben in technischer und wirtschaftlicher Beziehung eine gründliche Vorarbeit. Die ersten Ausschreibungen der Bauarbeiten zeigten, daß die Arbeiten im großen Format aufgezogen werden sollten. Bei dem Hafenbecken wurden Großgeräte eingesetzt. Die Zahl der Beschäftigten ist dabei nicht allzu groß; bevor die Straßenbauten angefangen werden können, müssen die Versorgungsleitungen, Kanäle usw. gebaut werden. Auch diese Arbeiten sind schon in Angriff genommen. Für die Ausführung ist eine auswärtige Firma genommen worden, weil sie das billigste Angebot abgegeben haben soll. Die Firma arbeitet auch bei diesen Arbeiten mit Großgeräten. Dabei werden verhältnismäßig wenig Leute beschäftigt. Diese Vergabe ist zweifellos nicht günstig gewesen für die Magdeburger Erwerbslosen. Müßte diese Arbeit an eine auswärtige Firma vergeben werden? Wenn dafür eine Magdeburger Firma gewonnen worden wäre, dann könnte die Arbeit in derselben Zeit ebenfalls ausgeführt und hunderte Arbeitslose mehr untergebracht werden. Wie weit bei der Vergabe die Stadt mitgewirkt hat, ist uns nicht bekannt. Sollte die auswärtige Firma als billigste den Auftrag bekommen haben, dann wird die Erparung nur scheinbar erreicht, die Kosten für die nicht eingestellten Arbeiter trägt dann das Wohlfahrtsamt. Die Zahl der Arbeitslosen wächst täglich; das Baugewerbe stellt trotz des milden

Winters eine große Anzahl gelernter und ungelerner Arbeitsloser. Zurzeit hat sich bei den Arbeitern am Industriegebiet eine große Erregung eingestellt, weil die Firmen auswärtige Arbeitskräfte nach Magdeburg ziehen. Für die Neubauten der Groß-Gaserei, die ebenfalls schon Mitte des Jahres 1929 begonnen wurden, hat die Gasag ebenfalls auswärtige Firmen herangezogen. Damit sind für die Magdeburger Bauarbeiter große Nachteile verbunden. Die großen Firmen haben von früheren Bauaufträgen her Facharbeiter und ungelernete Arbeiter, die als Wanderarbeiter von einer Stadt zur anderen gehen. Nach dem R.T.V. haben die Unternehmer für die von auswärtig zugezogenen Arbeitskräfte Zulassung zu zahlen. Die Firma Kiefer & Co. aus Duisburg beschäftigt an der Groß-Gaserei jetzt schon 40 auswärtige Arbeiter, von denen keiner die Zulassung erhält. Die auswärtigen Arbeitskräfte bieten sich als Fachkräfte an und werden an der Baustelle angestellt. Das sollte den Firmen von den Auftraggebern verboten werden. Die Magdeburger Facharbeiter gehen zum Stempeln und auswärtige werden bevorzugt. So war jedenfalls die Erschließung dieser Groß-Baustellen für die Magdeburger Bevölkerung nicht gedacht. Ferner hat die Firma Robert Richter, Dessau, größere Bauaufträge für die Groß-Gaserei auszuführen. Auch diese Firma hat eine Anzahl auswärtiger Arbeiter nach Magdeburg mitgebracht. Da die Arbeiten jetzt unterbrochen werden müssen, machen sich Entlassungen nötig. Nun entläßt die Firma nicht die auswärtigen Arbeitskräfte, sondern die Magdeburger. War das die Absicht bei Erschließung der Arbeiten? Der Magistrat muß sich um die Sache baldigst bemühen und für schleunigste Abhilfe sorgen. In Zeiten ungünstiger Konjunktur und da die Aussichten auf dem Bauplatz auch für die nächste Zeit nicht günstig sind, muß der starke Zupruch fremder Arbeitskräfte unterbunden werden. Die Magdeburger Steuerzahler müssen für die Erschließung der Betriebe große Opfer bringen. Es muß erwartet werden, daß die Magdeburger Arbeiter gegen den Zugang auswärtiger Arbeitskräfte geschützt werden. Bei der Schaffung von Verträgen muß den Firmen zur Pflicht gemacht werden, nur einheimische Arbeitskräfte einzustellen.

Magdeburg. (N e u e r G r ü n d u n g s s p u k d e r I n n u n g s k r a n k e n k a s s e n.) Die Magdeburger Innung der Maurer-, Zimmerer- und Steinhauermeister ist seit Jahren bemüht, eine Innungskrankenkasse für das Baugewerbe zu gründen. Ob damit den kranken Betrieben geholfen oder ob die große Zahl der säumigen Beitragszahler bei der A.O.K. geschützt werden soll, wurde noch nicht verlaubar. Leider haben unsere Proteste die Innungskassentätigkeit nicht überzeugt; deshalb wird der Kampf gegen die Gründung dieser Splittkassen ausgetragen werden müssen. Die Satzungen, die im Jahre 1928 vorgelegt wurden, mußten vom Gesellenausschuß als ungenügend und für die Bauarbeiter als untragbar zurückgewiesen werden. Die Innung hatte trotzdem die Vorlage zur Genehmigung eingereicht. Die Funktionäre der Baugewerkschaft dagegen haben diese Kassenzerpflückerung als Rückschritt bezeichnet und einstimmig beschlossen, den Kampf dagegen aufzunehmen. Eine Protestentschließung wurde den maßgebenden Behörden, den Abgeordneten des Reiches und Preußens und dem A.O.G. übermietet, in der zum Ausdruck kam, daß die Bauarbeiter das Zustimmungsrecht bei der Gründung von Innungskrankenkassen verlangen. Sollen die bei Innungen beschäftigten Arbeiter weiter minderen Rechtes bleiben, hält man nur die Industriearbeiter für reif, in den wichtigen Fragen der Sozialversicherung mitzuwirken? Zur Bildung einer Betriebskrankenkasse braucht der Unternehmer die Zustimmung der Arbeiter. Die Innungen brauchen heute bestenfalls den Gesellenausschuß nur zu hören, um dann die Arbeiter mit der Neugründung zu beglücken. Wie wir erfahren, hat die Innung jetzt eine neue Satzung beim Versicherungsamt eingereicht. Dem Gesellenausschuß hat man diese neue Satzung nicht vorgelegt, ihn auch nicht von dem Vorhaben unterrichtet. Die 1928 eingereichten Satzungen haben die Genehmigung der Spruchbehörden nicht erhalten. Der Nachweis der damals vermiedenen Gleichwertigkeit mit der Satzung der A.O.K. kann auch in den neuen Satzungen nicht erbracht werden. Eine Innungskrankenkasse bringt für die Bauarbeiter die allerhöchsten Schädigungen. In keinem Gewerbe ist der Wechsel der Arbeitsstellen und damit der Wechsel des Unternehmers so stark wie im Baugewerbe. Die größeren Unternehmungen gehören der Innung nicht an oder haben eigene Betriebskrankenkassen. Diese Zerpfückerung hat sich schon so schädigend ausgewirkt, daß auf weitere Eingriffe in die Krankenversicherung verzichtet werden muß. Nicht nur bei den Leistungen tritt eine Schädigung ein, sondern auch bei der Verwaltung. Hier werden die Arbeiter voll um ihr Mitbestimmungsrecht gebracht. Die Mitarbeit an dem Ausbau einer Innungskrankenkasse ist für die Arbeiter nicht einmal auf dem Papier gesichert. Die Magdeburger Bauarbeiter werden es nicht dulden, in der Krankenversicherung um Jahrzehnte zurückgeworfen zu werden. Wir fordern die Zurückweisung der Anträge auf Gründung derartiger Kassen. Die Bauarbeiter werden diesen Streik, sollte er dennoch gelingen, nicht dulden. Es gibt Erstarbkrankenkassen, die den Innungskrankenkassen mit ihren Leistungen weit überlegen sind. Wenn die Innung den Streik im Baugewerbe austragen will, wir sind gerüstet!

Recklinghausen. Am 16. Februar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Jahres-Generalversammlung ab. Vertreten waren alle Zahlstellen. Der Geschäftsbereich, den Schade gab, zeigte für das verlossene Jahr einen erfreulichen Aufstieg in der Mitgliederbewegung. Er betrug durchschnittlich 18%; bei den Tiefbauarbeitern 40% und bei den Lehlrlingen 30%. Es sind aber noch lange nicht alle im Tiefbaugewerbe beschäftigten Arbeiter organisiert. Die Justizstatistik ergab, daß es in unserem Gebiet noch rund 500 unorganisierte Tiefbauarbeiter gibt, im Gegensatz zu den Stukkateuren, die reiflos organisiert sind. In größeren Tiefbauarbeiten waren vorhanden der Staufsee in Haltern und die Erbauung einer Straßenbahn nach Hochlarmark. Die Bauaktivität war im Berichtsjahre nicht sehr günstig. Unter der Arbeitslosigkeit hatten durchschnittlich 408 Mitglieder zu leiden. — Der Bedarf an Arbeitskräften auch an Facharbeitern konnte jederzeit völlig gedeckt werden, trotzdem wurden die Arbeitszeitbestimmungen nicht überall eingehalten. Eine Anzahl Unternehmer mußte wegen Ueberschreitung angezeigt werden; sie wurden sehr nachsichtig behandelt. Das Baudelegiertenwesen war in einigen Betrieben sehr mangelhaft; es hat sich aber gezeigt, daß auf

den Baustellen, wo Delegierte vorhanden waren, nicht nur Ordnung herrscht, sondern auch in der Werbearbeit Hervorragendes geleistet wurde. Es gab aber auch Baustellen, wo die Belegschaft nicht den Mut aufbrachte, Baudelegierte zu wählen. Die Versammlungstätigkeit war nicht immer befriedigend, in manchen Zahlstellen sogar schlecht. Die Schlichtungskommission mußte in 46, das Arbeitsgericht in 28 und das Landesarbeitsgericht in einem Fall in Anspruch genommen werden. Fast alle Klagen sind mit Erfolg durchgeführt worden. In 2 Fällen war die Forderung nicht beizutreiben; die sieben Kollegen, sämtlich Plattenleger, wurden dadurch um 500 M geschädigt. Hoffentlich gelingt es noch, auch diese Sache zum Wohle der Kollegen zu regeln. Zu Differenzen kam es auf einer Baustelle wegen Verlängerung der Frühstück- und Mittagspausen; sie wurden zum vollen Erfolg beigelegt. — Im Lehrlingswesen herrschen zum Teil noch miserable Zustände. Der praktische Unterricht für die Lehrlinge wird jede Woche am Mittwoch abgehalten, er ist unter den Jugendlichen sehr beliebt. Die Jugendabteilung hat sich erfreulicherweise gut entwickelt. Unsere Lohnbewegung konnte ohne Arbeitseinstellung zu einem annehmbaren Abschluß gebracht werden. Die Maurer erhielten 8 S, die Hilfsarbeiter 6 S und die Tiefbauarbeiter 5 S Zulage je Stunde; die Stukkateure entsprechend dem Tariflohn der Maurer. Für Bauwerkmeister stieg der Wochenlohn um 7 M. Die Tariflöhne wurden allgemein anstandslos gezahlt. Die Bauarbeiterbeschäftigungsbestimmungen wurden etwas mehr als sonst beachtet. Verstöße gegen die Bestimmungen des Bauarbeiterbeschützes wurden von dem amtlichen Baukontrollleur ohne Verzug beseitigt. Mit dem Lichtbildapparat haben wir 6 Lichtbildvorträge über Bauarbeiterbeschütz und über „Bauten und Bauarbeiten in Holland“ gehalten. Für die Hauptkasse wurden 43 482,91 M eingenommen und 42 999,36 M ausgegeben. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden 12 950,15 M ausgezahlt. Die Einnahme der Baugewerkschaftskasse einschließlich Kassenbestand vom Vorjahre betrug insgesamt 21 952,23 M, die Ausgabe 15 538,44 Mark, es verbleibt somit ein Kassenbestand von 6413,79 M. Der Geschäftsführer wurde einstimmig entlastet.

Schneidemühl. (K o m m u n i s t i s c h e T a k t i k.) Beim Werben von Anhängern steht der Kommunistenführer August Bertram, nicht zurück. Er hat es ja schon öfter versucht, für seine Ideen in den Zahlstellen unseres Bundes Anhänger zu finden. Daß diese Leute mit zwei Zungen sprechen, kam in der Generalversammlung unserer Baugewerkschaft klar und deutlich wieder zum Ausdruck. Unter dem Punkt Lohnverhandlungen führte August Bertram aus: Daß die Lebenshaltung ziemlich schlecht steht und Schneidemühl so niedrigen Lohn hat, liegt daran, daß man in den Lohnkommissionen — wo nach ihrer Meinung die sogenannten Sozialfaschisten vertreten sind — den verkehrten Standpunkt, das flache Land müsse unter allen Umständen in der Lohnhöhe mitgenommen werden, eingenommen habe. Nach der Meinung der Kommunisten wird eine Lohnerhöhung richtig geführt, wenn man das flache Land fallen läßt. — Kollegen auf dem flachen Lande! Merkt euch dies, wenn die Moskauerjünger wieder zu euch kommen und euch unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit dies und jenes versprechen. Hier seht ihr klar und deutlich das wahre Gesicht wie es euch ergehen würde, wenn diese Leutchen an führender Stelle in der Gewerkschaftsbewegung stünden. Weist den Schreibern, die noch nichts für die Arbeiterbewegung getan haben, die Tür!

Schwerin. In unserer gutbesuchten Generalversammlung gab der Geschäftsführer Finger den Kassenbericht. Trotz großer Ausgaben für die Einrichtung unseres Eigenheims schließt das Jahr mit einem nennenswerten Lokalkassenbestand ab. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Auch bei uns war die Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr groß. Viele Kollegen wurden als Ausgesteuerte dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Der soziale Baubetrieb, die Baugenossenschaft Selbsthilfe, war im Berichtsjahr gut beschäftigt. Das Baudelegiertenwesen ist gut, es wurden uns 44 Baudelegierte gemeldet. Die Bauarbeiterbeschützkommission war sehr reger tätig. In Mitgliederversammlungen wurde über das A.O.G. Vorträge vom Vorsitzenden des Arbeitsamtes gehalten. Klagen aus dem Arbeitsverhältnis wurden 14 zugunsten unserer Kollegen erledigt. Durch zahlungsunfähige Unternehmer wurden 28 Kollegen um eine Gesamtlohnsumme in Höhe von 1703,27 M gebracht. In unserer Jugendbewegung in der Baugewerkschaft geht es reger vorwärts. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. In der Bauarbeiterbeschützkommission wurde für ein ausscheidendes Mitglied ein neues gewählt. Der Antrag auf Anschluß an die „Arbeiter-Wohlfahrt“ wurde angenommen.

Torgau. Zu den Orten, in denen der kommunistische Dreh aufgezogen werden soll, gehört auch Torgau. In unserer Baugewerkschaft hatten bisher die „Oppositionellen“ ihre Hauptstütze. Sie bildete das Sammelbecken für alle Worthelden mit großem Maul und kleinem Hirn, Leute, die von keiner anderen Gewerkschaft aufgenommen oder geduldet wurden. Bei den letzten Wahlen hatten nun diese Vernegroßte im Kreise Torgau eine Schlappe erlitten, dafür verführte man nun mit allen Mitteln, in den Gewerkschaften Zerstörungsarbeit zu leisten. Die Mitgliederversammlungen wurden dazu benutzt, den Kollegen die bekannten Parolen aufzubringen. Dadurch ging natürlich das Versammlungsleben zurück und als dann die Versammlungen nur noch von diesen Maulaufreißern besucht wurden, sahste man sich großartig stark. Daher ist es auch zu verstehen, wenn in einer Mitgliederversammlung die Beschädigung des Gewerkschaftskongresses der Opposition gefordert wurde, so daß sich die Versammlungsleitung gezwungen sah, die Versammlung zu schließen. Die Zerstörer kehrten sich daran nicht, sie führten die Versammlung weiter. Aus diesem Grunde mußte der Bundesvorstand mit Holzweizig und Genossen reinen Tisch machen. Holzweizig wurde auf ein Jahr von allen Versammlungen und Funktionen in unserem Bunde ausgeschlossen. Das war für diese Maulaufreißer das Signal, in allen Versammlungen den Antrag zu stellen, Holzweizig als Vertreter der Opposition aufzutreten zu lassen. Es gelang auch wirklich, daß Holzweizig in Torgau und Dommitsch zum Wort kommen konnte. Hierauf mußte der Bundesvorstand Holzweizig wegen Nichtachtung seiner Anordnungen aus dem Bunde entfernen. Als dann die Baugewerkschaft ihren Vertretertag abhielt, wurde auch dort der Antrag gestellt, Holzweizig als Delegierten zuzulassen. Leider ließ sich der Vorsitzende umgarnen und versuchte,

er-
auf-
be-
eien
abr-
Ver-
den,
bau-
rlich
ages
die
zur
eitz-
ende
Um-
gen.
mit
men
Aus-
den
der
nder
hen.
wort.
den,
oder
rks-
wahl
auf
inen
den
und
vor.
den
und
egen
ichte
rung
dem
nicht
der-
eifer-
nkes
Garll
mit
obler
Kol-
daß
t nie
rtaft
herst
ohne
verk-
rtaft
a der
das
chloß
wie

43
bis
48

756

821

die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Die weitere Folge war, daß der Vertretertag vom Vertreter des Bezirksvorstandes aufgehoben wurde. Holzweilig berief dann aus eigener Machtvollkommenheit den Vertretertag nach einem anderen Lokal ein. Diese „Revolutionäre“ hatten aber dort dann hauptsächlich ihre Diätenfrage im Auge. Sie bewilligten sich für einen halben Tag 8 M auf Kosten der Baugewerkschaft. Auf Grund aller dieser Vorgänge mußte dann der Bundesvorstand den gesamten Vorstand mit Ausnahme des Kollegen Kaiser seines Amtes entheben. Nun reisen die Holzweilig und Rämmler im Gebiet der Baugewerkschaft umher und halten Versammlungen ab. Wenn man ihre Schwindelberichte im „Klassenkampf“ verfolgt, so sieht es aus, als ob alle Kollegen hinter ihnen ständen. Wie steht es aber in Wirklichkeit aus? In Torgau haben ganze sechs Kollegen die Zahlung verweigert, in Dommitsch sind es zehn, die nun zum Teil ihr Heil beim Fabrikarbeiterverband suchen wollen. Mit dem Aufmachen des eigenen Ladens klappt es absolut nicht. Und im übrigen haben unsere Kollegen noch die Nase voll von 1929. Jetzt versuchen es Holzweilig und Rämmler mit dem Besuch der Kollegen in ihren Privatwohnungen; sie sollen eine Protestresolution unterschreiben, die sich gegen ihre Ausschüsse wendet. Alle Kollegen, die nicht gewillt sind, dieses gewerkschaftszerstörende Wesen der Holzweilig, Kirske, Böge und Rämmler mitzumachen, zahlen ihre Beiträge an die beauftragten Kollegen weiter. Nur im Deutschen Baugewerksbund werden die Interessen aller Bauarbeiter vertreten.

Trier. (Unternehmerwillkür.) Auf der Provinzialstraße bei Prüm führt die Baufirma Lehnen & Kiemer, aus Dorf bei Wittlich, Umbauten aus. Die Verhältnisse, unter denen dort gearbeitet wird, spotten jeder Beschreibung. In der Zeit von nur einem Monat sind auf der Baustelle vier Arbeiter schwer verunglückt. Die Löhne werden nicht so ausgezahlt wie vereinbart, es gibt nur Abschlagszahlungen. Eine größere Anzahl Arbeiter wurde entlassen, dafür wurde die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Alles geht drunter und drüber. — Nur wenige sind es, die ihre Rechte geltend machen, denn es sind noch zu viel unverständige „Luch-Arbeiter“ — Bauernsöhne — vorhanden, die nicht begreifen wollen, daß sie sich nicht für 40 und 50 % Stundenlohn wegwerfen dürfen. Sie sollten endlich erkennen, wie schwer sie sich an ihrer eigenen Zukunft verständigen, wenn sie sich für Spottlöhne den Unternehmern zur Verfügung stellen. Sie verhindern eine Lohngefaltung, wie sie durchaus im Interesse der ländlichen Bauarbeiterschaft liegen würde. — Genau so schädlich wirken sich die von ihnen geleisteten Ueberstunden aus. Es ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, daß die, die sich selbst arbeitslos machen, weil sie zehn und noch mehr Stunden arbeiten, noch den Mut besitzen, Arbeitslosenunterstützung zu verlangen. Es wird höchste Zeit, daß die Gewerbeaufsichtsbehörden gegen die Ueberstunden fordernden Unternehmer mit aller Schärfe vorgehen. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiterkassen sich in ihren Berufsorganisationen zusammenfinden. Gerade die Bauarbeiter des Trierer Bezirkes müssen aus der tarifvertragslosen Zeit lernen. Die Löhne sind seinerzeit rücksichtslos von den Unternehmern gedrückt worden. Löhne für Maurer von 70 %, für Hilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter von 40 und 50 % waren keine Seltenheiten. Dagegen sei hier nur daran erinnert, daß für das Jahr 1928 für Maurer 99 %, für Hilfsarbeiter 82 % und Tiefbauarbeiter 73 % Stundenlöhne festgelegt wurden, die bis auf 2 % Unterschied auch tatsächlich gezahlt wurden, weil die Gewerkschaften eine Allgemeinverbindlichkeit der Löhne erwirkten. Die Frucht der Organisationslosigkeit schmeckt bitter! Die Bauarbeiter des Regierungsbezirks Trier, der Eifel und der Mosel müssen erkennen, wohin sie mit ihrer Interesslosigkeit und Unorganisationslosigkeit gekommen sind. Aber Erkennen allein schafft keine Abhilfe. Notwendig ist organisatorischer Zusammenschluß im Deutschen Baugewerksbund, damit endlich in diesem Jahr wieder ein Tarifvertragsverhältnis geschaffen werden kann!

Waldenburg. In der Generalversammlung am 11. Februar gab Barzik den Geschäftsbericht. Die Arbeitslosigkeit war im Jahre 1929 unter den Bauarbeitern sehr groß. 573 Kollegen war es nicht möglich 26 Wochen zu arbeiten; sie können also keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Von den Maurern waren im Jahresdurchschnitt 36,9, von den Hilfsarbeitern 33 und von den Tiefbauarbeitern 35 Prozent arbeitslos. Trotz der großen Arbeitslosigkeit fanden sich Kollegen, die die tarifliche Arbeitszeit nicht innehielten und im Akkord arbeiteten. Meistens waren diese Kollegen von auswärtig und es ist dann kein Wunder, wenn die hiesigen Kollegen auf die Auswärtigen oft nicht gut zu sprechen sind. — Der Bauarbeiterbeschütz läßt gerade im hiesigen Revier viel zu wünschen übrig. Der Kreisrat hat sich bis heute noch nicht dazu bereithalten können, einen Bautenkontrollleur anzustellen. Im Jahre 1929 haben sich 1009 Betriebsunfälle ereignet, wobei für 18 103 Krankentage insgesamt 53 295 M Krankengeld gezahlt wurde. Da das Krankengeld 50 Prozent des Lohnes beträgt, muß noch mit derselben Summe an Lohnausfall gerechnet werden. In einer Entschließung nahm die Generalversammlung mit Entrüstung Kenntnis von der hohen Unfallziffer im Baugewerbe. Sie fordert energisch von den zuständigen Instanzen, daß endlich ein Bautenkontrollleur angestellt wird. Die Anstellung eines Bautenkontrollleurs kann nicht davon abhängig gemacht werden, daß eine Kreisordnung aus der wilhelminischen Zeit dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit vorschreibt. Die Bauarbeiter verlangen eine soziale Auslegung der Gesetze und Verordnungen. Ihr Leben und ihre Gesundheit ist ihnen lieber als eine vermoderte Kreisordnung. Die Bauarbeiter wenden sich deshalb an alle sozial denkenden Kreisratmitglieder, den Antrag auf Anstellung eines Bautenkontrollleurs aus dem Kreise der Bauarbeiter zu unterstützen. — Im Geschäftsjahr 1929 wurden unserem Bureau insgesamt 305 Baudelegierte gemeldet. In der Woche vom 22. bis 27. Juli wurden 110 Baustellen mit 2717 Beschäftigten kontrolliert. Davon waren im Deutschen Baugewerksbund organisiert im Hochbau 93,5 und im Tiefbau 63,3 Prozent. Von 248 Lehrlingen waren 3 unorganisiert, alle anderen gehörten unserem Bunde an. Der durchschnittliche Jahresbeitrag je Mitglied betrug im Berichtsjahr 31,8, während 1928 ein Durchschnittsbeitrag von 33,5 erreicht wurde. Unsere Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 119 erhöht. Durch Klagen beim Arbeitsgericht sowie durch schriftliche und mündliche Verhandlungen wurden für die Kollegen 4292,01 M herausgeholt. Wegen Zahlungs-

unfähigkeit des Unternehmers konnten 21 Kollegen nicht in den Besitz ihres verdienten Lohnes kommen. Es wurde noch eine Entschädigung angenommen, in der gegen die unterschiedliche Behandlung in der Arbeitslosenversicherung protestiert wird. Die Bauarbeiter verlangen in die Krisenfürsorge aufgenommen zu werden.

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer.

Leipzig. In einer unserer letzten Versammlungen berichtete Kollege Buchmann über die Verhandlungen der Reichstarkkommission. Die Verhandlungen werden weitergeführt. Jedenfalls ist der bisherige Stand der Verhandlungen nicht besonders günstig zu nennen. Wichtige Verbesserungen müssen noch eingeschaltet werden. Der Besuch dieser Versammlung war schwach. Die Kollegen werden aufgefordert, mehr Interesse zu zeigen und in der nächsten Versammlung vollzählig zu erscheinen. Dies gilt besonders für die Plazarbeiter. Kollege Buchmann forderte noch auf, solche Betriebsräte zu wählen, die auch imstande sind, die Interessen der Kollegen nachhaltig zu vertreten.

Isolierer und Steinholzleger.

Hamburg (Jahresbericht der Steinholzleger.) Die Arbeitsmöglichkeit war im allgemeinen gut. Durch den langen Frost setzte die Konjunktur jedoch etwas später ein. Wir hatten hier im Durchschnitt wöchentlich 3 bis 4 Arbeitslose. Durch die gute Konjunktur ist der Mitgliederstand auf 60 gestiegen, bei höchstem Stand hatten etwa 15 Berufsfremde einige Wochen Arbeit. Der neue Reichstarkvertrag brachte einige Änderungen, teils zugunsten der Kollegen. Bei der Ortstarifvertragsverhandlung im August konnten wir die Herabsetzung des Gewichts der Magnetsacke auf 75 Kilo erreichen. Ferner wird bei neu begonnenen Arbeiten von 16 Uhr bis 20 Uhr 20%, von 20 bis 7 Uhr (Nachtarbeit) 50% und für Sonntagsarbeit 75% Zuschlag bezahlt. Der Versammlungsbesuch ließ anfänglich zu wünschen übrig; durch das Einlegen von Delegierten-Sitzungen der Fachgruppe war im zweiten Halbjahr der Besuch besser. Dies war auch sehr notwendig, da die Kollegen der Firma Deutsche Konit sich nicht genieren, den vom Verband eingesetzten Obmann (seit drei Jahren war keiner mehr gewählt), der dem Unternehmer natürlich nicht angenehm war, auf dessen Geheiß abzusehen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Jahr 1929 unsere Bewegung ein gutes Stück weitergebracht hat. Wir treten fester vereint ins neue Jahr.

Leipzig. Die bereits früher angekündete kleine Feier zu Ehren der 25jährigen Tätigkeit des Kollegen Brinke als Gruppenleiter ist abgehalten worden. Kollege Brinke teilt uns mit, daß es ihm persönlich nicht möglich sei, für die vielen Beweise reger Anteilnahme jedem einzeln zu danken. Auch aus vielen Orten Deutschlands seien ihm Glückwünsche zugegangen. Vom Bundesvorstand wurde ihm durch den Reichsfachgruppenobmann Hopfen eine Ehrengabe überreicht. Auch der Baugewerkschaftsvorstand Leipzig hat ihn geehrt durch Schenkung seines Bildnisses in Lebensgröße. Die Leipziger Fachgruppe hat ihn mit einer Blumenpende und mit einem zweckmäßigen Geschenk überreicht. Auch aus Berlin und Halle waren Kollegen erschienen, die ihn beglückwünschten und Geschenke überbrachten. Der Vorführung heiterer Puppenspiele durch den Berliner Kollegen Meier sei ebenfalls dankend gedacht. Kollege Hopfen verstand es, in eindrucksvoller Rede die Tätigkeit des Jubilars zu würdigen. Außerdem sprachen die Kollegen Gutsjahr und Lockenwitz. Alles in allem eine würdige und erhebende Feier. Kollege Brinke spricht für all dies auf diesem Wege seinen aufrichtigsten Dank aus.

Magdeburg. (Friedrich Bohn.) Der Schnitter Tod hat wieder einen alten treuen Kollegen, diesmal unseren Friedrich Bohn im Alter von 65 Jahren abgerufen. Aus dem Maurerberuf hervorgegangen, hat er lange Jahre die Ortsgruppe des Verbandes der Isolierer in Magdeburg geleitet. Bei der Verschmelzung mit dem Baugewerksbund blieb er an der Leitung, und hat mit Umsicht und Geschäftigkeit auf das Vertrauen der Kollegen unsere Fachgruppe betreut. Als er wegen seines Alters nicht mehr voll der Organisation dienen konnte, blieb er der ruhende Pol. In keiner Versammlung fehlte er, er gab aus seinen Erfahrungen immer gute Ratsschläge. Seiner werden wir stets gedenken und seiner treuen Organisationsarbeit nachsehen. So ehren wir unseren Fritz am besten!

Feuerungs- und Schornsteinmaurer.

Berlin. (Jahresbericht.) Genau so, wie 1928, war auch im abgelaufenen Jahre die Arbeitsmarktlage nicht besonders günstig. Nur einige größere Arbeiten wurden ausgeführt, wie bei den Siemens-Werken in Spandau, bei der Vorlag, bei den Haelwerken in Marwig; daneben nur die sonst üblichen kleinen Reparatur-Arbeiten, so daß der größte Teil der Fachgruppenmitglieder im Hochbau beschäftigt werden mußte. Der Versammlungsbesuch war ebenfalls nicht besonders gut; es waren durchschnittlich in jeder Versammlung 30 Kollegen anwesend. Die in den Monaten Juni-Juli vom Bundesvorstand angeordnete Statistik, durch die die Zahl der Betriebe, die Beschäftigungsziffer, Art des Berufes, Lohnhöhe und die Arbeitszeit festgestellt werden sollten, ferner ob alle tariflichen Vereinbarungen erfüllt werden, zeigte, daß unsere Kollegen noch sehr wenig Interesse für diese wichtige Angelegenheit haben. In vielen Fällen war es nicht möglich, die Arbeitsstellen zu erfassen, weil zum Teil auswärtige Firmen die Arbeiten ausführten und die dort beschäftigten auswärtigen Kollegen sich nicht bei unserer Baugewerkschaft anmeldeten. Weil ferner diese Arbeiten meistens in Werken ausgeführt werden, war einfach keine Kontrolle durch unsere Organisation möglich. In 3 Differenzfällen war es durch Rücksprache mit der Firma möglich, die Streitfragen durch Vergleich zu beseitigen. 2 Fälle mußten vor das Tarifschiedsgericht gebracht werden, 1 Fall wurde durch Vergleich beigelegt und der 2. Fall gegen die Firma Brocke & Schreckhaas mußte zurückgezogen werden, weil der Betriebsrat der Firma nicht zu seinen Worten stand. — Am 5. Februar nahm eine Versammlung zum Jahresbericht Stellung. Die bisherige Fachgruppenleitung wurde wiedergewählt. — Wenn es mit der Interesslosigkeit der Kollegen so weitergeht, dann ist nicht damit zu rechnen, zu besserem Tarifvertrag zu kommen. Wohl werden zum Ab-

schluß eines neuen Vertrages weitgehende Forderungen gestellt, aber auf den Arbeitsstellen denken die Kollegen nicht im geringsten daran, ihre organisatorischen Pflichten zu erfüllen. Die alte Forderung, die Auswärtigen-Auslösung zu verlangen, steht nur auf dem Papier. Soweit wir feststellen konnten, waren die meisten der auswärtigen Kollegen ohne Auslösung in Berlin tätig. Mit der Einhaltung der Arbeitszeit sieht es ebenfalls nicht gut aus. Man glaubt den Achtstundentag nicht einhalten zu brauchen und arbeitet 9 und 10 Stunden. — Es ist dringend notwendig, das Erungene besser zu werten und die Tarifbestimmungen reiflos durchzuführen sowie dafür Sorge zu tragen, daß alle in unsern Beruf beschäftigten Kollegen reiflos organisiert werden. Nur wenn in diesem Sinne verfahren wird, ist es möglich, einen besseren Ausbau unseres Tarifvertrages zu erreichen.

Werk- und Hüttenmaurer.

Bunzlau. Die Lontöhren- und Schamottewarenfabrik Hoffmann & Co. glaubt die wirtschaftliche Depression dazu auszunutzen zu müssen, einen Lohnabbau vorzunehmen. Besonders die Werksbauarbeiterlöhne haben es der Firma angefallen. Nachdem die Hälfte der beschäftigten Werksbauarbeiter entlassen und die noch beschäftigt sind verkürzt arbeiten (36 Stunden die Woche), versucht die Firma, mit einigen Kollegen über einen Lohnabbau von 5 % die Stunde zu verhandeln. Unsere Kollegen lehnten dies ab. Alle Bemühungen der Organisation, unter Hinzuziehung zweier dort beschäftigter Kollegen zu verhandeln, scheiterten an der vorläufigen Einstellung der Firma. — Am 14. Februar wurde den Werksbauarbeitern durch den Betriebsrat mitgeteilt, daß für die kommende Lohnwoche 5 % weniger Stundenlohn gezahlt werden. Die große Arbeitslosigkeit im Augenblick ruht die Firma aus, ihren Herrensstandpunkt durchzusetzen. Sie wartet vielleicht auf Kampfmaßnahmen der Werksbauarbeiter, um die gesamte Arbeiterkassen auf die Straße zu setzen. Diesen Geßallen werden wir ihr nicht tun, aber eins können wir heute schon sagen, die jetzt gefäße Saat wird keimen, aufgehen und Früchte bringen, die der Lontöhren- und Schamottewarenfabrik in Bunzlau nicht angenehm sein dürften. Das Vorgehen dieser Firma dürfte unseren Werksbauarbeitern zeigen, daß von ständiger Beschäftigung, die bei allen Gelegenheiten in den Vordergrund gehoben wird, keine Rede sein kann; daß man in der Industrie in Zeiten schlechter Konjunktur genau so handelt, wie jeder kleine Bauunternehmer. Unsere Werksbauarbeiter können und dürfen aus diesem Vorgehen nur die Lehre ziehen: reiflose Organisation im Baugewerksbund kann Besserung bringen.

Stukkateure und Pufer.

Köln. In der am 9. Februar abgehaltenen Versammlung nahmen die Kollegen auch Stellung zu der Beschäftigung auswärtiger Bauarbeiter in Köln. Es wurde festgestellt, daß hier noch einige hundert auswärtige Facharbeiter beschäftigt werden, trotzdem die beim Arbeitsamt gemeldeten Pufer und Stukkateure die Zahl von 400 weit überschritten hat. In scharfen Worten verlangten die Kollegen von der Organisation, von der Stadtverwaltung zu fordern (was übrigens längst geschehen ist), daß bei Arbeiten, wo die Stadt Zuschüsse leistet — sei es aus Mitteln der Hauszinssteuer oder durch Bewilligung von Hypotheken — die Durchführung der Bestimmungen, wonach bei Vergütung von Arbeiten ortsanfällige Unternehmer und vornehmlich ortsanfällige Arbeiter berücksichtigt werden sollen, auch durchgeführt werden. Wo das nicht geschehe, müssen bereits bewilligte Mittel wieder entzogen werden. Daß die Unternehmer dazu neigen, auswärtige Arbeiter zu bevorzugen, ist ohne weiteres klar. Um so berechtigter ist es von uns dagegen Front zu machen, zumal der von der Stadt Köln herausgegebene Vertrag auch vorschreibt, daß die tariflichen Verpflichtungen erfüllt werden müssen. — Der katholische Gesellenverein baut ein neues Heim, zu dessen Erbauung die Stadt Köln Bürgerschaft übernommen hat. Trotzdem erlaubt sich der Vorstand des Gesellenvereins die ausführenden Firmen durch Vertrag zu verpflichten, nur christlich organisierte Arbeiter einzustellen. Auch hiergegen müssen wir entschieden Protest erheben, da auch in diesem Falle die Stadt mit Mitteln der Allgemeinheit an dem Bau finanziell interessiert ist. Das gleiche trifft auch auf einen Kirchenneubau zu. Wenn auch dort die Stadt nicht finanziell interessiert ist, so liegen die Dinge doch so, daß eine große Anzahl Mitglieder unseres Bundes Mittel zur Erbauung und Erhaltung der Kirche durch Zahlung von Kirchensteuer ausbringen. Die Vertreter der christlichen Organisation — darüber zur Rede gestellt — wachen ihre Hände in Unschuld und verstecken sich hinter die Auftraggeber. Die Versammelten waren einstimmig der Auffassung und bereit, falls es den Vertretern unserer Organisation nicht gelingen sollte, durch Verhandlung die Differenzen auszuräumen, den Kampf aufzunehmen in der Ueberzeugung, daß sie dabei nicht den Kürzeren ziehen. Zum Schluß wurde noch auf den Ablauf des RTV, sowie des Lohnabkommens hingewiesen.

Vom Bau

Gnoien i. M. (Bauunfall.) Am 14. Februar hatte der Kollege W. Burmeister einen Schornstein aus Dach gemauert. Damit beschäftigt, das Dach wieder einzulegen, stürzte er 9 Meter tief ab. Er brach 6 Rippen und erlitt außerdem einige leichtere Verletzungen. Er liegt zurzeit noch im Krankenhaus.

Mainz. (Bericht des Baukontrolleurs.) Der Wohnungsbau hat gegenüber 1928 in der Stadt Mainz etwas nachgelassen, dagegen hat die Zahl der Umbauten etwas zugenommen. Wenn auch das private Bauen, soweit Wohnungsbau in Frage kommt, fast ganz daniederliegt, so wurden doch von der Handwerkerergenschaft 48, von der Ebert-Siedlung 139, von der Luther-Siedlung 58 und durch die Gage 27 Wohnungen erstellt. Zu Anfang des Jahres war die Bautätigkeit noch leidlich gut, sie klappte jedoch zum Jahresende erheblich ab. Gegenwärtig herrscht große Arbeitslosigkeit. — Durch die Gesetzesverordnung vom 1. März 1928 müssen die Zwangsankrankenkassen alle Unfälle bei der Unfallberufsgenossenschaft anmelden. In Groß-Mainz haben sich im vorigen Jahre nach der Statistik dieser Genossenschaft 203 Unfälle ereignet, davon 25 schwere. Im vorigen Jahre waren es 364 Unfälle, davon sechs schwere.

Im Landkreis Mainz ereigneten sich im vorigen Jahre 184 Unfälle, im Jahre zuvor 193. Leider sind auch zwei Todesfälle vorgekommen. Der Dachdecker Otto Glück stürzte infolge Bruches eines Dachbalkens ab und war sofort tot. Der Dachdecker Alois Szane stürzte infolge mangelhafter Befestigung des Hängegerüstes ab und blieb ebenfalls sofort tot. Wenn auch die Zahl der Unfälle im verflossenen Jahre in Groß-Mainz erheblich zurückgegangen ist, so ist die Zahl an sich immer noch bedenklich hoch. Drei Lünchermeister mußten wegen mangelhafter Gerüste angezeigt werden. Der Bauunternehmer Valentin Englert in Nombach wurde ebenfalls angezeigt anlässlich des Kanaleinsturzes am Krankenhaus, wobei mehrere Kollegen zu Schaden gekommen sind. Bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften machten die meisten Schwierigkeiten auswärtige Firmen, kleine Unternehmer und Tiefbauunternehmer. Nur durch die ständige Ueberwachung konnten die Mängel beseitigt werden. In 73 Fällen war die Abdeckung der Balkenlagen und Gerüste zu beanstanden, die Abspriegungen und Ausfachungen wurden in 92 Fällen beanstandet, die Baubuden und Aufenstahlräume in 21 Fällen, in 19 Fällen waren bei den Lünchermeistern Baubuden überhaupt nicht vorhanden, auch fehlten in sieben Fällen bei den Lünchermeistern im Winterhalbjahr die Desen. Das Verbandzeug war in 31 Fällen mangelhaft, in sieben Fällen überhaupt nicht vorhanden. In 19 Fällen waren die Aborte mangelhaft, in fünf Fällen anfänglich gar nicht vorhanden, auch die Befestigung und Abseifung der Leitergerüste gab mehrmals zum Einschreiten Anlaß. Mit dem technischen Aufsichtsbereamen der Hesse-Nassauischen Berufsgenossenschaft, Herrn Weber, wurde auch im verflossenen Jahre mehrmals die Kontrolle gemeinsam ausgeübt. Wenn auch Unfälle im Baugewerbe nicht ganz zu vermeiden sein werden, so muß es doch die Hauptaufgabe des Baukontrolleurs sein, unter Mitwirkung aller am Bau beteiligten Personen die Unfälle immer mehr zurückzudrängen. Dies erspart der Allgemeinheit große Kosten und verhindert manche Not und manches Elend.

Allgemeine Rundschau

Eine Streikbruchorganisation. Anlässlich von Differenzen auf einer Baustelle in Charlottenburg ist ein bisher in weitesten Kreisen unbekannter Verband, der sich in seinem Haupttitel „Deutsche Nothilfe“ nennt, an die Öffentlichkeit getreten. Die „Deutsche Nothilfe“, die ein „Verband zur Bekämpfung des Kommunismus“ sein will, aber mit der schon längst abbaureifen Technischen Nothilfe nicht verwechselt werden darf, hat die vorerwähnte Baustelle, wo Arbeiter — allerdings ohne Fühlungnahme mit ihrer Organisation — die Arbeit eingestellt hatten, mit Arbeitskräften besetzt. Die „Arbeiter“ der „Deutschen Nothilfe“ haben dann den Bau, es handelt sich um Unterfangungsarbeiten, vollständig fertiggestellt. Die „Deutsche Nothilfe“ ist damit als eine Streikbrecherorganisation gekennzeichnet, ihre „Arbeiter“ sind Elemente, die man im wirtschaftlichen Leben Streikbrecher nennt. Wo die „Deutsche Nothilfe“ auftreten sollte, mache man dem Bundesvorstand Mitteilung.

Schacht zurückgetreten. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der in den letzten Monaten anlässlich der neuen Reparationsregelung oft genannt wurde, da er — von Ueberheblichkeit kriegend — sich einige Male in Dinge hineinmischte, die nicht zu den Aufgaben des Reichsbankpräsidenten gehören, ist zurückgetreten; und zwar aus Anlaß der Ratifizierung des Young-Plans. Der Rücktritt, von demokratisch-politischen Kreisen und auch von uns mehrfach gefordert, hat in diesen Kreisen Befriedigung ausgelöst. Die Freude an dieser Befriedigung lassen wir uns auch dadurch nicht nehmen, daß die Börse auf den Rücktritt von Schacht mit einer Art Panikstimmung reagierte. — Dr. Schacht, der, nach 1923, mit Energie die zerrüttete Währung in Ordnung brachte, eine Leistung, wofür ihm allerseits Anerkennung gezollt wurde, entwickelte sich immer mehr zu einem Wirtschaftsreaktionär. Er war ein Feind der Gemeinwirtschaft und der Kommunalbetriebe, und sein Widerstand gegen kommunale Auslandsanleihen kann nur damit erklärt werden, daß er als fanatischer Anhänger der privatkapitalistischen Wirtschaft und in seiner Eigenschaft als Beeinflusser der Beratungsstelle für Auslandsanleihen seinen Teil mit dazu beitragen wollte, die kommunalen Betriebe dem Privatkapital auszuliefern, indem die Beratungsstelle den Gemeinden den Auslandskredit sperrt. Die letzte antisoziale Aeußerung Schachts anlässlich der Schaffermahlzeit in Bremen zeigte, daß er nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Sozialreaktionär ist. Das läßt vermuten, daß ihm die Lage der arbeitenden Bevölkerung und der Sozialrentner bei Beginn der Stabilisierung der deutschen Mark — äußerst niedrige Goldlöhne und -renten — als ein Ideal erschien und Schacht es nicht ertragen konnte, daß mit der Sanierung der Währung auch die werktätige Bevölkerung und die Sozialrentner ein wenig davon profitierten. — Schacht, der sich sozial so nach rechts entwickelte, ist nun gegangen. Wir meinen ihm keine Träne nach. Die deutsche Währung muß und wird auch ohne ihn gehalten werden können. Nach dem Rücktritt Schachts besteht die Möglichkeit, durch vernünftige Anleihepolitik und durch eine Außenpolitik, die keine Rücksicht auf die Illüren eines Reichsbankpräsidenten zu nehmen braucht, der deutschen Wirtschaft neue Wege zu ebnen.

Berufliche Fortbildung der Hamburger Maurer. Strebenden Hamburger Maurern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Steinweg 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, sich ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit in Theorie, Veranschlagen und Entwürfen auszubilden.

In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Holzkonstruktionen, Steinkonstruktionen, Gemäßebebau, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagen und Ausführung, Eisenbetonbau. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtshalbjahr beginnt Mitte April. Programme und Auskunft täglich abends von 6-8 Uhr in der Lehranstalt, Steinweg 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine gute theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei auf die Lehranstalt besonders hingewiesen.

Leipziger Messe. Die diesjährige Leipziger Messe stand im Zeichen der großen Weltwirtschaftskrise, deren restlose Behebung für dieses Jahr nicht vorausgesetzt werden kann. Die Gesamtzahl der Aussteller der diesjährigen Frühjahrsmesse betrug etwa 9570 und ist gegenüber dem Vorjahre um etwa 5% zurückgegangen. Allerdings ist der Umfang der belegten Fläche derselbe wie im Vorjahre. Auch an Besuchern fehlte es am ersten Tage — einem Sonntage — nicht; doch muß gesagt werden, daß die Besucher des ersten Messtages, wie in allen Jahren, meistens Seh-Leute waren. Auch der zweite und dritte Messtag zeigte gegenüber dem Vorjahre, nicht statistisch erfasst sondern mit dem Auge geschätzt, einen Rückgang der Besucher. Der Rückgang wird wahrscheinlich zum wesentlichen Teil auf das Konto der inländischen, also der deutschen Besucher zu buchen sein, da nach den messemässigen Mitteilungen der Besuch von Ausländern ebenso wie die Zahl der ausländischen Aussteller gestiegen ist. Ein besonderes Kapitel, das unser Hauptaugenmerk stets in Anspruch nimmt, ist die Baumesse. Von ihr kann in diesem Vortragsbericht schon gesagt werden, daß sie wie in den letzten Jahren so auch in diesem Jahre an Umfang bedeutend gewachsen ist. Die große Halle 9 hat einen umfangreichen Anbau bekommen. Die Zahl der Aussteller von Baustoffen, Desen, Herden und anderen Wohnungseinrichtungsgegenständen ist gestiegen; von einer Zunahme der Käuferfähigkeit gegenüber dem Vorjahre ist aber auch hier nicht zu berichten. Ueber die Baumesse werden wir demnächst noch besonders berichten. — Wenn man die Leipziger Messe nicht mit Unrecht als Barometer des Wirtschaftszustandes betrachtet, so kann gesagt werden, daß auch dies Barometer für das laufende Wirtschaftsjahr nicht die allerbesten Aussichten ansagt.

Säumige Beitragszahler verlieren ihre Rechte!
Für die Woche vom 10. bis 16. März ist der 11. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Gesellschafts- und Ferienreisen in den Spreewald. Fortgesetzte Klagen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen wegen Ueberforderung beim Besuch des Spreewaldes veranlaßten den Verlag der „Märkische Volksstimme“ (SPV.) in Kottbus, mit dem zuständigen Verkehrsbüro des Ober- und Unterpreewaldes Verhandlungen wegen Verbilligung zu pflegen. Dies Ziel ist erreicht worden. Die Verbilligung beträgt bis zu 70 Prozent. — Der Verlag hat nun seinem Geschäft ein Reisebüro angegliedert, das Interessenten bereitwillig jede Auskunft gibt. Man lasse sich die vom Verlag „Märkische Volksstimme“ G. m. b. H., Kottbus, Dresdener Straße 164, herausgegebenen Prospekte kommen, die alles Nähere besagen.

Bücher u. Schriften

Soziale Bauwirtschaft. Bezugsgebühr monatlich 75 S. Preis für einzelne Nummern 90 S. Seit 5 enthält neben einer monatlichen Stellungnahme gegenüber dem Sparere Jungtum, Reichsingenieur, der unwahre Dinge über Bauhütten behauptet hatte, noch einige Aufsätze über Baufinanzierung und Baubürokratie und über die neuen Unfallverhütungsvorschriften. Interessant ist auch eine kurze Mitteilung über die durch die Arbeitslosigkeit herbeigeführte Verschwendung, nach der für die deutsche Wirtschaft durch jeden Arbeitslosen je Jahr ein Verlust von 1100 Mk. bei 25 Millionen Arbeitslosen je Monat, also rund 285 Millionen Mk. Verlust entstehen.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137. Frühlingssanft! Ihm ist die Märznummer der „Gesundheit“, der an den Schätzern der Krankenkassen kostenlos verteilte Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufstätigen Volkes, gewidmet. „Märzmonat“ nennt Dr. Arnold sein einleitendes Artikel, in dem er über den Einfluß der Jahreszeit auf das geistige und menschliche Leben spricht. Weitere Aufsätze behandeln: „Frühjahrsstürze vor 100 Jahren“ und „Moderne Frühjahrsstürze“, ferner „Abkühlung“, „Erste Hilfe“, „Alltägliche Gesundheitspflege“ und „Naheliegender Frühjahrsurlaub gibt die Veranlassung eines billigen und naheliegenden Frühjahrsurlaubes“. Die Zeitschrift ist der Mitarbeit der Gewerkschaften in den Berufsschulen gewidmet. Die Schrift ist geeignet, die Zusammenarbeit mit den Berufsschullehrern zu fördern. Wir empfehlen sie.

„Der Arbeiter und sein Vaterland.“ Marxistische Bemerkungen über die Verhältnisse und proletarisches Wehrproblem. Von Max Adler. E. Landische Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 30, Geddrichstr. 6. Adler untersucht die Hintergründe jeder Militärpolitik im kapitalistischen Staat.

SOS. Jugend am Kreuz. Notrufe aus der Großstadt-Unterwelt. Von Bruno Scheel. Fackler-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Preis 1 Mk. Von der Gewerkschaftsbildung wird in dem Buchlein in erschütternder Sprache erzählt. Wenig Licht oft, manchmal Flitterglanzschönung. „Jugend ohne Licht und Sonne!“

Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Eisenbeton. September 1925. Fünfte, mit amtlichen Berichtigungen versehene Auflage. Preis 1,80 Mk. Wilhelm Ernst und Sohn, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 90.

Die Blauie Internationale. Von Otto Schmann-Außbüdt. Fackler-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Preis 1 Mk. Ein sehr aktuelles Buch. In ihm lernen wir die Internationalen der Blauierbewegung gewissermaßen kennen.

Bauhauwerk in Praxis und Schule. Verlag Friedrich Flober, Essen-Düsseldorf. Preis 18 Mk. Das Buch ist in leichtverständlicher Art geschrieben. Es vermittelt in Verbindung mit den Abbildungen in klarer Form die theoretischen Kenntnisse, die ein verantwortlicher Bauführer oder tätiger sein wollender Bauhandwerker benötigt. Die dem gebundenen Buch beiliegenden zwei besonderen Arbeiten, „Statische Berechnungen“, Preis 4 Mk., und „Einfache Eisenbetonkonstruktionen“, Preis 6 Mk., machen es außerdem zu einem Lehrbuch für Selbstunterricht und Schule, aus dem auch schon Vorgebildete guten Nutzen für ihre Weiterbildung ziehen können.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen sind gemäß § 16 der Bundesstatuten vom Bundesvorstand: Friedrich Käfner, Maurer, Baugewerkschaft Frankfurt a. M., geb. 14. Oktober 1886 in Langensfeld, eingetr. 19. Juli 1926 (130 160); Karl Gutmann, Maurer, Baugewerkschaft Frankfurt a. M., geb. 14. Oktober 1893 zu Mörfelden, eingetr. 7. November 1927 (505 938); Friedrich Mankel, Maurer, Baugewerkschaft Frankfurt a. M., geb. 19. Januar 1906 zu Langensfeld, eingetr. 13. September 1926 (133 045); Karl Repp, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Frankfurt a. M., geb. 16. Januar 1902 zu Groß-Kroenburg, eingetr. 5. März 1927 (05 766); Karl Rühl, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Frankfurt a. M., geb. 23. Dezember 1900 zu Egelsbach, eingetr. 10. Februar 1918 (885 715); Leo Kirske, Maurer, Baugewerkschaft Torgau, geb. 5. November 1900 in Alt-Laube, eingetr. 13. April 1926 (192 925); Robert Bunk, Töpfer, Baugewerkschaft Torgau, geb. 6. November 1878 in Schreibersdorf, eingetr. 14. Juni 1903 (110 246). Von der Baugewerkschaft Briege: Gustav Koroll, Maurer, geb. 23. Mai 1908 in Stoberan, eingetr. 30. Juni 1927 (442 975); Christian Lipsky, Maurer, geb. 19. August 1892 in Altshammer, eingetr. 10. April 1922 (376 193).

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Dortmund. P. Gutzeit, Maurer, 48 Jahre alt.
- Frankfurt a. M. Wilh. Diehl, Maurer, 61 Jahre alt.
- Freiberg. (Colmnitz.) Herm. Horn, Maurer, 72 Jahre.
- Gera. Hermann Buschner, Maurer, 73 Jahre alt.
- Gleiwitz. (Dirschel.) Johann Gaide, Maurer, 63 J.
- (Gr. Neutirch.) Joh. Schulz I, Maurer, 57 Jahre.
- Golha. (Remstädt.) Fritz Franke, Maurer, 23 Jahre.
- Hamburg. Aug. Apell, Hilfsarbeiter, 62 Jahre alt.
- Bernh. Bollmann, Steinträger, 56 Jahre alt.
- Gust. Gorille, Steinträger, 54 Jahre alt.
- Karl Heidenreich, Maurer, 56 Jahre alt.
- Herm. Mahnke, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt.
- Wilh. Mellin, Hilfsarbeiter, 48 Jahre alt.
- Emil Möhrken, Maurer, 62 Jahre alt.
- W. Ohle, Stukkateur, 53 Jahre alt.
- Rud. Peferens, Maurer, 43 Jahre alt.
- Paul Rog, Maurer, 55 Jahre alt.
- Heinr. Schramm, Töpfer, 67 Jahre alt.
- Wilhelm Schrieber, Maurer, 43 Jahre alt.
- H. Sprick, Hilfsarbeiter, 67 Jahre alt.
- Heinrich Stroh, Maurer, 74 Jahre alt.
- I. Westphal, Glaser, 58 Jahre alt.
- Paul Westphal, Maurer, 42 Jahre alt.
- Karl Zahn, Maurer, 64 Jahre alt.
- Michael Ziehlke, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt.
- Ed. Zümlendorf, Maurer, 78 Jahre alt.
- Hannover. Ludwig Baxmann, Maurer, 67 Jahre alt.
- Hildesheim. Adolf Bauer, Hilfsarbeiter, 68 Jahre alt.
- Hirshberg. Bernhard Altkrüger, Maurer, 28 Jahre.
- Julius Latzke, Maurer, 73 Jahre alt.
- Jena. (Kahl.) Paul Heinze, Maurer, 38 Jahre alt.
- Karlsruhe. (Durmshheim.) Wilh. Kassel, Gipser, 64 J.
- Leipzig. (Schleuditz.) Franz Bauerdorf, Maurer, 44 J.
- Johann Baureis, Hilfsarbeiter, 77 Jahre alt.
- Hermann Knothe, Maurer, 67 Jahre alt.
- Karl Otto, Maurer, 70 Jahre alt.
- Limburg (Niederhadamar.) Joh. Zeiler, Berpuß., 56 J.
- Magdeburg. Friedrich Bohn, Isolierer, 65 Jahre alt.
- Heinrich Markworth, Maurer, 66 Jahre alt.
- Mainz. Konrad Wetteskind, Maurer, 87 Jahre alt.
- Mannheim. (Heidelberg.) Joh. G. Barth, Maurer, 60 J.
- Minden. (Blöth.) August Wehmeier, Maurer, 41 J.
- Mühlhausen. (Zimmeru.) Emil Weidenbach, W., 47 J.
- Mühlheim/Ruhr. Wilhelm Prinz, Tiefbauar., 32 J.
- München. (Lehel.) Sim. Heinzlmeier, Hilfsarb., 71 J.
- (Mu.) August Pfaller, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt.
- (Mu.) Sebastian Stöger, Maurer, 53 Jahre alt.
- Ostsch. (Sirehla.) Otto Dietrich, Maurer, 51 Jahre.
- Karl Prohaska, Maurer, 47 Jahre alt.
- Regensburg. Anton Krick, Hilfsarbeiter, 57 Jahre.
- Salzweil. Karl Nolting, Maurer, 41 Jahre alt.
- Stuttgart. Jakob Bauer, Gipser, 43 Jahre alt.
- Wittenberg. (Ester.) Aug. Hoese, Maurer, 65 Jahre.

Der Polier des Baugewerbes,

System Karnad-Hachfeld, zum Selbststudium für RM. 75.— zu verkaufen Baugewerkschaft Leipzig, Leipzig C1, Zeiger Straße 32 III, Zimmer 73.

Verlag: Deutscher Bauwerksbund (Nikolaus Bernhardt). Schriftleiter: Arthur Schmit. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange. Berlin SW 11. Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68.

Berufs- u. Sportbekleidung
Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen „Teakin“ Schapphüte, Isländer, Orig. Berliner Stukkateuranzüge.
Preisliste gratis.
Mechanische Kleiderfabrik
Versandhaus Fritz Ulrich
gewöhnliche Qualität
Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!
Stärke 25x50 und 25x55 mm
Extra Qualität
100 90 80 75 70 60 50 cm
4,50 4,25 4.— 3,85 3,75 3,50 3,25RM. Jede zwölftel Wasserwaage wird gratis geliefert.
Sämtliche Werkzeuge laut Katalog sofort lieferbar 100 cm Vers. gegen Nachnahme. Von 10 RM. an portofrei.
gewöhnliche Qualität
3,40 3,20 3.— 2,90 2,80 2,60 2,40RM.
Westermeyer & Co., Ziehdienst.

Wässige Böhm. Bistfedern!
1 Pfund graue gute geschlossene 80 Pt.
1 Mk. halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße flaumige geschl. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk.
3 Mk.; feinste geschl. Halbflaum-Herrschafftsfedern 4.—, 5.—, 6.— Mk.; 1 Pfund Rupffedern, ungeschl. mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40 3.— Mk., allerfeinster Flaumrupf 3,50 Mk., 4,50 Mk. Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisl. gratis.
S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26 33, Böhmen.

Sichere Existenz

und ein Monatseinkommen von mindestens 200 Mark durch Anschaffung der neuartigen Universal-Schnellstrickmaschine **REKORD.**

Die Erzeugung von Strümpfen u. anderen heute so modern, gestrickten Kleidungsstücken im eigenen Helme ist ein schöner, selbständiger Beruf oder Nebenwerk, das ohne Vorkenntnisse überall leicht betrieben werden kann. Auch wir kaufen die fertigestellten Waren zu gut. Preis. Ankauf grat. Schreib. Sie noch heute an die Fa. Rekord-Strickmaschinen, Ratibor 287




10 Rosen 4 Mark!

Ihr Garten gewinnt durch Anpflanzung unserer Rosen. Wir liefern nur **kräftige Pflanzen**

Beschrosen: 10 Stück in 10 Sorten RM. 4.—, 25 Stück in 10 Sorten RM. 9.—, 25 St. in 25 Sorten RM. 10.—
 Kletterrosen in verschiedenen Sorten: 1 Stück RM. 0,75, 10 Stück RM. 7.—
 Hochstammrosen i. v. S., 75-100 cm Kronenhöhe, 1 Stück RM. 1,75, 10 Stück RM. 17.—, 100-140 cm 1 Stück RM. 2.—, 10 Stück RM. 19.—
 Trauerrosen, 160-200 cm: 1 Stück RM. 4.—
 Winterharte Blütenstand: 10 Stück in 10 Sorten RM. 4.—, Edeldahlia: 10 St. in 10 Sorten RM. 5.—
 Jede Pflanze wird pflanzenfertig mit Namen- und Farbenbezeichnung geliefert. Versand nur gegen Nachnahme. Garantie für gute Ankauf. Beste Pflanzzeit? Je früher, desto besser! Illustrierter Hauptkatalog über Rosen, Obstbäume, Sämereien, Johannisbeeren usw. mit Kulturhinweisen gratis.
 F. Paulsen G. m. b. H., Baumschulen Eimshorn, Königstraße 542

Schmale Teakholz-Wasserwaagen

Der Konkurrenzkampf beginnt. W. Richter ist u. bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität.

Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm
 Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,30 Mk.
 bei 1 Stck. an portofr. Bei 11 Stck. 1 Stck. grat. Sämtl. Werkzeuge gut u. billigst. W. Richter, Düsseldorf-Unterrath. Preisliste gratis.

Les das „Bauwerk“

Saubsägen

HOLZWERKZEUGE VORLAGEN KAT. GRATIS U. BRENDL

Mutterstadt 37 Pfalz.

Bauhandwerker: Dreihahndledh. 13M, Zweidrahndledh. 9M, u. 6,50 Mk. Maurerbl. 5Mk. Isländ. Schwer. 13Mk. Preisl. u. Must. grat. Emil Hohfeldt, Dresden, Ritterstr. 2-4.

Maurer

kauf deine

R. Klingauf
 Rin. 10 55, Weißbarger Str. 79

Größt. Answ. l. Musikinstr. zuherabges. Preisen

Wolf & Comp. Klingenthal
 Sa. Nr. 709
 gr. Kat. ums. v. 10 Mk. an.
 rfr. Schallott. 1,60 Mk.
 wir liefern an Jedermann

Tuche

Herrenstoffe ab Damenstoffe
 Verlangen Sie sofort Muster

Fabrik

Lehmann & Assmy,
 Tuchfabrik und Versand
 Spremberg i. L. 158

Wilhelm Pahr

Jetzt: Berlin, Brunnenstraße 78.

Nur noch **1500 Sprechmaschinen** zum **Ausnahme-Verkauf**

Goldklang-Schallplatten zu jeder Sprechmaschine
 Auch Violone, Mandoline, Gitarre zu verschiedenen herabgesetzten Preisen

48 Mk. 34 Mk. Schutz-Güldenach Münze-18

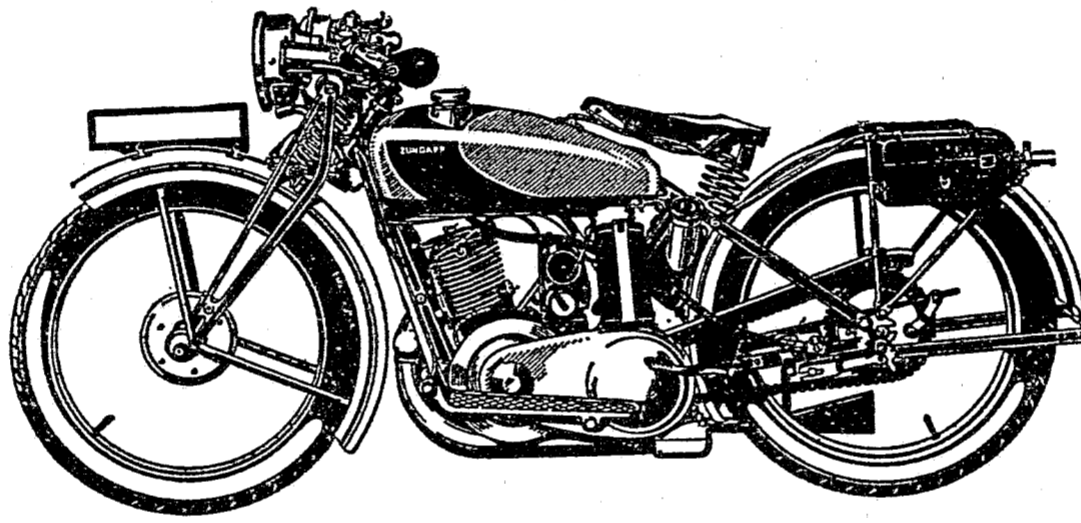
Verlangen Sie sofort reichhaltigen Katalog Nr. 8. Teilzahlung gestattet.

Wer im Beruf steht

muß an sein Fortkommen denken. Zu Ihrer Weiterbildung benutzen Sie die Selbst- und Fernunterrichtsbriefe des Systems Karnack-Hachfeld: Bautechniker, Wasser- und Brückenbautechn., Zimmer-, Maurer-, Baugewerksmeister, Polier, Architekturzeichner, Straßenbautechniker, Kultur- und Wiesenbautechniker; Techn. gebild. Kaufmann der Baubranche. — Ferner Vorbereitung zu technischen Prüfungen in Elektrotechnik, Maschinenbau, Installation, Handwerk. — Ohne Schule Vorbereitung zu Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturienten-Examen) durch d. Selbst-unterrichtsbriefe der Methode Rustin. Bequeme Monatszahlungen. Prospekte kostenlos. Lehrproben unverbindlich.

Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam B. 8.

Warum gerade Zündapp



ZÜNDAPP bringt keine vergänglichen Saisonschlager oder unerprobten Neuerungen, die noch unter Bewährungsfrist stehen.

ZÜNDAPP hat sich von jeher auf die zuverlässige und unverwüsthche Gebrauchsmaschine für anstrengenden Dauerbetrieb spezialisiert.

ZÜNDAPP-Motoren erzielen ihre große Leistung bei niedrigen Drehzahlen und ihre enorme Durchzugskraft schafft hohe Reisegeschwindigkeit.

ZÜNDAPP hat die modernste Spezialfabrik. 2000 Kontrollen für Material und Arbeit bei jedem Zündapp-Rad.

ZÜNDAPP hat einen mustergültigen Kundendienst. Ueber 5000 Vertreter in Deutschland allein. Ersatzteillieferung in 24 Stunden.

ZÜNDAPP G. m. b. H.
 NURNBERG
 BERLIN W 57, Bülowstraße 27
 KÖLN, Kaiser-Wilhelm-Ring 20
 HAMBURG, Chilehaus
 MÜNCHEN, Sonnenstraße 15

Unreines Blut

ist die Grundlage, auf der viele Leiden, wie Geschwülste, Hautauschläge, Rheumatismus, Furunkel, Hämorrhoiden (bei gleichzeitiger starker Lebensweise), erst entstehen können. Wer seine Gesundheit lieb hat, sollte deshalb von Zeit zu Zeit sein Blut gründlich reinigen. Philippburger Herbaria-Blutreinigungstee und Entfärbungstee befreit das auf unangenehme Weise und fäulende veräuerte Blut, ohne unangenehm abzuführen. Dieser Tee ist wohlschmeckend und verleiht Wohlbehagen, Lebensfreude, Energie und Schaffensfreude.

Dank schreiben: „Nun! Ihnen über Ihren Habitual-Blutreinigungstee mein Lob aussprechen. Sade mein drei Jahre altes Beinleiden nur durch Ihren Tee geheilt. aea. S. Böhm, Gleiwitz.“ — „Die Blutreinigungstee hatte bei meiner Tochter großartige Wirkung! Sie hatte

Wer kauft ist, kauft bei Uhren-Kloze!

Reklamepreis Nur 4.— Wt.

Stahlgang teuch. n. 0.60 Wt. mehr. Garantie für jede Uhr

Don 5. Uhren vert. jährt. ca. 10000 St.

Unter jeder Uhr erhalten 1 Wt. Stahlgang und 1 Stahlgang gratis bei Bestellung einer Uhr zum Preise von 6,50 Wt. ob. mehr.

Uhren-Kloze, Berlin 29 (71), Zottener Straße 8.

Wenn Schmerzen

Zogal Tabletten

Zogal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Laut notarieller Befestigung anerkannt über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Zogal. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apoth. 1,40 Wt. 0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

beide Hände dick voll Flechten, welche schon nach wenigen Monaten ganz verschwunden sind. Aug. Meiser, Weinsheim b. Kaufen (Wtbg.). — „Bin mit Ihrem Blutreinigungstee sehr zufrieden. Sade erst 2 Pakete verbraucht und fühle mich wie neugeboren. Besten Dank für die gute Wirkung! aea. Karl Schorr, Schiffweiler.“ Nur 3-6 Pakete. Paket RM. 3.—. (Alm Kurunterbrechungen zu vermeiden, bestelle man möglichst nicht unter 3 Paketen) Mögen Sie keinen Kräutertee trinken oder ist Ihnen die Durchführung einer Kur im Büro, in der Fabrik, auf der Reise usw. unumgänglich, dann nehmen Sie unsere Herbaria-Kräuterpulver-Kapseln Nr. 191 kleine, leichtschluckbare Oblatentafeln, gefüllt mit feinpulverisierter Herbaria-Kräuter-Mischung. Trocken einzunehmen, ohne Beigeschmack, sehr wirksam! Originalpackung mit 60 Kapseln RM. 5.—. Broschüre kostenlos. Die Zusammenfassung des Tees ist auf der Originalpackung angegeben.

Alleiniger Hersteller: Philippburger Herbaria, Philippburger B 306 (Waben).

Louis Mosberg, Bielefeld 1868 — 60 — 1928

Verlangen Sie in der Welt liberal

Louis Mosberg's bewährte Berufsbildung

Isidorer
 feinkoholwasserwegener, Kellerer.
 mit der Wasserwaage

Realiste Bezugsquelle!

Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, Pfd. 3.—, diese beste Qualität 3,50, nur kleine Federn (Halbdaunen) 5.—, 1/2 Daunen 6,75, gereinigte, geriss. Federn mit Daunen 4.— u. 5.—, hochfeine, prima 5,75, allerfeinste 7,50. 1 a Volldaunen 9.— u. 10,50. Für reelle, staubfr. Ware Garant. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgeg. nehme auf meine Kost zurück.

Willy Manteuffel, Gänsemast, Gegr. 1852, Neutrebzin 5 b (Oderbr.)

Große Farmer-Zigarren

Preis-Abbau Aus besten Uebersee-Tabaken. Ladenpreis à St. 10 Pfg. ab Fabrik 1,00 St. nur M 6,80 geg. Nachn. Gar. Zurück. Preisliste gratis. Zig.-Fabr. Gebr. Weckmann, Hanau - J 29

EISU-Stein-Betten

Schlafzimmer, Kinderbetten, Polster, Stahlmatraz, Chaisel. a Private. Ratenzl. Katalog. fr. Eisenmöbelwerk Suhl (Thür.)

Kauft Kluff u. Kelle von Arthur Capelle!

Berlin, Alte Schloßstr. 54
 2. Geschl. Dirksenstr. 2
 Größtes Spezialhaus am Platz
 Eigene Fabrikat, Reichhaltig, Katalog 29 gratis

Einig und allein!

Das älteste und größte Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands



Mitteilung!

Meine alten Kunden sandten mir im letzten Jahre

900 000 Nachbestellungen! Warum! dieser gewalt. Andrang zu wiederholten Bestellungen? Antwort: naturgemäß nur wegen der Güte der Waren und wegen der niedrigen Preise!

Unter riesigen Warenmengen erhielt ich außerdem über

400 komplette Eisenbahn-wagonladungen Webwaren zur Abfertigung der eingegangenen Massenbestellungen im letzten Jahre!

Heute erneute Preisherabsetzung!

Gültig nur kurze Zeit.

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk. Pf.
70	Baumwollgewebe, ungebleicht, leichte Sorte für einfache Gardinen usw.	78 cm	0.15
71	Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar, 45 x 45 cm, per Stück		0.15
72	Hemdentuch, weiß, etwas leichte Sorte	70 cm	0.27
73	Baumwolltuch, ungebleicht, etwas leichte, solid. Sorte, 70 cm		0.27
74	Hemdenflanell, indanthren-gestreift, aus gut. Garnen, 70 cm		0.27
75	Handtücher, solide Strapazierware	40 cm	0.27
76	Hemdentuch, weiß, gute Gebrauchsware	78 cm	0.37
77	Baumwolltuch, ungebleicht, haltbare Sorte, aus guten Garnen	78 cm	0.37
78	Hemdenflanell, indanthren-gestreift, sehr solid und haltbar	70 cm	0.37
79	Handtücher, gute Strapazierqualität	40 cm	0.37
80	Hemdentuch, weiß, für gute Wäschestoffe	80 cm	0.47
81	Baumwolltuch, ungebleicht, kräftig, fast unverwüstl., 78 cm		0.47
82	Hemdenflanell, indanthren-gestreift, bessere fast unzerreißbare Sorte	72 cm	0.47
83	Zephir, bessere Sorte, schöne moderne Muster	70 cm	0.47
84	Handtücher, besonders dicht geschlossen, kräftige Strapazierqualität	40 cm	0.47
Nachstehend besonders ausprobierte Qualität:			
85	Hemdentuch, weiß, vorzügliche Qualität	80 cm	0.57
86	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwüsthche Spez.-Qualität	78 cm	0.57
87	Hemdenflanell, indanthren-gestreift, besonders reifste überaus haltbare Strapazierqualität	75 cm	0.57
88	Zephir, feinfädig, dicht geschlossen aus edlen Garnen, eleg. Muster	70 cm	0.57
Besonders vorteilhaft! Vorübergende Abgabe!			
89	Schlafdecken, sehr solid, Gebrauchsware, ca. 900 g schwer, Größe 140 x 190 cm	p. Stück	2.25
90	Maccotuch, weiß, garant. rein ägyptisch, l. besond. feine bess. Hemden u. Wäschestücke	80 cm	0.77
91	Hemdenflanell, außerordentlich haltbare, fast unverwüstl. Qual. Indanthren-gestr.	77 cm	0.67
92	Hemdentuch, weiß, feinfädig dicht geschlossen, vorzügl. prima Qualität, jedoch nicht vollkommen reinweiß gebleicht	80 cm	0.60
93	Gardinen, sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Garnen, mit schönen indanthrengoldfarbigen Streifen, etwas durchsichtig gewebt		0.33
94	Damentaschentücher, weiß, Maccosaustrüst, m. Hohlraum, feinfäd. bes. beliebt, Qual. Größe ca. 30 x 30 cm	1/2 Dtz.	0.85

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter, bzw. bis 20 Dtz. an einen Kunden. Versand per Nachnahme von 10 Mk. an. Portofreie Lieferung von 20 Mk. an.

Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entspr. chen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Ueberzeugung finden, daß mein Waren, unter Berücksichtigung der guten Qualitäten, bedeutend billiger als anderswo sind.

10 Prozent Preisermäßigung auf alle Bestellungen über 20 Mk. Auf besonderen Wunsch werden an Stelle der 10% folgende Waren kostenlos abgegeben: 1 schöne, gutgehende Wunduhr od. Standuhr oder 1 solide, haltbare Schlacke oder 6 Meter zurückgesetzte Stoffe

Wilhelm Pahr

Jetzt: Berlin, Brunnenstraße 78.

Nur noch **1500 Sprechmaschinen** zum **Ausnahme-Verkauf**

Goldklang-Schallplatten zu jeder Sprechmaschine
 Auch Violone, Mandoline, Gitarre zu verschiedenen herabgesetzten Preisen

48 Mk. 34 Mk. Schutz-Güldenach Münze-18

Verlangen Sie sofort reichhaltigen Katalog Nr. 8. Teilzahlung gestattet.

Betten aus dichtem Bett-Inlett!

Oberbett mit 7 Pfund	15,85	19,70	23,75
Unterbett mit 6 Pfund	14,90	18,20	22,50
1 Kissen mit 2 1/2 Pfund	4,50	5,90	6,90
Vollständiges Bett	35,—	43,—	53,—
Bettfedern	1,25	1,90	2,40
Halbdaunen	3,—	4,50	5,50
Daunen	8,50	10,50	12,50

Preisliste grat. Umtausch od. Geld zur. Viele Dankschr. Nachnahmever. Bettenfabrik H. Möller, Kassel 43, Münchebergstr. 8 1/2

Billige böhm. Bettfedern

nur reine, gutfüllend. Sorten
 Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiße 5 Mk., bessere 8 Mk., 7 Mk., daunenweich 9 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschl. 1,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. **Benedikt fachsels, Lobes Nr. 9** bei Pilsen, Böhmen.

Fahrgeld sparen

LINDCAR

fahren!



1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate

LINDCAR-FAHRRADWERK
 Aktiengesellschaft, Berlin - Lichtenrade

Unternehmen der Gewerkschaften

28 Großniederlagen im Reich. Viele Läger bei den Ortsauschüssen des ADGB. Auskunft und Bestellung durch alle freigewerkschaftliche Verbände.

Wer im Beruf steht

muß an sein Fortkommen denken. Zu Ihrer Weiterbildung benutzen Sie die Selbst- und Fernunterrichtsbriefe des Systems Karnack-Hachfeld: Bautechniker, Wasser- und Brückenbautechn., Zimmer-, Maurer-, Baugewerksmeister, Polier, Architekturzeichner, Straßenbautechniker, Kultur- und Wiesenbautechniker; Techn. gebild. Kaufmann der Baubranche. — Ferner Vorbereitung zu technischen Prüfungen in Elektrotechnik, Maschinenbau, Installation, Handwerk. — Ohne Schule Vorbereitung zu Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturienten-Examen) durch d. Selbst-unterrichtsbriefe der Methode Rustin. Bequeme Monatszahlungen. Prospekte kostenlos. Lehrproben unverbindlich.

Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam B. 8.

Tragt unsere Bundesnadel!

Bilder für Schlaf-, Wohn-, Speisezimmer ohne Anzählung

50 Pf. an Kaufman direkt in der Kunststofffabrik „Diamant“
 Berlin C 25, Bregenzauer Str. 47/8 (am Alexanderplatz) Katalog kostenfrei.

Jos. Witt, Weiden 54 Opt.
 Eig. mechan. Weberl. Aelt. u. größt. Spez.-Versandgesch. d. Art Deutschl.